Dienstag, 19. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 42 - S.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6.50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 200.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

WDR-Vorschaltgesetz: Im Einvernehmen mit der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag entschied sich Ministerpräsident Rau, den umstrittenen Paragraphen vier des WDR-Vorschaltgesetzes aufzuheben. (S. 4)

Nein zur Tolerierung: Auch bei einer rechnerischen Mehrheit für die SPD bei den Landeswahlen am 10. März in Berlin wird es „keine Koalition mit der AL, auch keine Tolerierung" geben, erklärten übereinstimmend der SPD-Spitzenkandidat Apel und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Vogel. (S. 8)

Studium: Vor dem Jurastudium und insbesondere vor dem Rechtsanwaltsberuf hat Bayerns Justizminister August R. Lang gewarnt. Der Andrang sei „besorgniserregend", weil neben qualifizierten Juristen auch eine wachsende Zahl von Berufsanfängern die Anwaltszulassung aufgrund mangelnder Berufschancen in Justiz, Verwaltung und Privatwirtschaft beantrage.

Neuer Außenminister: König Hassan von Marokko ernannte als neuen Außenminister für Abdelouahed Belkziz den bisherigen Informationsminister Abdellatif Filali.

Kabinettsumbildung: Südkoreas Staatspräsident Chun Doo Hwan berief den Geheimdienstchef Loh Shin Yong als Nachfolger für Chin Iee Chon zum neuen Ministerpräsidenten. (S. 5)

NATO-Unterstützung: Der türkische Verteidigungsminister Yavuzturk fordert höhere Zuwendungen der NATO. Die bisherige Hilfe sei „unbefriedigend". Er sei aber überzeugt, daß die Zahlungen ein „zufriedenstellendes Niveau" erreichten.(S. 8)

Thatcher-Besuch: Mit ungewöhnlichen Ehren hofiert Präsident Reagan Premierministerin Margaret Thatcher bei ihrem Besuch in den USA. Gesprächsthemen werden sein: die Abrüstungsverhandlungen in Genf, die Strategische Verteidigungsinitiative Washingtons und die Umrüstung der britischen Polarisflotte auf das Tridentsystem. (S. 5)

Nahost-Konflikt: Während der Besuche von Israels Ministerpräsident Peres in Rom und von Präsident Pertini in Kairo will Rom sondieren, ob in diesem Halbjahr der italienischen EG-Präsidentschaft die Voraussetzungen für eine europäische Vermittlungsaktion im Nahen Osten gegeben sind. (S. 8)

ZITAT DES TAGES



» Bremen muß wieder aus den negativen Schlagzeilen heraus. Nach dem Motto: klein, fein, bescheiden, hanseatisch. Das ist die erste Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation «

Der CDU-Landesvorsitzende und Oppositionsführer in der Bremer Bürgerschaft, Bernd Neumann, zur schwierigen Wirtschaftslage des Stadtstaates (S. 4)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Leistungsbilanz: Mit einem Rekordergebnis in der Handels- und Leistungsbilanz der Bundesrepublik rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft für 1985. Der Exportüberschuß werde um elf Milliarden auf 66,5 Milliarden DM steigen. Der Aktivsaldo werde wahrscheinlich 21 Milliarden DM betragen, verglichen mit 17,9 Milliarden 1984. (S. 9)

BMW-Abschluß: Bei einer Produktionssteigerung von 2,6 Prozent auf 432 000 Einheiten erhöhte der Autoproduzent 1984 seinen Umsatz um 12,6 Prozent auf 12,9 Milliarden DM. (S. 10)

Wüstenrot: Nach einem Plus beim Bausparen, der Baufinanzierung und im Versicherungssektor 1984 geht die Wüstenrot-Gruppe mit „gedämpftem Optimismus" ins Jahr 1985. Im Vergleich zu 1983 stieg das Neugeschäft um 4,9 Prozent auf mehr als 300 000 Verträge. Die Bausparsumme beträgt 9,5 Milliarden DM. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten entwickelte sich das Geschäft im wesentlichen ruhig. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 170,7 (170,6). BHF-Rentenindex 101,206 (101,254). Performance Index 99,307 (99,325). Dollarmittelkurs 3,2788 (3,2650) Mark. Goldpreis pro Feinunze 304,50 (304,00) Dollar.

KULTUR

Filmkritik: In einem „Tatsachenbericht" schildert Produzent Puttam in dem Film „The Killing Fields" vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in Phnom Penh die Freundschaft zwischen einem US-Reporter und dessen vietnamesischem Mitarbeiter. Ein Drama, das in der Darstellung individueller Schicksale die Grauen des Krieges aufzeichnet. (S. 15)

„Cornet": Eine „Opernvision" hat Siegfried Matthus seinen beinahe tollkühnen Versuch genannt, Rilkes geliebten „Cornet" auf die Musikbühne zu heben. Doch mit Rilke-Nostalgie hat Matthus nichts im Sinn. In der Dresdener Semperoper ging er mit der Vorlage zwar nicht lieblos um, doch nutzte er musikalisch schärfere Reizmittel. (S. 15)

SPORT

Fußball: Ohne den in Italien gefeierten Hans-Peter Briegel reiste die deutsche Nationalmannschaft gestern zum WM-Qualifikationsspiel nach Portugal. Briegel wird wegen eines Freundschaftsspiels seines Klubs Verona erst am Donnerstag eintreffen. (S. 7)

Europameisterschaft: Heute fällt eine Vorentscheidung über das Austragungsland der Fußball-Europameisterschaft 1988. Eine Kommission des europäischen Verbandes muß eine Empfehlung für England oder Deutschland aussprechen. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Karneval: Mit farbenprächtigen Rosenmontagszügen in den Hochburgen des Karnevals – Düsseldorf, Köln und Mainz – feierten die Narren bei klirrender Kälte, doch strahlendem Sonnenschein den Höhepunkt der fünften Jahreszeit. (S. 16)

Kinderschutz: Um den Kinderschutz in der Bundesrepublik ist es nach Meinung des Leiters des Kinderschutzzentrums Berlin, Professor Wolff, schlecht bestellt. Auf einer Tagung in Hamburg hieß es, die wachsende Zahl bekanntgewordener Mißhandlungen (1984: 30 000) beweise, daß dem Problem mit den bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten nicht beizukommen sei. (S. 16)

Wetter: Heiter, Berlin und Bayern Schnee. Um -2 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Äthiopien fordert Bonn zu Entwicklungshilfe auf

MdB Stercken hörte sich in Addis Abeba Angriffe auf den Westen an

WALTER H. RUEB, Addis Abeba

Heftige Vorwürfe gegen den Westen richtete der äthiopische Außenminister Goshu Wolde in einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Afrika-Experten Hans Stercken, der als erster deutscher Abgeordneter zu Gesprächen in das von einer Hungerkatastrophe heimgesuchte ostafrikanische Land kam. Die Rebellion im Norden seines Landes werde „von außen gesteuert, konzipiert, finanziert und geleitet mit dem Ziel, Äthiopien zu zerstören und in die Knie zu zwingen". Bei seinen Angriffen nannte Goshu die USA, Saudi-Arabien und Sudan namentlich. Der Bundesrepublik Deutschland dankte Goshu für „Hilfe und Solidarität in einer Zeit der schwersten Prüfung".

Der Minister, Nummer 31 unter 134 Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei, doch nicht Mitglied im Politbüro, forderte die Regierung in Bonn zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit, zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission, zur Gründung deutsch-äthiopischer Unternehmungen, zur Durchführung von Entwicklungshilfe-Projekten und zur Gewährung von Entwicklungshilfe auf.

Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Addis Abeba vor zehn Jahren hatte Bonn die Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe mit und für Äthiopien eingestellt. Lediglich in Form humanitärer Hilfe flossen weitere Gelder in das ostafrikanische Land, im vergangenen Jahr 143 Millionen Mark. Goshu kündigte an, er wolle der Einladung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Bonn „in allerkürzester Frist folgen".

Goshu teilte schließlich mit, seine Regierung werde die deutsche Schule, die 1977 von den äthiopischen Behörden übernommen worden sei, in neuer, doch größerer und besserer Form wieder eröffnen. Auch äthiopische Kinder dürften die Schule wieder besuchen, versprach der Außenminister.

Den Versprechungen ließ Goshu sogleich Forderungen folgen. In Bonn müsse auch über den Schuldenerlaß gesprochen werden. Die Bundesrepublik stehe in dieser Frage als einziges westliches Land abseits, stellte Goshu fest. Allen anderen Nationen, die auf der UNO-Liste der armen Länder stünden, habe Bonn die Kreditschulden erlassen, nur Äthiopien nicht – „aus unhaltbaren politischen Gründen".

Hans Stercken, der am 23. Januar in der Afrika-Debatte des Bundestages an die Sowjetunion appelliert hatte, dem äthiopischen Satelliten die Schulden für Waffenlieferungen in Milliardenhöhe angesichts wirtschaftlicher und finanzieller Nöte durch die Hunger-Katastrophe zu erlassen, unterließ es, dem Regierungsmitglied kritische Fragen zu stellen. Die bei der Unterredung anwesenden deutschen Diplomaten und Pressevertreter durften sich an dem Gespräch nicht beteiligen.

So beschränkte sich der deutsche Anteil an diesem Gespräch auf diplomatische Höflichkeiten und die Abgabe politischer Absichtserklärungen. Der äthiopische Außenminister hatte Gelegenheit, altbekannte Vorwürfe vor allem gegen Somalia, Saudi-Arabien, Sudan und die USA zu erheben. Goshu spielte auch die Bedeutung der politischen Gespräche der Außenminister von Äthiopien, Dschibuti, Somalia, Sudan, Kenia und Uganda in Dschibuti herunter. Die Gespräche hätten sich lediglich um die Dürre-Katastrophe gedreht. Es sei jedoch geplant, ein gemeinsames Büro einzurichten, das sich um Vorhersage und Bekämpfung der Dürre kümmern solle. Goshu: „Von politischer Zusammenarbeit der beteiligten Länder sind wir noch weit entfernt. Erst im November 1985 werden die Staatschefs bei einer Zusammenkunft über eine eventuelle politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit entscheiden, den Sitz des Büros sowie Ziele und Charta der Organisation festlegen. Jetzt schon von Kooperation zu reden, ist eine Überinterpretation der Konferenzergebnisse von Dschibuti."

Goshu verteidigte die im Westen heftig kritisierte Umsiedlung von insgesamt 1,5 Millionen Menschen aus den Dürregebieten in Eritrea, Tigre und Wollo nach Regionen im fruchtbaren Südwesten und Süden des Landes. „Wir sind zu stolz, um im Ausland ewig um Hilfe betteln zu gehen", sagte Goshu, „darum wollen wir die Umsiedlung. 250 000 Men-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Im Schunkeltakt

PETER GILLIES

Rosenmontag – Jecken, Masken, Schunkeln, mancher Spaß an der Freud. Pünktlich wie stets lassen die deutschen Karnevalisten die Fröhlichkeit zum Ausbruch gelangen, an Rhein, Main und anderswo. Selbst aus dem östlichen Westfalen werden, so hieß es, verschämte Ansätze von Lustigkeit vermeldet. Auch wenn die stets bierernsten Progressiven den Karneval für die schiere Reaktion halten – er stellt mutmaßlich die größte, mit Sicherheit aber die fröhlichste Bürgerinitiative dieses Landes dar, Vermummungsgebot selbstverständlich.

Soziologen belehren uns dakkelfaltig, daß in dieser Gesellschaft alle Probleme gefährlich auf Rand genäht seien, die Distanz zwischen Wählern und Gewählten wachse besorgniserregend. Verdrossenheit an Staat, Parteien und Obrigkeiten sei allerorten zu beklagen. Sollten jedoch die Lindwürmer, die sich rosenmontags durch die Straßen wanden, das Lebensgefühl auch nur annähernd widerspiegeln, ist der soziologische Verdruß korrekturbedürftig.

Zumindest fühlen sich die Jecken offenbar von den gleichen Themen gereizt wie „die da oben". Flick-Affäre und die Müdigkeit des Klapperstorchs, Hakeleien zwischen Kohl und Strauß, die lädierte FDP, Arbeitslosigkeit und Rentenfinanzen, grüne Männchen und grüne Witwen, der amerikanische Elefant und der russische Bär im Genfer Clinch, die rätselhafte Verweildauer eines Briefes auf dem Postwege – für die Narretei in Pappmaché liefert die Politik wie stets glänzende Stichworte. Demoskopie im Schunkeltakt.

Zugwagen mit Visionen vom Plutoniumstaat, von Repression, „neuer Armut", kapitalistischer Unterdrückung, Volksaushorchung oder „Raketenwahnsinn" sind nicht gesichtet worden. Vermutlich gingen die Karnevalsclubs davon aus, daß deren Unterhaltungswert denn doch zu gering wäre. Eine Scheinrealität taugt nicht für Eulenspiegeleien, sie entzünden sich an der handfesten Realität.

Theo Waigel beklagte kürzlich, der deutschen Politik fehle das Unterhaltsame. Rosenmontag setzte ihn ins Unrecht. Tatsächlich ist Politik überaus unterhaltsam. Der Bundeskanzler lag in der letzten Woche schon besser, als er nach beendeter Kabinettssitzung beim anschließenden Empfang von Karnevalisten sagte, er komme von der einen Narretei in die andere. Die einen wie die anderen vertragen freilich einige Lockerungsübungen, etwas mehr Gelassenheit. Politiker lachen heimlich. Aber vielleicht ist auch das, wie alles, am Aschermittwoch vorbei.

Frau Thatcher verhandelt mit Bergarbeitern

DW. London/Düsseldorf

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird heute vormittag in London mit dem Vorsitzenden des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes (TUC), Norman Willis, zusammentreffen. Frau Thatcher hat damit zum ersten Mal zugestimmt, direkt über Möglichkeiten zur Beendigung des seit mehr als elf Monaten andauernden Bergarbeiterstreiks zu konferieren. Nur wenige Stunden nach dem Scheitern neuer Bemühungen um die Aufnahme von Gesprächen mit der staatlichen Kohlenbehörde (NCB) hatte Willis am Sonntag abend Frau Thatcher in einem Telefonanruf um ein Treffen gebeten, bevor die Regierungschefin am Mittwoch nach Washington fliegt. „Die Kluft zwischen den Parteien ist jetzt so eng, daß sie überbrückt werden kann", erklärte Willis. „Wir wollen bei Frau Thatcher unterstreichen, wie sehr sich die Standpunkte einander angenähert haben."

Auf der für den 9. März in Duisburg vorgesehenen Solidaritätskundgebung für die britische Bergarbeiter-Gewerkschaft (NUM) werde kein Vertreter für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seine 17 Mitgliedsgewerkschaften eine Erklärung abgeben, teilte die Düsseldorfer Gewerkschaftszentrale mit. Damit verweigerte der DGB bereits zum zweiten Mal der NUM seine Unterstützung für eine Veranstaltung in der Bundesrepublik Deutschland.

Rabin lehnt Friedensinitiative für Nahost ab

DW. Tel Aviv

Der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin und das libysche Außenministerium haben übereinstimmend die Vereinbarung des PLO-Führers Yassir Arafat mit dem jordanischen König Hussein zurückgewiesen, gemeinsame Bemühungen für einen Frieden in Nahost zu unternehmen. Nach Meinung Rabins handelt es sich bei der Vereinbarung um ein „Public-Relations-Spiel", das den „gemäßigten" arabischen Staaten vielleicht dazu verhelfen solle, in den USA politische Bodengewinne zu erzielen. Libyen wies die Arafat-Vereinbarung mit Jordanien gestern ebenfalls nach einer in Beirut aus Tripolis empfangenen Meldung der libyschen Nachrichtenagentur Jana mit Entschiedenheit zurück. Es handele sich um „Verrat", zitierte die Agentur aus einer Erklärung des libyschen Außenministeriums. Bei dem arabischen Konflikt mit Israel gehe es um „die Existenz und nicht um Grenzen". Mit dem „zionistischen Feind" könne es keinen Frieden und keine Verhandlungen geben. Der saudiarabische Regierungsbeauftragte Prinz Bandar Bin Sultan erklärte in Damaskus, daß identische Auffassungen zu allen arabischen Fragen zwischen dem syrischen Staatschef und König Fahd bestünden.

SEITE 8:
Peres sondiert in Rom

Berlins Wirtschaft wird weiter gestärkt

PETER WEERTZ, Berlin

Unter dem Stichwort „innovative Bestandspflege" plant der Berliner Senat eine Offensive zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierzu gehören nach Ansicht von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth eine höhere Qualifikation und Ausbildung der Arbeitnehmer ebenso wie neue Produkte in den Unternehmen, um neue Märkte zu erschließen. Außerdem sollen in Berlin mehr überregionale Dienstleistungen wie Marketing-Gesellschaften, Werbeagenturen und Beratungsfirmen für junge Technologien angesiedelt werden.

Der Strukturwandel benötige an der Spree einen langen Atem, meinte Pieroth vor der Presse. Ihm geht es darum, daß die modernen Technologien noch rascher in neue Produkte umgesetzt werden und das Verhältnis zwischen Forschung an den Universitäten und den Unternehmen in Zukunft noch enger wird.

Die Ergebnisse der bisherigen Strukturpolitik des Berliner Senats seit 1981 bezeichnete Pieroth als ermutigend. Es ist nach seinen Angaben gelungen, den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen in Berlin nicht nur zu stoppen, sondern erstmals wieder 5000 neue Arbeitsplätze im vergangenen Jahr zu schaffen. In diesem Jahr rechnet Pieroth sogar noch mit einem besseren Ergebnis bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der Industrie.

Für Genschers Polen-Reise noch kein Termin in Sicht

Warschaus Anti-Revanchismus-Kampagne weiter verschärft

BERNT CONRAD, Bonn

Die Debatte in der Bundesrepublik Deutschland über das Motto für das nächste Schlesier-Treffen scheint zu bewirken, daß die im November 1984 verschobene Polen-Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher noch weiter hinausgezögert wird. Vor einiger Zeit war es noch für möglich gehalten worden, daß Genscher Ende Februar oder Anfang März nach Warschau fliegen werde. Im Augenblick aber wagen Bonner Diplomaten keinen Termin mehr vorauszusagen.

Die Gründe dafür liegen offenbar in Polen, wo die Anti-Revanchismus-Kampagne, ebenso wie in der Sowjetunion, durch die Bonner Diskussion über die deutschen Ostgrenzen noch verschärft worden ist. Zwar hat der Warschauer Regierungssprecher Jerzy Urban den Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl an den Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, Herbert Hupka, vom 23. Januar wegen seines Hinweises auf Artikel 1 des Warschauer Vertrages gelobt. Er hat dies jedoch mit der Forderung verbunden, Kohl möge auf seine geplante Teilnahme an dem Landsmannschaftstreffen im Juni verzichten. Denn das neue Motto „40 Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker" sei nicht weniger „unreal und gefährlich" als die erste Version.

Urban sagte: „Die Beteiligung der Vertreter der Bundesregierung am Treffen der Landsmannschaft ‚Schlesien' unter diesem oder jenem Programm des Revisionismus müssen wir als moralische und politische Unterstützunmg seiner politischen Ziele betrachten, was mit dem deklarierten Willen der Gestaltung und Entwicklung der Beziehungen mit Polen auf der Grundlage des Vertrages von 1970 unvereinbar ist." Polen erwarte von der Bundesregierung „unerläßliche und konsequente Schritte" zur „Bändigung der gefährlichen Tätigkeit der Landsmannschaften".

Diese in vielen Kommentaren variierte Polemik - und möglicherweise auch die Erwartung einer „Klärung" in der Bundesrepublik Deutschland - läßt der polnischen Führung einen baldigen Genscher-Besuch offensichtlich nicht mehr als so wünschenswert erscheinen wie noch vor einigen Wochen. Damals hatte Urban ausdrücklich mitgeteilt, Warschau stehe mit der Bundesregierung in Kontakt wegen eines Termins für die Außenminister-Reise.

Zu jenem Zeitpunkt bestand in Bonn auch der Eindruck, zumindest zwei der drei Punkte, die zu Genschers Absage im November geführt hatten, ließen sich nunmehr regeln. Das galt sowohl für die geplante Kranzniederlegung an einem deutschen Soldatengrab, als auch für einen möglichen Besuch am Grab des ermordeten Priesters Popieluszko. Über den dritten Absage-Grund, die Ablehnung eines Einreisevisums für den WELT-Korrespondenten Carl Gustav Ströhm, war in Bonn offiziell nichts zu erfahren. Inzwischen hat der Bundesaußenminister in Prag und in Bukarest Kränze an deutschen Soldatengräbern niedergelegt.

König Fahd setzt auf seine Söhne

P.M. RANKE, Riad/Jerusalem

Im ständigen Kampf um Macht und Einfluß innerhalb der saudischen Königsfamilie hat König Fahd (63) einen wichtigen Erfolg errungen und seine Stellung gegenüber dem kritischen Kronprinzen Abdallah (61) gestärkt.

Fahd ist es gelungen, seine Reise nach Washington, die Abdallah zum jetzigen Zeitpunkt nicht billigte, als Erfolg herauszustellen. Einmal hat er in Washington Zusagen über die Lieferung eines Früherkennungssystems gegen Flugzeuge erhalten; neue Waffenlieferungen wurden jedoch nicht vereinbart. Zum anderen konnte sich Fahd den Amerikanern und dem Kongreß als Politiker darstellen, der einen friedlichen Ausgleich im Nahost-Konflikt wünscht (WELT v. 15.2.).

Wichtiger aber noch: König Fahd konnte zwei seiner Söhne auf politische Posten berufen und damit den Einfluß von Kronprinz Abdallah im Lande schwächen. Abdallah ist Chef der Nationalgarde (rund 25 000 Mann) und Sprecher der Beduinen im Prinzenrat. Er gilt als anti-amerikanisch und islamisch-konservativ, hat nie den Westen bereist und war nie in Geschäfte oder Waffenlieferungen mit westlichen Firmen verwickelt. Er ist das Gegenteil von seinem Halbbruder Prinz Sultan (60), dem weltoffenen und geschäftstüchtigen Verteidigungsminister, so daß Fahd als König und Ältester zwischen beiden oft vermitteln mußte.

Gegen den Widerstand von Abdallah hat jetzt der zweite Sohn von König Fahd, Prinz Mohammed, als „regierender Gouverneur" die Herrschaft in der wichtigen Erdölprovinz Hasa am Golf übernommen, die wegen ihrer schiitischen Bevölkerung als „unruhig" gilt. Der bisherige Gouverneur, Abdul Mochsin Bin Jiluwi, der Hasa gewissermaßen in Erbpacht regierte, ist krankheitshalber ins Ausland gereist und wird nicht zurückkehren.

Ein weiterer Sohn von König Fahd, Prinz Saud, wurde Stellvertreter im Geheimdienst und arbeitet unter dem fähigen Prinzen Turki el Feisal (39), einem Sohn des 1975 ermordeten Königs Feisal. Damit hat König Fahd über seinen Sohn direkten Zugang zum Geheimdienst. Von den fünf Söhnen des Königs stehen jetzt die drei auf wichtigen Regierungsposten, ein vierter wird wahrscheinlich demnächst Gouverneur der Zentralbank.

Die Schwächung von Kronprinz Abdallah resultiert aus den Machtänderungen in der östlichen Provinz Hasa. Die bisher dort herrschende Jiluwi-Sippe gehört zu den großen Beduinen-Clans und ist mit dem Königshaus weitläufig verwandt. Abdallah kann es kaum billigen, wenn jetzt eine der mächtigsten Beduinen-Sippen in Hasa einträchtige und einflußreiche Posten verliert, denn die Beduinen sind das Rückgrat seiner Nationalgarde.

Wie die Kulissenkämpfe innerhalb des saudischen Führungsteams Fahd–Abdallah–Sultan ausgehen werden, wagt kein politischer Beobachter vorauszusagen, da der Außenwelt nur wenige Fakten bekannt werden. König Fahd kann wegen der saudischen Außenpolitik in der arabischen Welt seinen Halbbruder Abdallah aber auch nicht zu stark blockieren oder sich gar mit ihm überwerfen. Er muß vielmehr auch künftig sehr starke Rücksichten auf Abdallah nehmen, trotz der kleinen Palast-Coups mit seinen Söhnen.

Denn Abdallah verfügt über sehr gute Beziehungen zum revolutionären Syrien und zur Präsidentenfamilie der Assads. Als Rifaat Assad letzten Sommer in Damaskus in Ungnade gefallen war, durfte er in einem Palast Abdallahs bei Genf seine Rückkehr abwarten. Abdallah ist mit einer Verwandten der Assads verheiratet und ist in Riad als Fürsprecher einer prosyrisch und damit harten Politik bekannt. Er war es denn auch, der vor zwei Jahren dafür sorgte, daß die Syrer das israelisch-libanesische Friedensabkommen zu Fall brachten und die Amerikaner in Libanon gedemütigt wurden. (SAD)

Italiens Präsident Pertini verärgert über Straßburg

„Ich bin doch nicht der Subdiakon von Reagan"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein „Fall Pertini" überschattet die für den 8. Mai, den 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, geplante Gedenkrede des amerikanischen Präsidenten Reagan vor dem Europa-Parlament in Straßburg. Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini war im vergangenen Jahr eingeladen worden, am 9. Mai vor dem Parlament zu den Römischen Verträgen zu sprechen. Vor einigen Wochen hatte dann aber ein KPI-Europaparlamentarier vorgeschlagen, ihn besser am 8. Mai die Gedenkrede zum „V-Day" halten zu lassen, und die Bonner SPD hatte diesen Vorschlag unterstützt.

Wie Pertini am Sonntag während des Staatsbesuches in Kairo mitteilte, soll von CDU-Seite dagegen jedoch Einspruch erhoben worden sein. Nach italienischen Presseberichten soll es in der CDU Befürchtungen gegeben haben, daß Pertini als aktiver Widerstandskämpfer seiner Rede in Straßburg möglicherweise einen zu starken „antideutschen Akzent" hätte geben können. Als sich schließlich für den 8. Mai die Möglichkeit eines Reagan-Besuchs in Straßburg abzeichnete, wurde Pertini von Parlamentspräsident Pierre Pflimlin gebeten, an dem ursprünglich geplanten Besuchstermin des 9. Mai festzuhalten und über die europäischen Integrationsverträge zu sprechen. Pertini lehnte das aber ab.

Der wegen seiner offenen, undiplomatischen Art bekannte und beliebte 88jährige Präsident machte seiner Verstimmung am Wochenende in Kairo am Rande seines Staatsbesuchs Luft: „Was soll ich dort denn noch, ich bin doch nicht der Subdiakon von Reagan, nein, ich werde erst hingehen, wenn ich auch reden darf", sagte er vor italienischen Journalisten.

„Ich denke, daß sie mit Reagan eine gute Wahl getroffen haben", meinte der Präsident in Kairo an die Adresse derjenigen, die seinen Auftritt in Straßburg hintertrieben haben. Gestern wurde in Rom spekuliert, wie der Straßburger Fauxpas gegenüber dem italienischen Staatschef – etwa durch eine persönliche Botschaft von Reagan an Pertini – aus der Welt geschaffen wird.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wann geht ein Gebot aus?

Von Peter Gillies

Das Projekt einer Volkszählung wird derzeit mit allerlei Fragezeichen versehen, absichtsvoll von den einen, unbedacht von anderen. Schon ist von einer nochmaligen Verschiebung auf das Jahr 1988 die Rede, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Erhebung Ende 1983 gestoppt hatte. Das daraufhin geänderte Gesetz fand zwar die Billigung der Datenschützer, aber nicht die aller großen Parteien.

Von anderen Gesetzen unterscheidet sich jenes über die Volkszählung dadurch, daß eine übergroße Mehrheit der Bürger an seinem Vollzug mitwirken muß. Deshalb dürfe man den Bürger nicht beschwatzen, sondern müsse ihn überzeugen, mahnt der Präsident des Statistischen Bundesamtes. Die großen Parteien müßten voll dahinterstehen. In dieser Logik liegt es, wenn der Bundesinnenminister die SPD in Bund und Ländern mahnt, der Zählung zuzustimmen, war es doch die SPD, die das Gesetz einst einbrachte.

Aber die Sozialdemokraten lassen den klaren Blick vermissen. Mit einem Auge zwinkern sie den Datenverweigerern zu, mit dem anderen blicken sie staatstragend. Vordergründig wird an dem Fragebogen herumgemäkelt und die Erhebung dieser oder jener Information bemängelt, aber dahinter steht die Unfähigkeit zu klarer Stellungnahme. Die Anmerkungen von Oppositionsführer Vogel sind so schwer zu packen wie ein Stück Seife in der Badewanne.

Der Sozial- und Verwaltungsstaat, den alle so freizügig in Anspruch nehmen, benötigt aktuelle Informationen über seine Struktur, seinen Wohnungsmarkt, seine Verkehrswege, seine gesamten Planungen. Ihm diese zu verweigern bedeutet Verschwendung von Steuergeld. Bürgerbeteiligung ist keine Alternative zur Volkszählung, sondern ihr Additiv, denn nicht nur der Staat durchschaut seine Infrastruktur besser nach einer Zählung, sondern auch der Bürger, den es womöglich zum Protest gegen ein Projekt drängt.

Eine auf die Frage reduzierte Volkszählung, ob der betreffende Bürger noch lebe, wäre kein Triumph des Datenschutzes, sondern des (teuren) Unsinns. Die SPD sitzt an einem langen Hebel, aber sie muß sich entscheiden. Grüngestreift schmückt nur im Karneval.

Gesetz über das Lernen

Von Klaus J. Schwehn

Eine Selbstverständlichkeit, möchte man meinen, soll Eingang in das rheinland-pfälzische Schulgesetz finden – die Forderung nämlich, daß der Schüler zu „eigenem Urteil" und zu „Leistungsbereitschaft" geführt wird. Was haben denn über Jahrzehnte hinweg Lehrer mit ihren Schülern sonst betrieben, wenn das Parlament dies fordern muß? Eigenverantwortliches Handeln, Leistungsbereitschaft, das, meint die Landtagsfraktion der CDU in Mainz, muß jetzt per Gesetz verordnet werden, *weil beides offensichtlich als Lehrziel verlorengegangen ist.*

Verlorengegangen – das ist es. Leistung fehlt. Leistung war gefordert in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, bis in die sechziger Jahre hinein. Daß Leistung, daß Leistungsbereitschaft, auch eine soziale Komponente hat, ist klar. Die klugen, allzu klugen Pädagogen allerdings haben in den letzten Jahren eben diese soziale Komponente – mit Hilfe aller möglichen „Rahmenrichtlinien" – so überbewertet, daß die Leistung selbst unter den Tisch fallen mußte, daß sie schließlich verfemt wurde.

Leicht und locker wurde so der Bequemlichkeit Tür und Tor geöffnet. Die Christdemokraten in Mainz haben nun auf Gesetzeswegen einen Finger in die Wunde gelegt: Die Schüler sollen verpflichtet werden, „sich am Unterricht zu beteiligen und eigene Leistungen zu erbringen". Es ist schlimm, wenn man darauf kommen muß – mit Hilfe eines Gesetzestextes. Die Novelle zum Schulgesetz in Rheinland-Pfalz sollte über dieses Bundesland hinaus die Augen öffnen. Die Mainzer Initiative klingt banal, aber sie ist bitter nötig.

Nötig ist nämlich, wieder zu tun, was eigentlich immer Aufgabe der Schulen hätte sein sollen: einfach die alten Grunddisziplinen Lesen, Schreiben, Rechnen zu unterrichten, die eigene Historie zu lehren, Vokabeln zu pauken. Die Mainzer Initiative korrespondiert mit ähnlichen Intentionen, wie sie aus Frankreich bekannt werden – von den Sozialisten dort.

Trojanisch

Von Werner Kahl

Die linksradikale Szene in der Bundesrepublik hat zwei politische Nachrufe anzuzeigen. Geradezu symbolisch erschien Weggenossen des radikalen Wortführers der 68er Unruhen, Bernd Rabehl, der Schauplatz seines Abschiedes von der Freien Universität Berlin. „Angeschmutzt und trist wie ein gerade verlassenes Pennerdomizil", notierte der Berichterstatter der linken „tageszeitung" Eindrücke von der melodramatischen Politfête beim Abgang des Soziologen. An den Wänden klebten Parolen der SEW, der alten Bundesgenossin im Kampf um die Indoktrination der FU.

Zur gleichen Zeit wurde in Frankfurt am Main die Auflösung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW) beschlossen. In den siebziger Jahren war der KBW eine der einflußreichsten Gruppen. Rabehl und der KBW denken jedoch offensichtlich nicht daran, ihre marxistisch-leninistischen Ziele aufzugeben. Sie betreiben vielmehr ihr Comeback auf anderer Ebene. So wird Rabehl, dessen Planstelle an der FU „ausläuft", zur „Führerreserve" der Alternativen Liste (AL) *im Fall eines rot-grünen Bündnisses nach den Berliner Wahlen* am 10. März gerechnet. Auf ihn dürften dann Aufgaben im Schul- und Hochschulwesen zukommen. Der Klassenkämpfer sieht früheren Aussagen zufolge „Streiks, Volks- und Bürgerkriege" in der Zukunft.

Bei der Auflösung des KBW wurden bereits die trojanischen Pferde gesattelt. Das Etikett „Kommunistischer Bund" – vom Genossen Trend derzeit nicht gefragt – wurde abgetrennt; der neue Name „Assoziation" für den Nachfolgeverein gilt als zeitnah und unverfänglich. „Assoziation" soll nun die Verflechtung mit dem linken alternativen Spektrum betreiben und Grünen unter die Arme greifen. So wurde das auf knapp zehn Millionen Mark geschätzte KBW-Vermögen auf den neuen Verein übertragen. Unangetastet blieb auch das Vermächtnis der KBW-Erblasser: Einflußnahme auf die Meinungsbildung der Linken in Deutschland.

Der Einzug der hessischen Grünen in das KBW-eigene Hochhaus in Frankfurt schon vor der Auflösung erscheint heute symbolisch für die Auffangrolle der breitgefächerten grünen Szene. In der Liquidationsversammlung gab denn auch der KBW-Chefideologe Schmierer die künftige Richtung an: „Wir sind heute Teil der linken grünen Sammlungsbewegung."



Hast du Kummer mit die deinen... KLAUS BÖHLE

Ideologischer Fechtboden

Von Heinz Barth

Die einen haben das Geld, die anderen die Stimmen. Das war schon immer die Misere der Unesco, der aufwendigen Unterorganisation der Vereinten Nationen, die von ihren Gründern als Podium für die Erziehung der Welt zu einem höheren Niveau von Kultur und Wissenschaft gedacht war, aber zu einer pädagogischen Fehlkonstruktion mißraten ist. Als sich vor über zehn Jahren herausstellte, daß sie sich zu einem Forum politischer Selbstdarstellung entwickelt hatte, in der die Mehrheit der Blockfreien ihre antiwestliche Erfüllung sieht, war es bereits klar, daß die UNO-Tochter, anspruchsvoll wie ein schwarzes Mannequin der Pariser Couturiers, das Klassenziel ihrer eigentlichen Bestimmung nie erreichen würde.

Schade um die schicke Person. In einer 22stündigen Debatte konnte sich der Exekutivausschuß der Unesco wiederum nicht auf die Sparmaßnahmen einigen, die durch den Austritt der USA aus der Organisation unvermeidlich geworden sind. Das tiefe Loch von 25 Prozent des Etats, das dadurch entstand, hinterließ Ratlosigkeit an der Pariser Place Fontenoy, wo man offenbar nicht darauf gefaßt war, daß die USA aus den langjährigen Enttäuschungen, die sie mit der internationalen Kulturbürokratie erlebt hatten, tatsächlich Konsequenzen ziehen würden.

Geld führt niemals eine deutlichere Sprache, als wenn es fehlt. Der Exekutivausschuß riskierte es nicht, beim Haager Gerichtshof die Amerikaner wegen ihres Austritts zu verklagen oder als ersten Punkt des jetzt notwendig gewordenen Personalabbaus die US-Diplomaten zu entlassen, die im Dienst der Unesco stehen. Die Mäßigung hat zwingende Gründe. Margaret Thatcher, *keine Verschwenderin, wo es* um die Kosten internationaler Organisationen geht, ließ bereits wissen, daß sie dem amerikanischen Beispiel folgen wird, wenn sich die Mehrheit der 161 Unesco-Mitglieder nicht mit den dringend erforderlichen Reformen beeilt, die jedoch auf der im Herbst in Sofia – wo sonst? – stattfindenden Generalkonferenz auf kaum überwindliche Hindernisse stoßen dürften.

Falls der Block der Dritten Welt bis dahin nicht zu besseren Einsichten kommt, wird auch Japan, das immerhin 10,6 Prozent der Beiträge in die Unesco-Kasse zahlt, den Geldhahn abdrehen. Der Westen, Japan eingeschlossen, bringt mehr als 60 Prozent des Budgets auf. Doch selbst in dieser bedrohlichen Situation brachte es Amadou M'Bow, der selbstherrliche Generalsekretär der Organisation, auch jetzt wieder fertig, die Vorlage des überfälligen Reformprogramms mit der Begründung abzulehnen, der Exekutivrat habe ihm keine eindeutigen Richtlinien erteilt.

Im Klartext heißt das, an der bisherigen Mißwirtschaft unter dem Regiment des herablassenden Senegalesen, der seine Unesco-Mehrheit als Sprungbrett für die Wahl zum UNO-Generalsekretär benutzen möchte, wird sich wenig ändern. Seine Amtszeit läuft erst 1987 aus. Er trägt die Verantwortung dafür, daß aus einem als unpolitisch projektierten Teil der Vereinten Nationen ein ideologischer Fechtboden geworden ist. Praktisch hat M'Bow, ein intellektueller Star des frankophonen Afrika, alles politisiert, womit sich sein Haus beschäftigt. *Die Sinekuren, die er an*tiwestlichen Agitatoren aus der Dritten Welt auf dem linken Seine-Ufer zuschanzte, schadeten der Effizienz der Unesco. Mehr als die Hälfte ihres Beamtenstabes zieht den Aufenthalt in Paris der Arbeit vor Ort, in den Entwicklungsländern, vor, wo ihre eigentlichen Aufgaben lägen.



Die Rechnungen zahlen die anderen: M'Bow, Generalsekretär der Unesco FOTO: AP

Die Vorstellung hat sich bei ihnen breit gemacht, daß Kultur nur schön ist, wenn sie sich mit westli*chem Luxus, verpackt in antiwest*liche Mentalität, umgibt. Da bietet sich wohl eine Re-Education an, wie es der Zuständigkeit (aber nicht der Praxis und den Einsichten der Organisation) entspräche. In einem Mahnschreiben, das Bundesaußenminister Genscher im Dezember an M'Bow richtete, wurde zwar eine „nicht akzeptable politische Überfremdung der Sacharbeit", ja sogar „die offenkundige Verletzung des Gebots sparsamer Haushaltsführung" gerügt. Aber man vermißte einen klaren Hinweis, daß die Bundesrepublik sich dem Vorgehen der USA und der anderen Westmächte anschließen würde, falls die Unesco ihre feindselige Haltung gegen die freie Gesellschaftsordnung und die Pressefreiheit des Westens nicht aufgibt.

Es muß daran erinnert werden, daß sich der Konflikt ursprünglich an dem ominösen Entwurf einer „Neuen Weltinformations-Ordnung" entzündet hatte, mit der die Unesco den freien Fluß der Nachrichten über die politische Willkür zu unterbinden suchte, die in nicht wenigen der totalitären Regime der Dritten Welt herrscht. An solchen Zuständen kann sich nichts ändern, solange der Westen nicht zu einem solidarischen Auftreten gegenüber den Mißständen und der politischen Korruption findet, die bei der Unesco eingerissen sind.

Frankreich hat ihr, um die Finanzlücke zu stopfen, eine Spende von zwei Millionen Dollar bewilligt – eine schlecht gelaunte Ermunterung, damit die Unesco-Diplomaten ihr Geld weiter in Paris ausgeben. Auch das sowjetische Notopfer glänzte nicht eben durch Weitherzigkeit. Hans-Dietrich Genscher fand für Amadou M'Bow das Trostwort, er sei, trotz mancher Bedenken gegen seinen Kurs, „auf dem richtigen Weg". Das ist nicht die *geeignete Erziehungs-Methode für* die Welt-Erzieher, die den Kurs der Unesco bestimmen, aber die Rechnungen von denen bezahlen lassen, gegen die sie sich zusammenrotten.

IM GESPRÄCH Clive Ponting

Die undichte Stelle

Von Reiner Gatermann

Seine Karriere als britischer Staatsbeamter verlief wie im Bilderbuch. Er selbst setzte ihr jedoch ein Ende, als er im Sommer vergangenen Jahres Dokumente aus dem Verteidigungsministerium einem oppositionellen Labour-Abgeordneten zukommen ließ. Clive Ponting (38) wollte *damit verhindern, daß Verteidigungs*minister Michael Heseltine, beeinflußt von seinem Staatssekretär John Stanley, der sich wiederum bei Premierministerin Margaret Thatcher abgesichert hatte – so die Ponting-Version –, einem Parlamentsausschuß manipulierte Angaben zur Versenkung des argentinischen Schlachtschiffes „General Belgrano" im Falklandkrieg vorlegte, um früher gemachte falsche Angaben abzusichern.



Das Recht des Parlaments wiegt mehr als die Geheimhaltung der Regierung: Ponting FOTO: CAMERA PRESS

Clive Ponting, asketisch schmal, kurz geschnittenes Haar, eher mit den Augen als mit dem Mund lachend, wollte dabei nicht mitspielen. Dreimal (jeweils anonym) schickte er dem Abgeordneten Dalyell ermunternde Worte („Sie sind auf dem richtigen Weg") oder Material. Das konnte Ponting aus erster Hand liefern, schließlich war er der Verfasser des offiziellen, weitgehend geheimen Untersuchungsberichtes über die Versenkung der „Belgrano" am 2. Mai 1982. Ponting war im Verteidigungsministerium Chef der Abteilung, die den *Minister in Fragen der Marinepla*nung berät. Zuvor hatte er das Rechtsressort geleitet, das auch den Official Secret Acts überwacht, der die Schweigepflicht der Staatsbediensteten regelt.

Ein Gesetz, das Ponting selbst vor Gericht brachte, wo ihn vergangene Woche zwölf Geschworene freispra*chen, obgleich selbst die Verteidi*gung einräumte, ihr Mandant habe sich „technisch gesehen" nicht an das Gesetz gehalten. Er hatte das Recht des Parlaments auf eine umfassende Unterrichtung für wichtiger gehalten als das Geheimhaltungsrecht der Regierung, das haben die Geschworenen sanktioniert.

Ponting, seit 1973 mit Sally verheiratet, die ebenfalls im Verteidigungsministerium beschäftigt ist, schaffte seinen beruflichen Durchbruch 1979, als die Konservativen die Regierung übernahmen. Der den Sozialdemokraten nahestehende Beamte verfaßte einen Bericht über Sparmaßnahmen der Marine, der seinen Minister so beeindruckte, daß er ihn zur Premierministerin mitnahm, die ihrerseits Ponting zum Vortrag vor dem Kabinett lud.

Heute fühlen sich seine Vorgesetzten hintergangen, aber Ponting behauptet, nicht anders habe handeln zu können: Die Loyalität gegenüber dem Parlament wiege schwerer als die gegenüber der Regierung. Er räumte am *Wochenende ein, daß eine* breite Vertrauensbasis Voraussetzung für eine positive Zusammenarbeit zwischen Minister und Beamten ist. Ponting zerstörte diese Basis allerdings nach dem Urteilsspruch noch weiter, indem er sich der Kampagne für freie Information anschloß und ein Buch über die Affäre ankündigte. *Beides ist nicht vereinbar mit* seinem Beamtenstatus, weswegen es konsequent ist, daß er am Wochenende seine Kündigung einreichte.

Damit ist weder der Fall Ponting noch der Fall „Belgrano" beigelegt. Im Verteidigungsministerim wird Ponting seit ein paar Tagen einer weiteren Indiskretion verdächtigt, und gestern nachmittag trat das Unterhaus zu einer Debatte zusammen, in der es darum ging, ob die Regierung versucht hatte, das Parlament in Sachen „Belgrano" irrezuführen. Hauptzeuge der Opposition: Ponting.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Die Londoner Zeitung sieht Schwierigkeiten für Iran:

Das Jahr 1363 des iranischen Kalenders, das noch einen Monat dauert, war ein wichtiges Jahr der innenpolitischen Stabilisation und ein festgefahrenes Jahr im Krieg mit Irak.... Irans diplomatische Isolierung verhindert augenscheinlich die Beschaffung neuer Panzer oder Flugzeuge in ausreichenden Mengen wie auch den Kauf von notwendigen Ersatzteilen für bereits vorhandene Waffen. Irak benutzt seine überlegene Luftwaffe, konnte aber den iranischen Ölhandel im Golf nicht komplett verhindern. Dies hat jedoch zu einem Ansteigen der Versicherungsprämien geführt und iranisches Öl... nicht mehr wettbewerbsfähig gemacht. Zum ersten Mal während des Krieges hat Iran nun ernsthafte Devisenprobleme.

Hamburger Abendblatt

Es macht sich Gedanken über den Sinn der Schöpfung:

Der Mensch als höchste Vollendung der Schöpfung, ach hätte er noch einen Rest von Instinkt in sich! Er würde dann manches verhindern, womit er sich heute selbst in Schrekken versetzt. Es sind schreckliche Nachrichten, die allein ein einziger Tag wie der gestrige hervorbrachte. In der indischen Stadt Bhopal... stirbt jetzt jedes vierte neugeborene Kind. Die winzigen Körper hatten von Anfang an nur die Wahl der Todesursache, entweder Tod als Folge der Gasvergiftung oder Tod durch Überdosierung des medikamentös verabreichten Gegengiftes. Der Sinn der Schöpfung, nämlich Leben zu erzeugen, entgleitet hier durch Umkehrung genauso ins Absurde wie die wissenschaftliche Tat des britischen Mediziners Dr. Steptoe. Er fror ein Embryo in einem Tiefkühlfach ein, taute den winzigen Menschen nach 14 Tagen wieder auf und pflanzte ihn einer Frau aus Manchester ein. Die Schöpfung da, wo sie sich versagt, durch einen Trick zu stimulieren, besser: zu übertölpeln, läßt den Menschen die gefährliche Grenze überschreiten, die Geisteskraft und Verantwortung scheidet.

Kieler Nachrichten

Sie kommentieren die Demonstration in Schwandorf:

Daß eine von den Veranstaltern als Großdemonstration deklarierte Kundgebung nicht wie so häufig in der Vergangenheit in Schlägereien und Schlachten zwischen Demonstranten und Polizei ausarten muß, hat das Wochenende im oberpfälzischen Schwandorf gezeigt. An der vorgesehenen atomaren Wiederaufbereitungsanlage in *Wackersdorf* reiben und spalten sich die Geister, dies wird in naher Zukunft so bleiben. Doch diese Demonstration verlief, wie sie eigentlich alle ablaufen sollten: friedlich.

Moskaus Interesse an kontrollierbaren Spannungen

Ein Gespräch der USA und der Sowjetunion in Wien über den Nahen Osten / Von Jürgen Liminski

Für Medienschauspiele hat der syrische Präsident Assad eine sichere Hand. Kurz vor dem Treffen der amerikanischen und sowjetischen Nahostexperten in Wien baute er wieder ein kleines Theater auf, diesmal um den freigelassenen amerikanischen Journalisten Levin. Der Einakter sollte Washington signalisieren, daß man wieder ins Gespräch kommen könne.

Damaskus ist über das Treffen von Wien beunruhigt – mehr als alle anderen Staaten der Region. Denn die Stärke der syrischen Position gegenüber Moskau bestand in den letzten Jahren darin, daß es den Syrern immer wieder gelang, bei den Amerikanern Hoffnungen auf einen syrischen Wechsel der Allianzen zu erzeugen und so die Sowjets unter Druck zu setzen. Ein solches Spiel geht gut, bis die gegenseitig Ausgespielten sich an einen Tisch setzen und einmal die Spielregeln erörtern. Wenn nun die beiden Großen über die Köpfe der Kleinen hinweg die Lage betrachten, könnten sie zum selben Ergebnis kommen: Zur Abklärung von Interessen sind direkte Gespräche der kürzere Weg.

Washington hält, wie Jerusalem, direkte Gespräche auch für die kleinen, sprich die vom Nahost-Konflikt betroffenen Länder, am ehesten für geeignet, eine Lösung herbeizuführen. Das war schon so bei dem Friedenswerk von Camp David und auch bei dem inzwischen annullierten israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai 1983. Hier ist der erste Unterschied zu Moskau. Der Kreml hält wenig von direkten Gesprächen der Kleinen, sehr viel mehr dafür von kontrollierbaren Spannungen. An Frieden ist er nicht interessiert. Denn Spannungen bedeuten Waffenlieferungen, mithin Einfluß in arabischen Köpfen und Palästen. Einen anderen Exportartikel haben die Sowjets nicht zu bieten.

Zweiter Unterschied: Die Sowjets streben nach Mitsprache, was im Wortschatz des Marxismus-Leninismus immer nur „erste Stufe der Herrschaft" bedeutet. Langfristig arbeitet der Kreml auf eine Art Mitte-Links-Koalition in der arabischen Welt hin. Dafür fehlt allerdings die Zustimmung aus ein paar arabischen Herrscherhäusern. Karen Brutenz, ein Funktionär der KPdSU, hat diese Strategie in der libanesischen Linkszeitung „As Safir" erläutert.

Mittelfristiges Ziel Moskaus ist es, eine Gleichstellung mit den Amerikanern in dieser Schlüsselregion zu erlangen. Gerne käme man auf das sowjetisch-amerikanische Statement vom 1. Oktober 1977 zurück, in dem von einem „politischen Kondominium" die Rede war, das von den Amerikanern aber rasch ad acta gelegt wurde, als sich kurz darauf Sadat zu seiner Reise nach Jerusalem entschloß. Jetzt ist die Zerstörung von Camp David diesem Ziel vorgeschaltet. Und hier sind die sowjetischen Interessen mit denen der Syrer deckungsgleich.

Moskau hat Damaskus fest im Griff. Der für Nahostfragen zuständige Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Poliakow, kennt die Unterrschiede zwischen Syrien und Ägypten genau. Poliakow war Botschafter in Kairo, als Sadat die sowjetische Mission mit ihren vielen Antennen auflöste. Er weiß um das Eigengewicht Ägyptens in der arabischen Welt, das den Wechsel der Allianzen möglich machte. Syrien dagegen ist demographisch, geographisch und strategisch eine arabische Mittelmacht. Nur militärisch ist es stärker als manch anderer vergleichbare Staat in der Region. Aber diese Stärke ist geliehen – von den Sowjets. Außerdem weiß Poliakow, daß die Syrer fest im Lager der internationalen Befreiungsbewegungen und des Terrorismus verankert sind. In der Nähe von Damaskus liegen zwei Lager, in denen Untergrundkämpfer ausgebildet werden. Weitere drei Lager finden sich in Grenzgebieten. Und Assad rühmte sich auf dem jüngsten Kongreß der syrischen Baath-Partei der Tatsache, daß Syrien politisch, moralisch und materiell alle Befreiungsbewegungen in der Welt unterstütze.

Nur nahöstliche Chiromanten sehen noch die Möglichkeit eines Allianzenwechsels. Assad wäre zwar skrupellos genug. Aber er ist auch intelligent genug zu wissen, daß seine Hegemonialpläne in der arabischen Welt nur im Bund mit Moskau eine Perspektive haben. Er will bei der Koalition mit Linken und Moderaten der führende Partner auf arabischer Seite sein.

So treiben die Sowjets und Syrer wieder ein Spiel mit verteilten Rollen. Moskau versucht auf unterer diplomatischer Stufe mit Washington ins Gespräch zu kommen, um über spätere Verhandlungen oder eine internationale Nahost-Konferenz die ersehnte Gleichstellung zu erreichen. Damaskus soll derweil die USA mit Lockrufen verwirren. In dieser Situation tat Reagan einen klugen Zug: Er hat sich in einem Telphongespräch mit Assad für die Freilassung eines Journalisten brav bedankt. Mehr Applaus war für den Einakter nicht drin.

Eine harte Kur soll Grundig auf gesunde Füße stellen

Noch ist nicht entschieden, wie viele Mitarbeiter bei Grundig ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Aber eins ist für die Mutter Philips, die vor einem Jahr Grundig übernahm, sicher: Nur Entlassungen können die Firma retten.

Von JOACHIM WEBER

In Fürth habe ich noch mehr Papier vorgefunden als im Großkonzern Philips. Das will etwas heißen", gab der Holländer Hermanus Koning schon zwei Monate nach seinem Amtsantritt als neuer Grundig-Chef eine seiner ersten Impressionen zum besten. Das war Ende Mai 1984.

Inzwischen scheint sich der frühe Eindruck bestätigt zu haben: In allen Bereichen des fränkischen Unterhaltungselektronik-Imperiums wurde ein übergroßer administrativer Wasserkopf diagnostiziert, in einigen sollen zwei von fünf Verwaltungsposten überflüssig sein. Wie groß der Block der „nicht produktiven" Arbeitsplätze in der Gesamtgruppe ist, wird vom Vorstand wohlweislich noch nicht bekanntgegeben – gar zu leicht wäre dann die Hochrechnung der anstehenden Entlassungen.

Die Zahl von 7000 für den in- und ausländischen Gesamtkonzern, vor wenigen Wochen auf Umwegen an die Öffentlichkeit gelangt und mit Vehemenz dementiert, scheint so fern der Realität denn doch nicht zu liegen. Koning hoffe, „daß weniger betroffen sein werden", hieß es schon recht schwach in der jüngsten Verlautbarung, in der erst einmal die Zahlen für die bayerischen Standorte bekanntgegeben wurden.

Die fünf Werke in Nordbayern, in denen der größte Teil der 15 000 inländischen Mitarbeiter seine Brötchen verdient, werden danach 2530 Menschen entlassen. Zwei kleineren Produktionsstätten in besonders *strukturschwachen Gebieten*, Vohenstrauß und Georgensmünd, droht dabei sogar das endgültige Aus. Noch wird allerdings gerechnet.

Im Gange sind auch noch die Untersuchungen am kleineren pfälzischen Standort Miesau, dem einzigen deutschen Werk außerhalb Bayerns. Und auch über die Abstriche an den Auslandsproduktionen in Barcelona (Spanien), Braga (Portugal), Creutzwald (Frankreich), Rovereto (Italien) und Wien (Österreich), die insgesamt 8700 Mitarbeiter beschäftigen, gibt es noch keine Gewißheit.

Daß hier die größten Opfer zu bringen sein würden, hatte der neue Vorstand von vornherein klargestellt. Er folgt damit einer Strategie, die auch anderswo in der Industrie immer häufiger zu beobachten ist: Mit höheren Automationsgraden in der Fertigung verlieren die Lohnkosten, einst Grund für die Auslagerung von Teilen der Produktion, zunehmend an Bedeutung. Hohe Stückzahlen in den Inlandswerken versprechen größere Kostenvorteile als die Lohneinsparungen im Ausland.

Auf jeden Fall ist es eine ziemliche Roßkur, die dem Unterhaltungselektronik-Riesen bevorsteht. Daran, daß sie *nötig ist*, läßt *Koning* keinen Zweifel. Nach einem Verlust von 286 Millionen Mark – damit legte das Unternehmen bei jedem Zehnmarkschein Umsatz eine Mark obendrauf – im vergangenen Geschäftsjahr drohe erneut ein hohes Defizit. „Damit ist die Existenz des Unternehmens ernstlich gefährdet."



Schon vor fast einem Jahr, bei der Übernahme durch Philips, befürchteten Grundig-Mitarbeiter, daß „Köpfe rollen" werden. Nun gilt es als sicher, daß es zu Massenentlassungen kommen wird. FOTO: DPA

Keine Frage: Grundig, einstiger *Stern* am *Rundfunk-* und Fernsehhimmel, hat einiges an Glanz verloren. Als Firmengründer Max Grundig am 31. März 1984, zwei Monate vor seinem 76. Geburtstag, nach 53jähriger Alleinherrschaft und etlichen Jahren der Suche nach einer Nachfolge sein Unternehmen endgültig der „industriellen Führung" des niederländischen Philips-Konzerns übergab, war das Haus nicht ganz so wohlbestellt, wie er es sich vielleicht vorgestellt hatte.

Der immer wieder so mutige Unternehmer hatte eigentlich nur einen Fehler gemacht: Er hatte zu lange alleine regieren wollen. An guten Vorsätzen hatte es zwar nicht gefehlt. „Seit einigen Jahren verfolge ich das *Ziel*, die *Verantwortung* für mein Unternehmen in andere Hände zu legen", erklärte er seinen Handelskunden in einem Brief vom Februar 1984. Das stimmte: Immer wieder hatte Grundig neue Führungskräfte eingestellt, darunter durchaus bekannte Namen aus der Wirtschaft. Doch nie gelang es ihm, über seinen Schatten zu springen, den Kronprinzen genügend unternehmerischen Freiraum zu lassen. Einige kapitulierten, andere wurden gefeuert.



Grundig-Chef Hermanus Koning FOTO: DPA

Schon nebenbei hatte der Altstratege sich den Weg der Anlehnung an einen großen Partner eröffnet: 1979 nahm er Philips als Teilhaber mit knapp einem Viertel des Kapitals in sein Unternehmen auf. Die Mehrheitsbeteiligung scheiterte indessen *am Kartellamt. Dann fand Grundig* Gefallen an der Idee, die europäischen Branchenunternehmen in Kooperationen zusammenzuführen, um den Japanern Paroli zu bieten. Weil er damit auf wenig Gegenliebe stieß, wollte er schließlich selbst den ersten Schritt tun und die notleidende AEG-Tochter Telefunken adoptieren.

Da tauchte im Herbst 1982 plötzlich der französische Elektrokonzern Thomson-Brandt als Anwärter auf die Grundig-Mehrheit auf. Doch auch diese *Liaison* kam nicht zustande – Philips war nicht bereit, den Fuß der Minderheitsbeteiligung aus der Tür seines Großabnehmers zu nehmen. „Darin lag der Schlüssel für das Nein", bekundete jedenfalls Max Grundig. Fast eine Ironie: Thomson-Brandt zog sich frustriert zurück und nahm mit dem kleineren Brocken Telefunken vorlieb.

Das mehrjährige Bemühen um eine vernünftige Nachfolgelösung, unter dem Eindruck einer längeren schweren Krankheit zusätzlich unter Druck geraten, absorbierte offensichtlich so viel von der Kraft des Senior-Unternehmers, daß so manche Aufgabe im eigenen Haus unerledigt blieb, daß auch die eine oder *andere Fehlentscheidung fiel.*

Daß die Philips-Leute auch sonst nicht mit allem einverstanden waren, was sie so in Fürth vorfanden, läßt schon die überlange Zeit vermuten, die nötig war, um die Übergabe-Bilanz zu erstellen. Das Gerangel hinter den Kulissen muß (und ist es dem Vernehmen nach auch) heftig gewesen sein. Freiwillig dürfte der knorrige Alleinherrscher kaum eingewilligt haben, die Werte seiner Geräteläger um volle 100 Millionen Mark abzu*schreiben. Und gewiß war es bitter* für den Selfmademan, am Schluß seiner Karriere um den Wert seines „Werks" feilschen zu müssen.

Seinen Nachfolgern hat der erfolgsverwöhnte und dadurch wohl auch etwas eigenwillige Franke drei grundsätzliche Probleme hinterlassen:

- Der Pionier aus der Sturm- und Drangzeit deutschen Wirtschaftswunders hatte nie akzeptiert, daß es etwas anderes als Wachstum geben könnte. Die ganze Phalanx vermeintlicher Kronprinzen war nicht zuletzt deswegen rasch wieder aus der Vorstandsspitze verschwunden, weil sie es gewagt hatte, auf Phänomene wie Marktsättigung und die Notwendigkeit der Konsolidierung hinzuweisen. Immer wieder wurde auf Zuwachs geplant – Überkapazitäten und Gerätehalden waren die Folge.
- Der Unternehmenspatriarch hatte zwar ein bewundernswertes Gespür für die Technik, die der Markt von ihm erwartete, aber weniger Sinn für die Betriebswirtschaft. Der tiefgreifende Strukturwandel in der Fertigungstechnik wurde zwar auch bei *Grundig angepackt – der Rückgang* der Beschäftigtenzahlen in der Gesamtgruppe von 38 500 im Jahre 1979 auf 24 100 im letzten Geschäftsjahr unter Max Grundig zeigt es deutlich. Doch die Produktivität der Werke blieb immer noch weit unter den Kennzahlen der Konkurrenten in Frankreich und Japan.
- Im Schatten der ausgeprägten Persönlichkeit eines Max Grundig, der grundsätzlich alles selbst entscheiden wollte, sich sogar um den Ersatz ausgefallener Putzfrauen kümmerte, konnte sich keine echte Führungsschicht im Unternehmen entwickeln. Auch das eine der ersten Erkenntnisse des Philips-Emissärs Koning: „Wir müssen jetzt eine Mannschaft bilden, *die gemeinsame Vorstandsentscheidungen* zustande bringt. Das wird für viele Herren etwas anderes sein als das, was sie bisher gewöhnt sind."

In der Tat scheint der Holländer die feste Absicht zu haben, den Grundig-Mannen wieder das Gehen auf eigenen Füßen beizubringen. Aus Hamburg, wo er zuvor die deutsche Philips-Holding Alldephi wieder auf Vordermann gebracht hatte, kam er nur mit einem Mini-Team und verbat sich auch allzu viele Besuche aus der Eindhovener Konzernzentrale. Um jeden Preis sollte der Eindruck vermieden werden, Philips wolle sich Grundig einverleiben.

Die wiederholte Erklärung, daß Grundig ein völlig eigenständiges Unternehmen *bleiben soll*, ist sogar glaubhaft: Es ist bewährte Konzernstrategie von Philips, Beteiligungen an der ganz langen Leine zu führen und die Konkurrenz innerhalb der eigenen Gruppe sogar noch zu fördern. Zuvor wird aber die Roßkur der Sanierung, wird auch ein langer Lernprozeß zu absolvieren sein. Denn, so Koning: „Da das Wirtschaften nun einmal nicht aus Wunschdenken und Harmonie besteht und ein Unternehmen auch nicht von unverbindlichen Theorien existieren kann, werden wir die angekündigten Schritte realisieren müssen."

Für viele Dresdner bleibt der Gang durch Hotel und Oper

Die Premieren *sind vorüber*, die Prominenz ist abgereist, in Dresden ist der Alltag zurückgekehrt. Geblieben sind Oper und neues Luxushotel, gedacht vor allem als Magneten für Valuta-Touristen.

Von HANS-R. KARUTZ

Erich Honecker, am Elbestrand ganz huldvoller Landesvater, soll sich, so hörte man, nach dem glanzvollen Szenario von Dresden äußerst zufrieden über Ablauf und Wirkung geäußert haben: Der Wiederaufbau der Semper-Oper, dem viele Kenner die Palme des schönsten *Hauses* seiner Art weltweit zuerkennen, und die Premiere des Hotels „Bellevue", eines prächtigen Zeugnisses japanisch-schwedischer Hotelbaukunst auf „DDR"-Boden, erfreuten ihn.

Honeckers Grundsatz-Entscheidung, mit Bauten wie dem Leipziger Gewandhaus-Neubau, dem Schinkelschen Schauspielhaus in Alt-Berlins Mitte und der Semper-Oper nationale Gefühle zum Klingen zu bringen, erwies sich abermals als erfolgreich.

Stärker noch als bei vorangegangenen vergleichbaren Anlässen ließ Dresden jedoch die Frage offen, was prachtvoll ausgestattete Schauspiele dieser Art den Bürgern der Stadt selbst an Nutzen, Möglichkeit der Anteilnahme und eigenem Erleben bringen.

Honeckers Politik, auf die Formel „DDR = deutsche Weltkultur plus Goldmedaillen plus Sozialismus" gebracht, gab – zumindest bisher – dem normalen Dresdner Publikum so gut wie keinen unmittelbaren Gewinn.

Die Dresdner konnten, soweit nicht mit Sonderausweisen ausgestattet, nicht einmal das Foyer der Semper-Oper betreten und sich an der wiederbelebten Schönheit erfreuen.

Eintrittskarten für einige Vor-Aufführungen erhielten bisher nur Bau- und Bestarbeiter mit ihren Familien, und „gesellschaftlich besonders aktive Bürger", „Aktivisten der ersten Stunde". Wer ein Opern-Abonnement im alten Haus besaß, kann dies allerdings in der Semper-Oper fortsetzen. Karten für „Normalbesucher" gibt es in den nächsten Monaten nicht, denn *16 Prozent aller Billetts* werden für ausländische Gäste reserviert. Sie werden bereitgehalten für devisenbringende Opern-Gourmets aus München, Wien, Salzburg, Düsseldorf oder Hamburg. Diese Karten werden allerdings nur als „Paket" mit einer Buchung für das neue Luxushotel „Bellevue" verkauft. So bietet beispielsweise das „Bayerische Reisebüro" Anfang März eine fünftägige Busreise nach Dresden mit Opernkarte und Vollpension im „Bellevue" für 965 D-Mark pro Gast im Doppelzimmer an.

Wie groß das Interesse an der neuen Oper ist, zeigt diese Zahl: Allein für Führungen durch das Haus liegen 60 000 Anmeldungen vor, 80 Führer geleiten künftig Besucher durch das Bauwerk. Allein die Gewißheit, ein derartiges Juwel im eigenen Lande zu wissen, animiert viele Bewohner der „DDR", sich über ihre Betriebe un einen solchen Rundgang zu bemühen.

Die Entscheidung Honeckers, Mitte der siebziger Jahre am Beginn der heraufziehenden *„Erbpflege"-Kampagne* solche kostspieligen, insgesamt 350 bis 400 Millionen „DDR"-Mark verschlingenden Projekte wie Semper-Oper und Schauspielhaus in Ost-Berlin durchzusetzen, zahlte sich *in international* wirksamen *„Public* Relations" für Ost-Berlin aus. Über 250 Journalisten, vornehmlich aus der Bundesrepublik Deutschland, England, den USA und Österreich, berichteten über das Ereignis. Das *Echo im Ostblock blieb dagegen auffällig* blaß. 19 Länder sendeten die Fernseh-Konserve der Premierenoper „Freischütz". Ost-Berlin wollte sogar über den so langen Schatten eines prominenten „DDR"-Flüchtlings wie Götz Friedrich, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, springen. Er erhielt eine staatliche Einladung nach Dresden, nahm sie dann aber doch nicht an.

Gäste waren willkommen, aber Publicity *durfte nicht zu weit gehen.* Eine Vorankündigung über den Besuch von Helmut Schmidt, Ernst Albrecht oder Berthold Beitz gab es in den Medien nicht. Auch von einer Einladung an Franz Josef Strauß erfuhr der Dresdner nicht. Der Bayer konnte allerdings wegen einer Erkrankung nicht kommen.

Wer sich als Dresdner überdies nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, hörte oder las in den „DDR"-Medien auch nichts darüber, daß nicht nur Erich Honecker, sondern auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen Kranz an der Ruine der Frauenkirche niederlegen ließ.

Die Frage nach dem „cui bono?" oder der weiten Kluft zwischen dem Volk und seinen erarbeiteten Errungenschaften, die die Staatsmacht so oft zu rühmen weiß, drängt sich ebenfalls im Zusammenhang mit der *Fünf-Sterne-Herberge „Bellevue"* auf. Der sensibel rings um ein altes Pöppelmannsches Bürgerhaus *komponierte Bau blieb für die* Dresdner verschlossen. Weil Erich Honecker und das gesamte Politbüro dort residierten, besaßen nur Hotelgäste nach Kontrollen durch Staatssicherheitsbedienstete Zugang zum Haus.

Zwei, allenfalls drei der neun hochklassigen Gastronomie-Betriebe im Haus – nach dem Leipziger „Merkur" ein weiteres Kind der „Kajima Corporation Tokyo" – werden später einmal in Ost-Mark zahlende Gäste bewirten. Das Zauberwort sonst heißt: West-Devisen. Offiziell wird das „Bellevue" erst am 6. März mit einem Besuch hoher japanischer Repräsentanten für die Öffentlichkeit freigegeben.

Um der Touristen-Kombination „Bellevue", Semper-Oper, Alt-Dresden und Sixtinische Madonna Publicity zu verschaffen, brach Honecker sogar mit einer bisher heiligen Übung: unterwegs nur in SED- oder staatseigenen Gästehäusern, nicht aber in Hotels zu wohnen.

„DDR"-Gäste sind selbstverständlich auch willkommen, sofern sie zahlungskräftige West-Verwandte aufweisen, sprich in West-Devisen zahlen. So konnte sich im Gegensatz zu Honecker und dem Politbüro kein Einheimischer von Eleganz und Ausstattung des Hauses ein Bild verschaffen. Aber dies soll sich ändern: *„Es soll Führungen durchs Hotel geben.* Wir wollen doch nur einmal sehen, wie so etwas aussieht, weil wir es uns nicht vorstellen können", berichtet eine Dresdnerin.

Sehen, wie die chromblitzenden Espressomaschinen von WMF im exklusiven Hallenschwimmbad arbeiten, die „Sonnenbänke" von Philips im Fitneß-Center bräunen oder die Mischbatterien aus der Bundesrepublik in der Badewanne für warmes Wasser *sorgen. Führungen durch ein* Hotel, in dem kaum ein Dresdner je nächtigen können wird.



Tradition und Fortschritt in Dresden: Vor der Fassade des neuen Luxushotels Bellevue das Standbild Augusts des Starken FOTO KLAUS MEHNER

„Bremen muß aus den negativen Schlagzeilen“

WELT-Gespräch mit Oppositionsführer Bernd Neumann (CDU)

DW. Bonn

Bremen „befindet sich in der schwierigsten Phase seiner Geschichte“. Das Bundesland habe einen „angeschlagenen Ruf“, mit dem ein „zunehmender Verfall der finanziellen und wirtschaftlichen Verfassung“ einhergehe, sagte Bernd Neumann, der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Bremen, bei einem Besuch der WELT-Redaktion. Mit Neumann, der die Oppositionsarbeit in Bremen 1987 aufgeben will, um „auch einmal aus anderer Sicht Politik zu machen“, sprachen Norbert Koch und Manfred Schell.

Neumann, zugleich Vorsitzender der CDU in der Bürgerschaft, sieht nur langfristige Möglichkeiten für Bremen, aus dem gegenwärtigen „Abstieg“ herauszukommen. Neumann: „Bremen muß aus den negativen Schlagzeilen heraus. Wir brauchen eine wirtschaftsfreundliche Politik, die Industrieansiedlungen fördert. Der Staat muß sich von Aufgaben trennen. Deshalb plädiert die CDU für eine Privatisierungsdiskussion. Und wir müssen auf Luxus verzichten. Bremen, das kleinste Bundesland, braucht zum Beispiel keine zwölf Kabinettsmitglieder.“ Zur „Analyse“ der gegenwärtigen Situation Bremens gehöre auch, daß es inzwischen die höchste Verschuldung pro Kopf Deutschlands habe, mit der Arbeitslostenquote an der Spitze stehe und zahlenmäßig die meisten Demonstrationen pro Jahr aufzuweisen habe.

Natürlich, das müsse objektiv dazugesagt werden, *betont Neumann*, sei die wirtschaftliche Krise „zu einem bedeutenden Teil bedingt durch den generellen Strukturwandel“. Er konzentriere sich im Bremen auf die Werft- und Stahlindustrie sowie die Fischerei. Über eine Umstrukturierung sei schon vor zwölf Jahren geredet worden. „Und da setzt der große Fehler, das große Versäumnis der Sozialdemokraten ein. Sie haben sich überhaupt nicht um neue Technologien, um neue Industrien gekümmert, auch nicht um den Mittelstand. Hunderte von Betrieben sind von Bremen nach Niedersachsen abgewandert. Die SPD hat eine Politik betrieben, die Ansiedlungswillige abschreckt“, sagte Neumann. Resignation und zum Teil „Untergangsstimmung“ seien die Folge.

Hilfe aus Bonn?

Das einzige, was der SPD jetzt bleibe, „ist der Ruf nach Bonn“, der jeden Tag „wie eine Gebetsmühle“ zu hören sei. Obwohl sie wissen müßte, daß die Voraussetzung für eine Hilfe von außen zunächst die Mobilisierung der eigenen Kräfte sei. Dennoch, Neumann steht trotz aller Kritik an der SPD in konkreten Fragen des Finanzausgleichs auf der Seite Bremens. Was den Strukturwandel betrifft, so habe der Bund „in solchen Situationen eine gewisse Verpflichtung, für die Gleichmäßigkeit der Lebensverhältnisse“ zu sorgen. Bremen könne vor diesem Hintergrund „im Prinzip doch Hilfe erwarten“, wenn auch über den genannten Betrag von 300 Millionen Mark diskutiert werden könne. Die Chance Bremens liege in einer „rigorosen Umstellung“ der Wirtschaftspolitik. Bremen sei ein hervorragender Standort.

„Union hat es schwer“

Neumann äußerte in dem WELT-Gespräch die Einschätzung, daß die SPD bei der nächsten Wahl in Bremen ihre Mehrheit „nicht behalten wird“. Bei der letzten Wahl habe sie diese Mehrheit wegen des „Mitleidseffektes“ für Hans Koschnick nochmals errungen. Bei dieser Perspektive für 1987 sei eine Regierungsbeteiligung der CDU nicht ausgeschlossen. Auf die Frage, warum sich die CDU bei den Wahlen in Bremen so schwer tue, antwortete Neumann: Die soziologische Struktur Bremens komme der SPD „in fast allen Punkten entgegen“, sie sei vergleichbar mit der Struktur in Duisburg. „Das ist ein Potential, das seit eh und je schwer für die Union zu gewinnen war.“ Womit Neumann die breite Arbeitnehmerschaft in den Bereichen Hafen, Klöckner und Fischerei meint. Andererseits gebe es Stadtteile mit 50-, 55-Prozent-Mehrheiten für die CDU. Im Gegensatz zu den Flächenstaaten gebe es in Bremen keinen „Ausgleich durch die Kommunen“. Die CDU habe keine Ämter zu vergeben. Jahr für Jahr wanderten 5000 Menschen nach Niedersachsen ab. Viele davon seien Facharbeiter, „die Aufsteiger, typische CDU-Wähler“.

Zu den „realistischen Feststellungen“ gehöre auch, so erklärte Neumann, daß die Bremer SPD „nie den Eindruck der Zerstrittenheit“ gemacht habe. Sie habe „linke Politik gemacht“. Koschnick „hat sich da nie eingemischt, er ist ja nicht jemand, der kämpft. Koschnick hat in Bremen nichts verhindert“. Statt dessen habe er sich als „Galionsfigur“ präsentiert. Neumann deutete in dem WELT-Gespräch seinen Abschied aus der Bremer Landespolitik an. „Wir werden 1987 Bundestagswahl und Landtagswahl haben. Da habe ich schon die Absicht, mich auf anderen Feldern zu erproben.“ Auf die Frage, ob er ein Bundestagsmandat anstrebe, antwortete Neumann: „Das kann ich nicht ausschließen.“ Er verwies aber auch darauf, daß sein Stellvertreter ein Ministeramt im Kabinett Albrecht übernommen habe.

Der Senat soll den Sekten auf die Finger sehen

CDU spricht von „gnadenlosen“ Methoden bei Anwerbung

Von HERBERT SCHÜTTE

Wird hier eine Gehirnwäsche betrieben?“ – diese laute Frage entfuhr einem Vater, als er nach eigener Bekundung seine 25jährige Tochter „wie betäubt“ bei einer Sitzung im „College für Angewandte Philosophie“ in Hamburg entdeckte. Das Institut gehört zu den Einrichtungen der Scientology-Kirche. Jetzt soll der Senat der Hansestadt den sogenannten „neuen religiösen Bewegungen“ schärfer auf die Finger sehen – so hat es die SPD-Fraktion letzte Woche in der Bürgerschaft beschlossen. Die Stadtstaat-Regierung soll die Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Sekten regelmäßig prüfen, die Einhaltung der Vorschriften nach Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsrecht unter die Lupe nehmen und untersuchen, ob bei der Anwerbung und während der Mitgliedschaft „menschenrechtsverletzende Praktiken angewandt werden“.

Allein der Hamburger Pastor Alfred Springfeld, Beauftragter der Nordelbischen Kirche für diese Bewegungen, hat täglich zehn bis 20 Fälle auf dem Tisch. Fälle von jungen Menschen, die häufig unter dubiosen Umständen angeworben wurden und

Landesbericht Hamburg

verzweifelt versuchen, wieder „auszusteigen“. Springfeld hat in den letzten Jahren insgesamt 2000 junge Menschen beraten, die mit diesen Vereinigungen in Berührung gekommen sind, vor allem Scientology-Church, Baghwan und TM (Transzendentale Meditation). Die CDU-Abgeordnete Eleonore Rudolph, Leiterin des Religionspädagogischen Zentrums Hamburg-Altona, sprach bei der Parlamentsdebatte von „gnadenlosen und menschenverachtenden Methoden“ bei der Anwerbung und beim Umgang mit den Mitgliedern. Die Folgen der Sektenzugehörigkeit reichten vom Abbruch der Ausbildung bis „zum völligen wirtschaftlichen Ruin“. Die Mitglieder, die auszusteigen versuchen, seien häufig einem „Telefon-Terror“ ausgesetzt.

Die SPD-Abgeordnete Ingrid Seeler, Mutter von vier Kindern, diagnostizierte bei aktiven Sektenmitgliedern Charakter-Veränderungen „bis zur Zerstörung ihrer Persönlichkeit“. Sie berichtete: „Manche von ihnen sind schon nach kurzer Zeit ein menschliches Wrack.“ Die Parlamentarierin wies auch auf ein Geschäftsgebaren hin, das „fatal an die Methoden des Frühkapitalismus“ erinnere. Sie nannte die Preise, die etwa bei der Scientology-Church gefordert würden: 8000 Mark für eine Serie von 20 Sitzungen, der teuerste Kurs koste 238 000 Mark. Kritiker der neuen religiösen Bewegungen würden aggressiv mit Prozessen überzogen, sagte Frau Seeler. Als Beispiel, wie man dieser Verfolgung begegnen könne, verwies sie auf das Vorgehen des Landes Nordrhein-Westfalen: Hier wurde bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Dezernat eingerichtet mit der Aufgabe, alle anhängigen Prozesse zu führen und die Menschen, die sich um die Aussteiger aus diesen Sekten kümmern, „mit allen rechtlichen Mitteln vor dem Psychoterror solcher Organisationen“ zu schützen.

In Hamburg hat sich seit Anfang dieses Jahres die Junge Union der Sekten-Geschädigten angenommen. Susanne Rahardt, Landesvorsitzende der CDU-Nachwuchs-Organisation, fordert als dringliche Maßnahme des Senats die Schaffung einer Koordi*nierungsstelle für den Bereich der* neuen Jugendreligion, da „bisher keine Behörde so richtig damit befaßt ist“. Das Thema „Jugendsekten“ sollte außerdem in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Und schließlich rief die Junge Union den Senat auf, die Möglichkeit eines Verbots der Gewerbeausübung – wie in München erlassen – gegen die Scientology-Church zu prüfen.

Bei Susanne Rahardt und ihren Mitstreitern haben sich in den letzten drei Wochen schon gut 40 Betroffene gemeldet, die Hälfte davon waren mit der Scientology-Church in Berührung gekommen. Ein Aussteiger war Mitglied ihres Finanzausschusses. Der Parlamentsauftrag an den Senat, die wirtschaftlichen Aktivitäten der Sekten zu prüfen, kam offenbar im rechten Augenblick.

Bangemanns Mutprobe

Von STEFAN HEYDECK

Der 30jährige Walter Döring war noch nicht einmal 24 Stunden lang baden-württembergischer FDP-Vorsitzender, als er schon zum erstenmal zurücktreten mußte: Auf der Bühne des Stuttgarter Staatstheaters hatten die beiden bulligen Top-Liberalen, Hans-Dietrich Genscher und Martin Bangemann, den superschlanken, ebenfalls weit über 1,80 Meter großen frischgekorenen Landesfürsten zwischen sich so eingezwängt, daß dem nur ein rascher Schritt nach hinten übrig blieb. Die 2000 Teilnehmer des traditionellen Drei-Königs-Treffens am 6. Januar in der Schwaben-Metropole *konnten nur rätseln, ob* diese Schulterschluß-Demonstration der zwei Profi-Polit-Mimen zufällig oder bewußt war.

Bis endgültig Licht in den über ihrem tatsächlichen Verhältnis liegenden Nebel gebracht worden ist, wird noch geraume Zeit vergehen. Zwar versichern der alte und der künftige FDP-Chef selbst unter dem Mantel noch so großer Vertraulichkeit ihren jeweiligen Gesprächspartnern, daß es zwischen ihnen keine Unstimmigkeiten gibt. Der eine kündigt mit dem Brustton der Überzeugung seine volle Unterstützung für den anderen an. Der andere rechnet nicht minder erwartungsvoll mit dessen Beistand. So rechnet es sich Genscher als sein Verdienst an, daß er vier Tage nach dem Europa-Wahl-Desaster am 21. Juni auf einer vertraulichen Sitzung auf dem Bonner Venusberg den Landesvorsitzenden den damals „arbeitslos“ gewordenen Bangemann als seinen Nachfolger vorgeschlagen hatte. *Der wiederum wird* nicht müde, darauf hinzuweisen, daß er ohne jeden Abstrich 1982 den „Wende“-Kurs seines Vorgängers mitgetragen hatte.

Die beiden in Thüringen geborenen Rechtsanwälte (Genscher: „Das ist nicht Voraussetzung für eine Karriere in der FDP“) machen gegenwärtig etwas für Liberale fast schon Ungewöhnliches, beinahe in Vergessenheit Geratenes. Sie äußern sich nicht nur bei öffentlichen Auftritten, sondern auch in sogenannten Hintergrundgesprächen über die Ziele und Perspektiven ihrer Partei sowie die zu beschreitenden Wege völlig dekkungsgleich. Sie treiben es mit ihrem zur Zeit präsentierten Gleichschritt

> Entweder wir setzen liberale Politik in allen Bundesländern, im Bundestag und in Europa durch, oder wir *setzen sie nirgends* durch.
>
> Martin Bangemann

sogar so weit, daß sie ihren Zuhörern teilweise bis in die einzelne Formulierung hinein das gleiche „verkaufen“. Was sie aber trennt und möglicherweise zu Spannungen oder Schwierigkeiten führen wird, klingt (noch) allenfalls in Nuancen, vorsichtigen Andeutungen und halben Halbsätzen an.

Da erweckt Genscher den Eindruck, als ob er sich förmlich entspannt und zurückgelehnt über den Vorwurf amüsiert, die Drei-Punkte-Partei sei während seiner elfjährigen Amtszeit zur nur auf ihn zugeschnittenen Ein-Mann-Partei geworden. Denn die für dieses Negativ-Image Verantwortlichen hat der selbst FDP-Freunden gegenüber immer wieder mißtrauische Genscher offenbar schon seit langem ausgemacht. Seine drei Stellvertreter und praktisch die gesamte Führungsriege waren nach seinem (heutigen) Geschmack zu lange und zu oft auf Tauchstation.

Der gerade sieben Jahre jüngere Bangemann signalisiert hier seinen Willen zum Neubeginn. Der 50jährige spricht zwar nicht wie Bundeskanzler Helmut Kohl von „Männerfreundschaften“. Der zu den „weißen Jahrgängen“ gehörende Ungediente will aber „Frontkameradschaft“ und sich – zumindest bis auf weiteres – für „Teamwork“ stark machen. Für ihn soll die auf 72 000 Mitglieder geschrumpfte Partei sich sogar einen linken und rechten Flügel leisten dürfen. Denn er will den Ruf der „Kaderpartei“ endgültig ausmerzen. Dabei nennt er zurückblickend keine Namen, wenn er auf den von Spitzen-Liberalen verursachten Schiffbruch hinweist, den es zum Beispiel beim Streit um das Kohlekraftwerk Buschhaus oder bei der schließlich am Protest der Basis gescheiterten *Amnestie für Steuersünder gegeben* hat.

Hinter dieser Absicht, die Liberalen bei aller immer wieder propagierten Individualität des Einzelnen zu neuer Geschlossenheit zusammenzuführen, stehen seine politischen Erfahrungen: Er hatte sich 1975 zunächst als Generalsekretär und dann als baden-württembergischer FDP-Chef selbst ausgehebelt. Die Partei hatte Bangemann, der vorher noch mit linksliberalem Anstrich Mitglieder der Protestbewegung vor Gericht verteidigt hatte, damals übel genommen, daß er sich ungerührt von der Bonner sozial-liberalen Koalition für ein Bündnis mit der Union eingesetzt hatte. Prompt wurde er nach knapp einem Jahr – und damit noch schneller als seine Nach-Nachfolgerin Irmgard Adam-Schwaetzer – als Generalsekretär von Genscher in die Wüste geschickt.

Der hat seit diesem Zeitpunkt ein „freundschaftliches *Verhältnis*“ zu seinem immer noch oft genug zur allgemeinen Überraschung vorpreschenden Ex-General „entwickelt“. Hinter diesem jetzt offensichtlich als Bringeschuld zu verstehenden Wandel steht, daß Bangemann 1982 im Stil eines Kampfpanzers gegen seinen Landesverband für die schon sieben Jahre zuvor von ihm geforderte „Wende“ und damit für Genscher gefightet hatte. So knallte der am 9. Oktober 1982 in Schwäbisch-Hall den 400 Musterländle-Delegierten der Liberalen, die den FDP-Chef kippen wollten, Worte wie „Pharisäertum“, „Wischi-waschi-Beschluß“ oder „kriecherische Formulierungen“ um die Ohren.

Genauso knallhart setzte dann der „Mit-Erfinder“ der Freiburger Thesen von 1971 zusammen mit dem ebenfalls nicht gerade zart besaiteten damaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auf dem Kampf-Parteitag am 6. November 1982 das „Berliner Manifest“, von dessen Erarbeitung sich FDP-Vize Gerhart Rudolf Baum mit Blick auf ein Anti-Papier von rund 50 linksliberalen „Wende“-Gegnern um den inzwischen zur SPD abgewanderten damaligen Generalsekretär Günter Verheugen zurückgezogen hatte, durch. Vielleicht nicht zuletzt deshalb nimmt Bangemann äußerlich gelassen hin, daß Lambsdorff – wie zum Beispiel der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Guido Westerwelle, kritisiert – seinen Nachfolger im Ministeramt nicht ausreichend unterstützt. Auf Hilfestellungen will er nicht unbedingt angewiesen sein. Deshalb sieht der künftige Parteivorsitzende einer von prominenten Liberalen bereits befürchteten „Kraftprobe“ zwischen ihm und dem Grafen wegen des mit der CDU/CSU gefundenen Renten-Kompromisses auf dem Saarbrücker Parteitag am Wochenende ähnlich ruhig entgegeen, wie er sich durch die von journalistischen „Lambsdorff-Fans“ nach wie vor geäußerten Vorbehalte an seiner wirtschaftspolitischen Sachkompetenz nicht gerade um den Schlaf bringen läßt.

Politische Negativ-Lehren hat Bangemann zuletzt aus dem Europa-Wahlkampf 1984 gezogen. Immer noch ärgert sich der ehemalige Vorsitzende der Straßburger Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) und mit seiner Mannschaft an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte deutsche Spitzenkandidat laut und unverhohlen, daß er am 17. Juni im Regen stehen gelassen wurde. Damals hatte die Bonner FDP-Spitze auf die „kochende“ Parteispendenaffäre gar nicht oder falsch reagiert, und die Bundestagsabgeordneten hatten trotz Gratis-Beköstigung und -Mitfahrt im Wahlkampfsonderzug nur zögerlich als Hilfstruppe bereitgestanden. Da hatte es auch nicht geholfen, daß er beim Straßenwahlkampf mit dem Megaphon schon fast um jede einzelne Wählerstimme warb. Vielleicht hätte er sich aber besser mit der „Flüstertüte“ anbrüllen lassen, wie er es als Schlagmann bei den Ruderern gewohnt war.

Bangemann ist optimistisch, daß sich eine solche Pleite bei den Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen nicht wiederholt. Denn genauso wie er machen die Liberalen allenfalls zum Ausgang an der Spree ein Fragezeichen. Allerdings kann die von Genscher und ihm beschworene „Einigkeit“ einen Knacks bekommen, wenn es trotz allen Ruderns wieder den Teich heruntergehen sollte.

Deshalb wird der dann gerade installierte neue Parteichef trotz allen „Kader“-Geruchs sich auf die „junge FDP-Garde“ stützen müssen, für deren politiche Bandbreite zum Beispiel die Landesvorsitzenden von Hessen und Bayern, Wolfgang Gerhardt und Manfred Brunner, der kommende schleswig-holsteinische FDP-Chef Wolf-Dieter Zumpfort und der niedersächsische Fraktionsvorsitzende Walter Hirche bürgen. Angesichts dieser Situation erhalten die alten Wahlkampf-Slogans einen neuen, aktuellen Stellenwert. Sie können munter wie 1969 „die alten Zöpfe“ abschneiden, wie 1976 auf „die vier“ (oder wieviel auch immer), „auf die es ankommt“ setzen oder sich wie 1980 „Mut zur Zukunft, Mut zur Vernunft“ machen.

Daß eine solche Rechnung aufgehen kann, hat inzwischen sogar der mehr als FDP-kritische „stern“ geglaubt auszumachen. Vorsorglich jubelte er: „Bangemann, der Einäugige unter den Blinden. Aber er sieht nicht schlecht.“ Diese nicht gerade neue Magazin-„Erkenntnis“ hatte er bereits zum Beispiel am 3. Juni in der

> Es ist nicht alles in Ordnung in der liberalen Welt. Aber die liberale Welt ist nicht am Ende ihre Tage angelangt.
>
> Martin Bangemann

Halle Münsterland, wo sonst unter anderem Rindviecher versteigert werden, noch vor seiner Nominierung zum Genscher-Nachfolger zum besten gegeben: „Entweder wir setzen liberale Politik in allen Bundesländern, im Bundestag und in Europa durch. Oder wir setzen sie nirgends durch.“ Genauso perspektivisch äußerte er sich dann am 6. Januar in Stuttgart auf den „Brettern, die die Welt bedeuten“: „Es ist also nicht alles in Ordnung in der liberalen Welt. Aber die liberale Welt ist nicht am Ende ihrer Tage angelangt.“

Da standen zwei möglicherweise für Saarbrücken übende, zu Lasten von Döring um jeden Zentimeter Boden kämpfende „Gladiatoren“ nebeneinander: Bangemann, der nicht „Erfinder der Langsamkeit“ ist, dessen Beschäftigung mit der langfristig angelegten chinesisihen Philosophie Früchte zu tragen scheint. Genscher, der nicht „Über-Partei-Vorsitzender“ werden will, der aber weiter die „volle Bandbreite“ der Politik abdecken wird.

FDP-Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher mit seinem designierten Nachfolger Martin Bangemann FOTO: DPA

„Neutralität ist für Moskau taktisches Instrument“

Professor Hacker auf der deutschlandpolitischen Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Berliner Reichstagsgebäude

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Die in der Bundesrepublik während der letzten Jahre sowohl auf dem linken als auch auf dem rechten politischen Spektrum entwickelten Vorstellungen, Pläne und Modelle für ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem neutralen Status haben im Kreml keinerlei Reaktionen auszulösen vermocht. *Das erklärte der* Ostexperte Professor Jens Hacker auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Berliner Reichstagsgebäude.

In einem Referat über die sowjetischen Neutralitätsvorstellungen wies Hacker auf eine Äußerung des ehemaligen sowjetischen Außenministers Molotow gegenüber Bruno Kreisky im Jahre 1954 während der Verhandlungen über den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages hin. Kreisky, der als Staatssekretär im österreichischen Außenministerium der „Architekt“ des Staatsvertrages gewesen sei, habe Molotow gefragt, ob nicht für Deutschland eine ähnliche Lösung möglich sei wie für Österreich. Molotow habe darauf mit einem eindeutigen Nein geantwortet und zur Begründung angeführt, die Deutschen seien zweimal mit Waffengewalt „in unser Land“ eingedrungen. Die Neutralität Österreichs ließe sich mit einem Papier sichern. Die Neutralität Deutschlands hingegen nicht.

Hacker erläuterte in diesem Zusammenhang die unterschiedliche sowjetische und westliche Interpreta*tion des Begriffs „Neutralität“. Im* Gegensatz zur Auffassung des Westens sei Neutralität für die Sowjetunion ein politisches Instrument zur Ausweitung des sozialistischen Lagers. Im sowjetischen Völkerrecht sei der Neutralitätsbegriff damit politisch funktionalisiert und zu einem Instrument im Arsenal marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik gemacht worden.

Die Funktionalisierung des Neutralitätsbegriffs als taktisches und strategisches Instrument sowjetischer Politik wird an zwei eindrucksvollen Beispielen deutlich. Hacker wies darauf hin, daß der finnisch-sowjetische Beistandsvertrag in Artikel 1 Finnland „im Falle einer militärischen Aggression von seiten Deutschlands“ verpflichte, für die Abwehr der Aggression zu kämpfen. Diese Klausel ist auch bei der Verlängerung des Vertragswerkes nach dem Abschluß der Bonner Ostverträge nicht gestrichen worden.

Als zweites Beispiel erwähnte Hacker die im österreichischen Staatsvertrag enthaltene Klausel (Art. 4 Abs. 1), wonach eine politische und *wirtschaftliche Vereinigung* zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Hacker folgerte daraus, daß für die Sowjetunion Deutschland nicht nur noch ein geographischer Begriff, sondern auch weiterhin ein „Rechtsbegriff“ sei. Als besonders delikat hob Hacker hervor, daß dies offensichtlich auch für die Ostberliner Führung gelte. In dem 1982 in zweiter Auflage erschienenen Ostberliner Lehrbuch über „Völkerrecht“ sei das im österreichischen Staatsvertrag „festgelegte Verbot der Vereinigung Österreichs mit Deutschland“ ausdrücklich erwähnt worden.

Rupert Scholz, Staatsrechtler und Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, untermauerte die Auffassung Hackers, indem er darauf hinwies, daß die Sowjetunion nach wie vor an der „Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes“ festhalte und sich damit implizit die juristische Fortexistenz des Deutschen Reiches zu eigen mache.

Nach den Darlegungen von Scholz wäre die Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik nicht nur ein Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot, sondern auch der untaugliche Versuch, die Vorbehaltsrechte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hinsichtlich ihrer Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ aufzukündigen. Dazu sei die Bundesrepublik auf Grund einer fehlenden deutschen Souveränität aber gar nicht in der Lage.

Das gleiche gelte für die Regelung der Elbegrenze. Die von Ost-Berlin angestrebte völkerrechtliche Regelung der Elbegrenze kann es nach den Darlegungen von Scholz nicht geben, weil der Bundesrepublik die Befugnis zu völkerrechtlich verbindlichen Grenzregelungen fehlt, die „Deutschland als Ganzes“ betreffen.

Vorschaltgesetz: Rau will Streit entschärfen

rtr/dpa, Düsseldorf

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau will den Streit um das WDR-Vorschaltgesetz entschärfen. Wie die Düsseldorfer Staatskanzlei gestern mitteilte, entschied Rau im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Karl Josef Denzer, daß der umstrittene Paragraph vier, der die Verträge mit den WDR-Direktoren zeitlich befristen sollte, wieder aufgehoben wird. Aus verfahrenstechnischen Gründen würde das Vorschaltgesetz zunächst in Kraft treten, der Paragraph vier aber gleichzeitig mit der Verabschiedung des neuen WDR-Gesetzes im März wieder aufgehoben.

Das Anfang des Monats von der SPD-Mehrheit im Landtag verabschiedete Gesetz war nicht nur von der CDU-Opposition im Landtag, sondern unter anderem auch von der Bundesregierung kritisiert worden. Der künftige Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich Nowottny, hatte angekündigt, sein Amt wegen des Gesetzes nicht wie vorgesehen im Juni, sondern erst nach Ablauf des Vorschaltgesetzes Ende September anzutreten. Rau und Denzer gehen nun davon aus, daß mit „dieser Lösung wieder Ruhe in den WDR einkehrt, der gewählte Intendant Nowottny sein Amt wie geplant antritt und versucht, mit den alten wie mit den neuen Gremien vertrauensvoll zusammenzuarbeiten“.

Anspruch im Fall Freisler „unrichtig“

dpa, München

Bayerns Sozialminister Franz Neubauer (CSU) hat die zuständigen Stellen der Versorgungsverwaltung angewiesen, die 1974 getroffene Entscheidung zur Zahlung einer Zusatzrente an die Witwe des früheren NS-Volksgerichtshofpräsidenten Roland Freisler zu korrigieren. Er halte die damalige Entscheidung, neben der Angestellten- und Kriegsopferrente auch noch eine sogenannte Schadenausgleichsrente zu zahlen, „für unrichtig und rechtswidrig und – soweit dies heute rechtlich noch möglich ist – für korrekturbedürftig“, sagte der Minister gestern in München.

Der Bescheid zur Zahlung der Ausgleichsrente von rund 400 Mark monatlich könne allerdings nicht mehr zurückgenommen werden, da nach dem Sozialgesetzbuch rechtswidrige, begünstigende Verwaltungsakte nach zwei Jahren nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Möglich sei nur die Verhinderung künftiger Erhöhungen der Rente der heute in München lebenden 75jährigen Witwe Freislers. Neubauer betonte, seine Beurteilung des Falls sei auch mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß abgesprochen. „Er teilt sie voll.“ Das Münchner Versorgungsamt hatte 1974 einen Zusammenhang zwischen dem Tod Freislers und der späteren wirtschaftlichen Situation der Witwe gesehen. Die Behörde unterstellte, daß Freisler, „wenn er überlebt hätte, ohne Berücksichtigung der NS-Positionen entweder als Rechtsanwalt oder als höherer Beamter tätig geworden wäre“.

Craxi auf deutscher Terroristen-Liste

AP, Mailand

Der Name des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi soll auf einer Liste stehen, die von der deutschen Polizei in einem Terroristen-Versteck der Rote Armee Fraktion (RAF) gefunden wurde. Craxi gab dies auf einer Konferenz der Sozialistischen Partei bekannt, als er auf kritische Bemerkungen des kommunistischen Senators Sergio Flamigni antwortete. Flamigni hatte Craxi vorgeworfen, er habe vor drei Jahren einem in Paris lebenden Italiener, nach dem in Italien wegen Verdachts auf terroristische Tätigkeit gefahndet werde, einen Brief geschickt. „Ich weiß nicht, ob ich mir mehr Gedanken über den ehrenwerten Flamigni oder über diese Liste machen soll“, sagte der Regierungschef.

RAF-Umfeld hinter Ganschow-Anschlag?

dpa, Berlin

Eine anonyme Gruppe hat sich zu dem in der vergangenen Woche verübten Sprengstoffanschlag auf die Wohnung des Leiters des polizeilichen Staatsschutzes in Berlin, Manfred Ganschow, bekannt. Der in einer Feldflasche zur Explosion gebrachte Sprengstoff hatte erheblichen Sachschaden angerichtet. In einem gestern im Berliner dpa-Landesbüro eingegangenen und nur mit einem fünfzackigen Stern „unterzeichneten“ Schreiben heißt es, mit der Aktion in der Nacht zum Freitag sei ihm „bestimmt seine persönliche Sicherheit genommen worden, mit der er in Berlin jeden Widerstand, der sich nicht an den offiziellen Spielrahmen hält, verfolgt“. Die Täter fordern den Abriß der Hochsicherheitstrakte. Das Bekennerschreiben stammt nach Ansicht Ganschows vermutlich aus dem RAF-Umfeld, nicht von der Roten Armee Fraktion selbst.

Einigen sich die Gegner der Sandinisten?

G. FRIEDLÄNDER, Miami

In Miami, das die Exilhauptstadt verschiedener lateinamerikanischer Länder geworden ist, formiert sich eine militärisch-politische „breite demokratische Front", die den Kampf gegen die Sandinistas in neue Bahnen lenken soll. An den Unterhaltungen nehmen außer Politikern die Vertreter von drei der vier bewaffneten Gruppen teil:

● Eden Pastoras „Revolutionäre Demokratische Allianz" (Arde), die in einem Gebiet tätig ist, das vom Fluß San Juan im Süden, dem See von Nicaragua im Westen, dem Rio Grande de Matagalpa im Norden, und dem Atlantischen Ozean umschlossen wird. Der Name „Arde" entstand aus den Anfangsbuchstaben der Pastora-Organisation, das Wort bedeutet aber im Spanischen gleichzeitig „es brennt". „Arde" verfügt über 2000 Guerrilleros und 12 000 nichtbewaffnete Kämpfer. Die Organisation unterhält Stützpunkte in Costa Rica, die Eden Pastora ursprünglich für seinen Kampf gegen Somoza errichtet hatte.

● Die „Nicaraguanische Demokratische Front" (FDN), deren Tätigkeitsgebiet zwischen der honduranischen Grenze und dem Rio Grande de Matagalpa liegt. Leiter der Front ist Adolfo Calero. Er hat seinen Stützpunkt in Honduras. Die Front mit etwa 12 000 bewaffneten Guerrilleros und 300 unbewaffneten Kämpfern will ihre politisch-konservativen Ziele in einem demokratischen Nicaragua erreichen.

● „Misura" ist der Name eines Bündnisses der Miskito, Sumo- und Rama-Indios, die auf das Kommando von Steadman Fagoth hören, der vor kurzem aus Honduras ausgewiesen wurde. Fagoth, der 1000 bewaffnete Kämpfer befehligt, erklärte seine Ausweisung als berechtigt, da er die honduranische Neutralität verletzt habe.

● „Misurata" nennen sich die 1500 Indios, die dem Kommando von Brooklyn Rivera unterstehen und in einer Enklave des Kampfgebietes Eden Pastoras rund um die „Laguna de Perlas" am Atlantik kämpfen. Rivera ist nicht so sehr an der Beseitigung des sandinistischen Regimes wie an der Befriedigung der Ansprüche der Indios interessiert. Deshalb wird sich Rivera wahrscheinlich auch nicht am Zusammenschluß der Antisandinistas beteiligen.

Das nächste Ziel der „Contras" ist die Abfassung eines Dokumentes, das nicht nur die Kampfgemeinschaft besiegeln soll, sondern gleichzeitig den Sandinistas „zum letzten Mal" Friedensverhandlungen anbieten wird. Dieses Dokument soll also von mindestens drei der vier bewaffneten Gruppen und von prominenten Politikern in Nicaragua und im Exil bis Ende Februar unterschrieben werden.

Der Streit in der FPÖ gefährdet die Koalition

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zu einer Schicksalsfrage für die Wiener Koalitionsregierung aus Sozialisten und Freiheitlichen werden die schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich in der FPÖ rund um den Fall des Verteidigungsministers Friedhelm Frischenschlager entwickelt haben.

Frischenschlager hatte den aus italienischer Haft heimgekehrten ehemaligen SS-Sturmbandführer Walter Reder persönlich mit Handschlag begrüßt, damit eine Welle der Empörung ausgelöst und sich anschließend den einer ihm von sozialistischer Seite diktierten Erklärung vor dem Parlament für sein Verhalten entschuldigt.

Der österreichische Verteidigungsminister mußte es sich gefallen lassen, von seinen Parteifreunden als „unerfahren" und von seinem ehemaligen Hochschullehrer öffentlich als „übereifrig und naiv" bezeichnet zu werden.

Der rechte Flügel der FPÖ, der die Entschuldigung des Verteidigungsministers vor dem Parlament noch gerade schweigend hingenommen hatte, trat mit heftiger Kritik an ihm hervor, als Frischenschlager sich anschließend auch noch beim israelischen Volk für den Handschlag mit dem SS-Offizier entschuldigte.

Damit brach in der FPÖ der eingebaute Konflikt zwischen dem national-liberalen und dem deutsch-nationalen Flügel auf. Auf der einen Seite steht der Vizekanzler im Kabinett Sinowatz und Bundesvorsitzende der FPÖ, Norbert Steger – auf der anderen der Kärtner Landesvorsitzende Jörg Haider.

Als „Gefahr für die Demokratie" bezeichnet

Haider, der den erfolgreichsten und stimmenstärksten Landesverband der FPÖ führt, drohte dem Bundesvorsitzenden mit Austritt, ja sogar mit einer eigenen Partei-Neugründung, wenn Steger es weiter zulasse, daß er, Haider, von führenden sozialistischen Politikern als „Gefahr für die Demokratie" bezeichnet werde.

Erklärungen dieser Art hatte unter anderem der stellvertretende FPÖ-Vorsitzende, Wissenschaftsminister Heinz Fischer, abgegeben. Der Kärntner FPÖ-Vorsitzende beschuldigte kurz vor der heute entscheidenden Vorstandssitzung seinen Bundesvorsitzenden, „Befehle" der Sozialisten zu befolgen.

Der Bundesvorsitzende Steger hat inzwischen erklärt, das Verhalten seines Kärntner Landesvorsitzenden gehe über die Grenzen des Zumutbaren hinaus. Es gebe in der FPÖ Stimmen, die ein Parteiverfahren, ja sogar den Ausschluß Haiders forderten. Hier allerdings beginnt für die FPÖ insgesamt die Schwierigkeit: Auch wenn Haiders Drohungen mit der Parteispaltung ihm taktisch nicht genutzt hat, weil sie viele Funktionäre um ihre Posten zittern ließ, könnte sich die Bundes-FPÖ einen „Rausschmiß" des 35jährigen Jungpolitikers aus Kärnten nur dann leisten, wenn nicht dadurch die gesamte Kärtner Organisation in Mitleidenschaft gezogen oder überhaupt liquidiert werde. Sonst müßte eine Entfernung Haiders für die FPÖ nach dem Motto enden: „Operation gelungen, Patient tot".

Haider, der erklärt, sein Landesverband Kärnten stehe geschlossen hinter ihm, will offenbar den „deutschnationalen" Flügel der FPÖ um sich sammeln und zugleich eine Gegenposition gegen Steger für den Tag aufbauen, an dem es zu einem Scheitern oder einer Auflösung der gegenwärtigen Koalitionsregierung kommt.

Der Wählerschwund könnte zunehmen

Das Bild eines Verteidigungsministers, der innerhalb weniger Tage in einer Grundsatzfrage eine totale Schwenkung vollzieht – und einer Partei, deren Führungsspitzen in beständiger Fehde miteinander liegen, dürfte nicht dazu geeignet sein, weitere Wähler anzulocken. Heute ist die FPÖ von einem ähnlichen Wählerschwund befallen wie die FDP in der Bundesrepublik Deutschland. Nur in Kärnten gelang es Haider, durch einen betont „nationalen" und von der Wiener Zentrale abgesetzten Kurs Erfolge zu erzielen.

Die österreichische Innenpolitik steht jetzt vor zwei Fragen: Wird es der FPÖ gelingen, die innerparteilichen Spannungen wenigstens zu überdecken? Kann es zwischen Sozialisten und Freiheitlichen in der Regierung wieder eine Vertrauensbasis geben, ohne die eine Koalition auf Dauer funktionsunfähig ist? Im Hintergrund hört man bereits Stimmen, wonach die Koalition Sinowatz-Steger nicht länger als einige Monate zu halten sei, weil das Kapital an „gutem Willen" bei beiden Regierungspartnern im Grunde bereits aufgezehrt sei.

Somit könnte Bundeskanzler Sinowatz einem ähnlichen Schicksal entgegengehen wie seinerzeit sein deutscher Amtskollege Helmut Schmidt: die politische Basis für seine Regierung zu verlieren. Die Folgen wären allerdings in Österreich anders als in Bonn.

In Wien wird es dann nämlich angesichts eines gewissen Schwächezustandes der Christlich-Demokratischen Volkspartei wohl keine „Wende" und vielleicht nicht einmal einen „schwarzen" Kanzler geben – sondern eine große Koalition.

Thatcher spricht vor dem Kongreß

Ausdruck des Respekts Reagans für den Gast aus London / SDI ein wichtiges Thema

FRITZ WIRTH, Washington

Für Staatsmänner, die nun seit Jahren vergeblich auf einen Wink aus Washington zu einem Besuch im Weißen Haus warten, muß die kurzfristige Regelmäßigkeit, mit der Margaret Thatcher bei Ronald Reagan vorspricht, Neid und Betroffenheit wekcken. So erscheint die britische Premierministerin in dieser Woche nur sieben Wochen nach ihrem letzten Besuch wieder in den USA und Reagan hofiert sie mit einem Programm, das ihre Sonderstellung demonstrativ unterstreicht.

Reagan arrangierte für sie für morgen eine Ansprache im Kongreß, eine Ehre, die seit Winston Churchill keinem britischen Premierminister mehr zuteil geworden ist. Churchill hielt diese Rede im Jahre 1952 und erinnerte sich in seinen Memoiren: „Ich fühlte mich wie zu Hause und selbstsicherer als ich es im Unterhaus war. Alle lachten und klatschten an der richtigen Stelle."

Margaret Thatcher setzt damit eine Tradition fort, die im Jahre 1834 mit einer Rede des französischen Marquis de Lafayette begann, der eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Revolution spielte und sich als erster Ausländer an den Kongreß wenden durfte. Reagan hatte erst am letzten Wochenende Lafayette als einen großen Freiheitskämpfer gepriesen, der großes für die Entstehung der Vereinigten Staaten geleistet habe.

Die bevorzugte Behandlung Margaret Thatchers hat gute Gründe. Obwohl es zwischen beiden Politikern in der Sache in der Vergangenheit zuweilen Differenzen gab, so bei der US-Invasion Grenadas und über die strategische Verteidigungsinitiative (SDI), genießt kein Regierungschef in der Welt bei Reagan höheren Respekt als Frau Thatcher.

Frau Thatcher weiß andererseits, daß sie ohne die indirekte amerikanische Hilfe im Jahre 1982 nicht den Falklandkrieg hätte gewinnen können, und daß eine Niederlage in diesem Krieg zugleich auch ihre Karriere als Premierministerin beendet hätte. Das Ergebnis ist, daß es seit den Tagen Harold MacMillans und John F. Kennedys nicht mehr ein so enges persönliches und politisches Verhältnis zwischen dem britischen Regierungschef und dem amerikanischen Präsidenten gegeben hat.

Das hohe Ansehen Frau Thatchers im Weißen Haus wird allerdings nicht von den amerikanischen Medien geteilt, die ihr im Rückblick auf ihre letzten zehn Jahre als Partei- und Regierungschefin keine schmeichelhaften Zensuren erteilten. In britischen diplomatischen Kreisen in Washington hat das allerdings kaum Wirkung hinterlassen. „Im Augenblick kann kaum ein ausländischer Staatsmann vor dem Urteil der amerikanischen Medien bestehen", „sei es Kohl, Mitterrand, Thatcher oder Nakasone."

Vier Themen stehen in den Gesprächen im Vordergrund: die bevorstehenden Genfer Abrüstungsgespräche, die amerikanische strategische Verteidigungsinitiative, die beabsichtigte Umrüstung der britischen Polarisflotte auf das Tridentsystem und der steigende Dollarkurs, der sich in alarmierender Weise jenem Punkt nähert, da Dollar und Pfund Sterling den gleichen Wert haben.

Obwohl Frau Thatcher bei ihrem letzten Washington-Besuch die Forschungsarbeiten am SDI-Programm gebilligt hat, steht sie nach wie vor in Opposition zur von Reagan angestrebten Aufgabe der nuklearen Abschreckungs-Strategie. Dieses von den Amerikanern geplante nukleare Abwehrsystem, dessen Endziel es ist, sämtliche Nuklearwaffen hinfällig zu machen, hat Frau Thatcher mit der von ihr beabsichtigten Umrüstung auf Tridentraketen in ein Dilemma gebracht. Die neue britische Tridentflotte würde etwa zum gleichen Zeitpunkt einsatzbereit sein, da die Forschungsarbeiten am amerikanischen SDI-Programm ihr entscheidendes Stadium erreichen, nämlich zu Beginn der neunziger Jahre. Die endgültige Entscheidung über den Tridentkauf muß aber 1985 fallen.

Es verstärkt sich in der britischen Politik die Fraktion jener, die von Trident abraten und auf eine Verlängerung der Lebensdauer der Polarisflotte drängen. Diese Fraktion hat nicht nur durch das SDI-Programm Auftrieb erhalten, sondern auch durch die britische Pfundkrise, durch die die geschätzten Kosten für das Tridentprogramm innerhalb der letzten vier Jahre von sechs auf 10,3 Milliarden Pfund gestiegen sind.

Eine derartige Belastung des britischen Verteidigungshaushalts aber ist kaum denkbar ohne starke Reduzierungen in der britischen konventionellen Rüstung, was die ohnehin unterbewaffnete britische Rheinarmee noch weiter schwächen würde.

Baten Argentinier um Vermittlung?

REINER GATERMANN, London

Im Mittelpunkt der Gespräche Frau Thatchers mit Präsident Reagan werden die amerikanischen Star-War-Pläne stehen. Darüber hinaus, so verlautet in London, werde Frau Thatcher die Forderung einiger amerikanischer Parlamentarier abweisen, als Folge des hohen Dollarkurses und der daraus erwachsenen Nachteile der US-Wirtschaft Importrestriktionen einführen zu wollen.

Hinsichtlich SDI habe sich an der Ende Dezember von Frau Thatcher in den USA abgegebenen Erklärung nichts geändert, heißt es im Büro der Premierministerin. Danach unterstützt Großbritannien das amerikanische Forschungsprogramm und räumt auch ein, daß Washingtons SDI-Pläne mit dazu beigetragen hätten, die Sowjetunion in Genf wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Die amerikanischen Absichten müßten auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Sowjetunion auf diesem Gebiet nach US-Darstellung in einigen Bereichen das Forschungsstadium bereits überschritten habe.

London unterscheidet jedoch deutlich zwischen Entwicklung einerseits und Erprobung, Produktion, Stationierung andererseits. Dazwischen müßten unbedingt Verhandlungen mit Moskau geführt werden mit dem Ziel, eher eine Rüstungsbegrenzung zu vereinbaren als ein neues Waffensystem aufzustellen. Bei ihrem Dezember-Treffen mit Reagan, so heißt es in London, glaubte Frau Thatcher dessen Zusicherung erhalten zu haben, daß die USA in Genf bereit wären, über SDI zu verhandeln. Jetzt interpretiert man Washingtons Taktik dahingehend, daß SDI nicht zur Debatte stehe, beiden Seiten jedoch die Aufstellung neuer Raketen-Abwehrsysteme zugestanden werden könnte.

Keinen Kommentar hat das Londoner Außenministerium bisher zu Berichten aus Argentinien abgegeben, wonach man sich dort mit der Bitte an Reagan gewandt habe, im Konflikt mit Großbritannien zu vermitteln. Argentiniens Präsident Alfonsin besucht im März Washington. Wie die „Sunday Times" aus Buenos Aires berichtet, strebt Alfonsin für Mai oder Juni ein britisch-argentinisches Treffen in Brasilien an. Der erste Versuch, die Beziehungen zu normalisieren, scheiterte 1984 in Bern an der Souveränitätsfrage für die Falkland-Inseln. Jetzt soll Argentinien bereit sein, das Handelsembargo etwas zu lockern. Man benötigt dringend Ersatzteile für in Großbritannien gekaufte Fregatten.

Zieht Syrien Truppen aus Libanon ab?

AFP, Beirut

Syriens Informationsminister Jassin Radschu hat erklärt, sein Land wolle zwölftausend Soldaten aus Libanon abziehen, „sobald es die Umstände erlauben". Zu dem am Samstag vollzogenen Teilabzug der israelischen Truppen aus Südlibanon meinte der syrische Außenminister Faruk al Sharea, Israel sehe sich zu diesem Rückzug „gezwungen". Für die nächsten Monate sei mit einer Zunahme von Operationen des libanesischen Widerstands in Südlibanon zu rechnen. Beide Minister wurden von der libanesischen Zeitung „Al Safir" interviewt.

Nach Angaben örtlicher Korrespondenten stürmten israelische Truppen gestern morgen das Dorf Basourijeh sechs Kilometer östlich von Tyrus. Bei einem von drei Angriffen auf israelische Truppen waren dort am Sonntag ein Soldat getötet und weitere drei verletzt worden.

Westmoreland und CBS für Vergleich

AP/dpa, New York

Der frühere Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Vietnam, General William Westmoreland (70), hat seine 120-Millionen-Dollar-Klage gegen die US-Fernsehgesellschaft CBS zurückgezogen. Wie CBS in New York mitteilte, kamen beide Parteien überein, einen Vergleich zu schließen. Ein New Yorker Geschworenengericht hatte seit dem 9. Oktober 1984 zu entscheiden, ob sich der Vier-Sterne-General durch eine CBS-Reportage verleumdet fühlen mußte. Darin war ihm vorgeworfen worden, er habe den damaligen Präsidenten Johnson in die Irre geführt, als er vor der Tet-Offensive 1968 die Feindstärke zu niedrig ansetzte. Die Anwälte Westmorelands hatten ihm geraten, die Klage zurückzuziehen, nachdem Oberst Hawkins vergangene Woche ausgesagt hatte, der General habe an der Zahl von 300 000 Vietkong festgehalten und deren wahre Stärke von einer halben Million Mann als „politisch nicht akzeptabel" zurückgewiesen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Chun ernennt neues Kabinett Südkoreas

AP/dpa, Seoul

Südkoreas Staatspräsident Chun Doo Hwan hat gestern den bisherigen Geheimdienstchef und früheren Außenminister Loh Shin Yong zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Der 55jährige Loh löst Chin Iee Chong ab, dessen Kabinett nach den Parlamentswahlen geschlossen zurückgetreten war. Dem neuen, 22 Mitglieder umfassenden Kabinett gehören nur noch neun Minister der bisherigen Regierung an. Zu den Ministern, die ihr Amt behielten, gehören der stellvertretende Ministerpräsident Shin Byong Hyun, Außenminister Lee Won Kyung, Verteidigungsminister Yoon Sung Min und Finanzminister Kim Mahn Je.

Neuer Innenminister wurde der 66jährige Chung Sung Mo, der bisher in der Führung der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei tätig war. Zum Justizminister wurde der bisherige Generalstaatsanwalt Kim Suk Hui ernannt. Minister für Information und Kultur wurde der bisherige Direktor des staatlichen Rundfunks, Lee Won Hong.

Wie ein Sprecher des Staatschefs erklärte, soll die Regierungsumbildung dem „nationalen Anliegen nach Stabilität und Reformen" Rechnung tragen. Die von Oppositionsführer Kim Dae Jung unterstützte Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP), die bei den Wahlen auf Anhieb 67 Mandate erhielt, forderte die Regierung am selben Tag auf, „ihren Zeitplan zur Durchführung demokratischer Reformen" bekanntzugeben. Präsident Chun, ein ehemaliger General, hatte wiederholt versprochen, nach dem Ende seiner siebenjährigen Amtszeit 1988 zurückzutreten. Die Opposition befürchtet aber, daß er die Macht nur an einen anderen Ex-General übergeben wird.

Bei den Wahlen, die kurz nach Kims Rückkehr aus dem US-Exil stattfanden, hatte die Regierungspartei mit 148 Sitzen zwar ihre absolute Mehrheit behauptet, erhielt aber nur 35,4 Prozent der Stimmen gegenüber 58 Prozent für die drei größeren Oppositionsparteien. Kim steht nach wie vor in Seoul unter Hausarrest.

Resigniert geht Frankreichs Linke in Regionalwahlkampf

Wachsende Bedeutung der Provinz / Le Pens Hoffnungen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Entscheidung für oder wider den Sozialismus, die bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 ansteht, wirft in Frankreich ihre Schatten voraus. Schon in diesem Jahr gibt es einen Aufgalopp, der wichtige Aufschlüsse geben wird: Die Kantonswahlen vom 10 und 17. März, deren Wahlkampf offiziell am kommenden Samstag beginnt. Alle drei Jahre wird die Hälfte der etwa 3900 Kantone, aus denen die 95 Departements des Landes zusammengesetzt sind, Wahlen unterworfen. Sie haben den Zweck, die „Generalräte" oder „Regionalräte" neu zu besetzen, die dem Departement oder der Region (Vereinigung mehrer Departements) vorstehen. Ein Rat bleibt jeweils sechs Jahre im Amt. Auf diese Weise erneuert sich regelmäßig das politische Personal in der Provinz.

Seit Frankreich unter den Gaullisten und dann den Sozialisten stark dezentralisiert wurde, kommt den Räten sehr viel mehr Bedeutung als früher zu. Sie haben größere Vollmachten gegenüber der Zentrale Paris und ihrem „Vogt", dem Kommissar der Republik, (früher Präfekt). Hinzu kommt, daß die Senatoren aus der Mitte der Generalräte (und den Gemeinderäten) gewählt werden, und daß der Senat traditionell „anders" orientiert ist als die Nationalversammlung und deshalb eine wichtige bremsende Funktion im Gesetzgebungsprozeß ausübt. Dieser Aspekt und die Dezentralisierung sowie die ganz allgemeine Politisierung des gesellschaftlichen Lebens durch den schärfer gewordenen Links-Rechts-Agonismus bewirken, daß auch Kantonswahlen heute in Frankreich die Öffentlichkeit faszinieren und mobilisieren.

Die Opposition (Gaullisten, Giscardisten aber auch Barristen und die neu hinzugekommene, sich bedrohlich verbreitende „nationale Front" des ehemaligen Fallschirmjägers Le Pen) ist guten Mutes, eine Demonstration ihrer Stärke liefern und den Sozialisten und Kommunisten mindestens zwölf Departements von vier oder fünf Regionen abjagen zu können. 1976 und 1979 triumphierte die Linke in den Kantonswahlen. 1982, neun Monate nach ihrer großen Niederlage in den Parlamentswahlen, konnte die Rechte einen Teil ihres verlorenen Terrains zurückerobern. Heute „regiert" sie in 59 der 95 Departements und die kommenden Wahlen sollen noch klarer beweisen, daß sie bereits die Mehrheit im Lande innehat, selbst wenn nur die Hälfte des Wählerkorps, etwa 18 Millionen Franzosen, zu den Urnen gerufen werden.

Um ihres Sieges gewiß zu sein, haben Gaullisten und Giscardisten in mehr als zwei Dritteln der Kantone einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. Im Rest gibt es Ausscheidungskämpfe zwischen beiden Formationen im ersten Wahlgang. Offiziell will man auf „nationaler Ebene" nicht mit dem Rechtspolitiker Le Pen, der nach den Enthüllungen über seine Vergangenheit als Verhöroffizier in Algerien zu einem wenig empfehlenswerten Partner wurde, zusammenarbeiten. Aber wenn lokale Verhältnisse die Unterstützung eines Kandidaten der „Nationalen Front" im zweiten Wahlgang erforderlich machen, um dem Mann der Linken den Weg zu verlegen, wollen die Parteiezentralen in Paris beide Augen zudrücken. Dies gibt der Sozialistischen Partei die willkommene Handhabe, die Wähler auf die „gefährliche Kumpanei zwischen der traditionellen Bourgeoisie und dem Neofaschismus" hinzuweisen.

Die Linke geht tief gespalten und resigniert in das Rennen um die Macht in der Provinz. Die Kommunisten dürften nach ihrem wenig mobilisierenden Parteitag Mitte Februar noch mehr Stimmen verlieren. Die Sozialisten versuchen durch allerlei Tricks (die Schaffung neuer Kantone oder die Einführung eines Teiles von Verhältniswahl in gewissen Regionen), ihre augenblicklichen Positionen, den Vorsitz in 28 Generalräten, zu behaupten. Ob diese Basis breit genug ist, um von hier aus auch einen Sieg in den Parlamentswahlen ein Jahr später sicher zu stellen, wird selbst von einigen Strategen der Partei bezweifelt.

NOTIZEN

Nordlichter enträtselt

Pasadena (SAD) – Durch Satelliten-Aufnahmen ist es amerikanischen Wissenschaftlern gelungen, die Quelle für die Nord- und Südlichter zu ermitteln. Es handelt sich dabei um eine Region in 1,2 Millionen Kilometern Entfernung, die 20 bis 30mal größer ist als die Erde. Dort sind es magnetische Kräfte, die elektrisch geladene Teilchen der Solarwinde „fangen" und „festhalten" und somit eine Art Sternen-Kraftwerk bilden.

Software-Kongreß

Bonn (DW.) – Der erste internationale Software-Kongreß findet vom 3. bis 5. Juni in Montreal statt. Ziel der Veranstaltung, zu der etwa 300 Software-Aussteller und mindestens 6000 Besucher erwartet werden, ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten Software-Entwicklung und -Handel. Veranstalter ist die 1984 gegründete Kanadische Messegesellschaft „Le Marché International Du Logical De Montréal (MIM)".

Für Messel eingesetzt

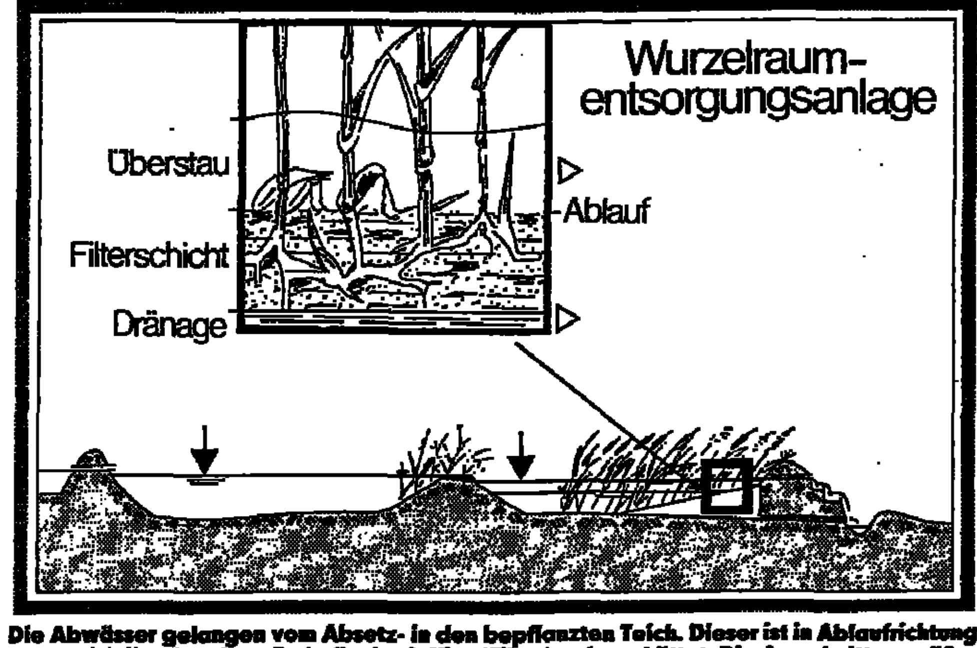
Tübingen (gur.) – 45 Geologen der Universität Tübingen haben den hessischen Ministerpräsident Holger Börner aufgefordert, die „berühmteste Fundstätte fossiler Säugetiere der Welt", die Grube Messel bei Darmstadt, zu erhalten. Ihre Umwandlung in eine Mülldeponie wäre „eine nicht wiedergutzumachende Barbarei", schreiben die Wissenschaftler.

Nützlinge im Pflanzenbau

Stuttgart (dg.) – Zur Schädlingsbekämpfung setzt Baden-Württemberg zunehmend „Nützlinge" wie Raubmilben und Schlupfwespen ein. So sind die vordringenden Maiszünsler bereits auf 1800 Hektar Fläche sowie Spinnmilben und Weiße Fliegen auf 22 Hektar Unterglasfläche erfolgreich zurückgedrängt worden. Nach den Worten von Umweltminister Gerhard Weiser hat Baden-Württemberg die biologische Schädlingsbekämpfung schon vor über drei Jahrzehnten in den Obst-, Garten- und Ackerbau eingeführt. Dem jeweiligen Betrieb wie dem Ernteprodukt komme dabei zugute, daß jegliche Umweltbelastung durch chemische Stoffe wegfalle.

Die Wurzelraumentsorgung scheint den technischen Fortschritt Lügen zu strafen. Befürworter der natürlichen Reinigung von Abwässern durch Mikroorganismen sehen vor allem eine größere Effizienz bei der Beseitigung von pathogenen Keimen. Gegner der Methode halten sie – wie in Othfresen – für nicht ausgereift

Statt moderner Reaktoren sorgt das Schilf für sauberes Wasser



Die Abwässer gelangen vom Absetz- in den bepflanzten Teich. Dieser ist in Ablaufrichtung leicht abfallend und am Ende flach mit Kies (Filter) aufgeschüttet. Die Ausschnittvergrößerung zeigt das Netzwerk der Schilfwurzeln, durch deren Mikroben das Abwasser gereinigt wird. Je nach Wasserstand gibt es zwei Ablaufmöglichkeiten QUELLE: DAFNER

Von NIKOLAUS GEILER

Über ein Klärverfahren, das die zuständige Bezirksregierung in Braunschweig überhaupt nicht für genehmigungsfähig hält, konferierten vor kurzem 150 Ingenieure und Naturwissenschaftler aus Österreich, Dänemark und der Bundesrepublik in Othfresen. Die kleine Gemeinde bei Goslar ist seit nunmehr zehn Jahren der Standort einer sogenannten Wurzelraumentsorgungsanlage.

Der Fall hat, wie allein die internationale Besetzung der Diskussionsrunde zeigt, mehr als nur lokale Bedeutung. Denn das Wurzelraumverfahren des Professors Reinhold Kickuth von der Gesamthochschule Kassel gilt inzwischen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus als ernstzunehmende Alternative zu gebräuchlichen Verfahren der Abwasserreinigung. Die Grundidee scheint den technischen Fortschritt Lügen zu strafen. Die industriellen Abwässer und selbst Sickerwässer aus Mülldeponien werden nämlich nicht chemisch, sondern allein durch die Kraft der Natur gereinigt. Statt aus hochmodernen Reaktoren besteht die Anlage aus Sumpfpflanzen, vorzugsweise Schilf. Der ganze Reinigungsvorgang läuft so ab, daß die Abwässser einfach durch den Wurzelraum der Pflanzen fließen.

Auf ihrem Symposium in Othfresen schwelgten die Apologeten des Verfahrens in der Schilderung der Vorzüge der Wurzelraumentsorgung. Dabei argumentierten sie so: Während in herkömmlichen Kläranlagen die Pflanzennährstoffe Phosphor und Stickstoff nur zu einem geringen Prozentsatz aus dem Abwasser entfernt werden, glänzt die Wurzelraumanlage in Othfresen mit einer Phosphor- und Stickstoff-Eliminierung von über 90 Prozent. Keime werden sogar zu über 99 Prozent aus dem Abwasser entfernt.

Diese hervorragenden Ablaufergebnisse lassen sich auf Mikroorganismen zurückführen, die in Myriaden den Wurzelbereich der Schilfpflanzen besiedeln. Zum Abbau der organischen Abwasserinhaltsstoffe werden die Bakterien durch die Schilfstengel mit Sauerstoff versorgt – ein Vorgang, der auch im Winter abläuft, wenn das Schilf abgestorben ist. Während die Bodenbereiche entlang der weitverzweigten Schilfwurzeln also sauerstoffversorgt sind, herrscht in wurzelferneren Teilbereichen des Bodengefüges Sauerstoffmangel. Auf diese kleinräumige „Mosaikstruktur" von sauerstoffarmen und sauerstoffreichen Bodenbereichen sind die Bakterien angewiesen, die den Abbau der Stickstoff-Verbindungen bewerkstelligen. Die Phosphorverbindungen werden dauerhaft an Eisen- und Humusbestandteile des Bodens gebunden.

Die ebenfalls im Wurzelbereich stattfindende, weitgehende Eliminierung von pathogenen Keimen beruht vermutlich auf der Absonderung von bakteriziden Wurzelsekreten. Durch seine „Wühltätigkeit" lockert das Wurzelwerk der Schilfpflanzen auch den Boden auf und macht ihn für den horizontalen Wasserdurchfluß passierbar. Das System der Wurzelraumentsorgung funktioniert nach den Erfahrungen während der extremen Frostperiode im Januar 85 auch in sehr kalten Wintern.

Winfried Ebeling, Abwasserexperte der Bezirksregierung in Braunschweig, sagt jedoch: „Alles Theorie." Nach monatelangen Messungen müsse bezweifelt werden, daß das Wasser überhaupt im „Wurzelhorizont" abfließt. Bei Experimenten mit Farbstoffen sei vielmehr festgestellt worden, daß in den ersten zwei Stunden am Abwasser „gar nichts" passiert, weil es oberflächlich ablaufe, in der ersten halben Stunde 50 Meter weit, in der zweiten Stunde 100 Meter weit. Die 22,5 Meter große Teichfläche sei von Schaumbergen bedeckt, der Untergrund des Ablaufs mit Schwefelbakterien dicht belegt.

Die Ursache für das Versagen des Systems sieht Ebeling darin, daß es bei dieser ersten Pilotanlage ihrer Art in der Bundesrepublik auch nach zehn Jahren noch nicht gelungen sei, die Abwässer tatsächlich in den Wurzelraum „hineinzuzwingen". Selbst nach dem Einbau von Schlammauffangbecken vor wenigen Tagen fließe der größte Teil oberflächlich ab. Die Erprobung werde sicherlich „noch einige Jahre weitergehen".

Inzwischen sind auch in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen Versuchsanlagen in Betrieb gegangen. An der Wurzelraumentsorgung besteht vor allem im ländlichen Bereich ein großes Interesse, da bei den kleinen Anschlußgrößen herkömmliche Kläranlagen kaum noch finanzierbar sind. Bei den abflußarmen Bächen, wie sie vielfach im ländlichen Raum vorzufinden sind, erweist sich die Reinigungsleistung herkömmlicher Kläranlagen zudem in vielen Fällen als ungenügend.

In diesen von der Abwassersanierung noch kaum erschlossenen Gebieten könnten die Wurzelraumanlagen trotz des relativ hohen Flächenbedarfs von zwei bis fünf Quadratmetern pro angeschlossenem Einwohner das Verfahren der Wahl darstellen. Da Wurzelraumanlagen den Biotopcharakter eines Großröhrichts haben, bieten sie auch hinsichtlich des Artenschutzes nicht zu unterschätzende Vorteile gegenüber konventionellen Anlagen – wenn, ja wenn sie sich wirklich bewähren sollten.

Mit Bedauern wurde auf dem vom Lehrstuhl für Ökochemie der Gesamthochschule Kassel ausgerichteten Symposium festgestellt, daß die Kritiker des Wurzelraumverfahrens nicht vertreten waren. Umgekehrt kritisierte der Braunschweiger Bauoberrat Ebeling, daß niemand von den Teilnehmern des Symposiums den Ablauf der Teichanlage auch nur angesehen habe. Just zum Zeitpunkt des Symposiums habe der Wind den Schaum regelrecht über die Felder getrieben.

Angesichts der drängenden Probleme bei der Abwassersanierung im ländlischen Raum wäre es wünschenswert, wenn sich Kritiker und Befürworter der Wurzelraumanlagen an einen Tisch setzen würden.

Übertriebene Vorsicht soll verringert werden

Überarbeitung der Sicherheitsrichtlinien für Gentechnik

AP/DW. Bonn

Die fast sieben Jahre alten Sicherheitsrichtlinien für den Umgang mit dem Erbmaterial von Lebewesen und Planzen werden überarbeitet mit dem Ziel, risikoarme Laborversuche zu erleichtern. In einem Gespräch mit der WELT betonte Forschungsminister Heinz Riesenhuber: „Es sei völlig richtig gewesen, beim Einstieg in das neue Forschungsgebiet der Gentechnologie äußerst strenge Richtlinien zu erarbeiten, um alle möglichen Gefahren auszuschalten." Heute jedoch würden einige Bereiche von der Wissenschaft derart beherrscht, daß bei den Richtlinien das übertriebene Maß an Vorsicht auf ein vernünftiges reduziert werden könnte.

Bei den geplanten Änderungen geht es vor allem um Regelungen für die Umsetzung von Versuchen im Labormaßstab hin zum Betriebsmaßstab. Riesenhuber erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Associated Press: „Angesichts der weltweit absehbaren wirtschaftlichen Bedeutung der Gentechnik für Medizin, Landwirtschaft, Umweltschutz und Rohstoffversorgung muß die deutsche Industrie rechtzeitig Klarheit darüber haben, unter welchen Bedingungen und Sicherheitsvorkehrungen sie die Produktion aufnehmen darf."

Nach Aussage Riesenhubers wird die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit (ZKBS) der Bundesregierung voraussichtlich bis April Vorschläge für eine Überarbeitung der Richtlinien vorlegen. Die neuen Regelungen sollten dann innerhalb der Regierung beraten und möglichst schon zum Jahresende in Kraft gesetzt werden.

Die Richtlinien unterscheiden Experimente mit Erbmaterial nach vier abgestuften Labor-Sicherheitsmaßnahmen. Sie gelten zwar de facto nur für die von Riesenhuber geförderten Forschungsarbeiten, werden aber auch von den Hochschulen und der Industrie auf der Basis freiwilliger Selbstbindung anerkannt und eingehalten.

Nach den Worten von Riesenhuber gehen die bisherigen Überlegungen von drei Änderungen aus:

- Bei Laborversuchen könne der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Austausch des Erbmaterials von nicht krankheitserregenden Organismen sich als risikoarm für Mensch und Umwelt erwiesen habe. Würden allerdings Krankheitserreger als Spender von Erbanlagen benutzt, müßten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen in vollem Umfang beachtet werden.
- Genau überlegt werden müsse, welche besonderen Risiken beim Umgang mit genetisch veränderten Organismen in größerem Produktionsmaßstab auftreten könnten. Dann müsse geprüft werden, ob von dem bisher bestehenden Verbot abgegangen werden könne, um beispielsweise die Produktion von Arzneimitteln wie Interferon und Insulin mit Hilfe genetisch veränderter Mikororganismen zu ermöglichen.
- Geprüft werden müsse schließlich, ob und unter welchen Umständen in Einzelfällen das Verbot der Freisetzung von genetisch veränderten Organismen aufgehoben werden könne. Vor einer Freisetzung beispielsweise von Bakterien zur Vernichtung von Öl oder Umweltgiften müsse in jedem Fall sichergestellt sein, daß es zu keiner Gefährdung von Mensch und Umwelt kommen könne. Das gleiche gelte für genetisch manipulierte Pflanzen, die beispielsweise ihren Stickstoff selbst produzierten oder gegen bestimmte Krankheiten immun seien.

Riesenhuber sagte für gentechnisch hergestellte Produkte einen regelrechten Boom voraus. Nach ernstzunehmenden internationalen Prognosen werde sich der Marktwert dieser Produkte weltweit von jetzt 3,755 Milliarden Dollar bis 1990 auf über 35 und bis zum Jahr 2000 auf mehr als 144 Milliarden Dollar steigen.

Die Umsetzung von Grundlagenforschung in industrielle Anwendugen werde sich, so Riesenhuber, in einem Rekordtempo von weniger als zehn Jahren vollziehen, so daß ein regelrechter Innovationsschub bevorstehe. In naher Zukunft werde es weitere vermarktbare Arzneimittel wie Interferon geben, aber auch Hilfsstoffe für die Diagnose wie die „Gen-Sonde", mit deren Hilfe Krankheitserreger schneller identifiziert werden könnten.

Der deutschen Industrie räumte Riesenhuber gute Chancen ein im Wettlauf um die Anteile am Gentechnik-Weltmarkt. Sie sei zwar in der kommerziellen Anwendung zurückgeblieben hinter den USA und Japan, könne aber auf umfassenden Forschungsgrundlagen aufbauen.

RADSPORT / Klaus-Peter Thaler hat mehr gewonnen als nur den Weltmeistertitel im Cross-Fahren

Ein großer Sieg als Selbstbestätigung nach der erfolglosen Arbeit als Amateur-Bundestrainer

MARTIN GROHLEDER, München

Die Tränen („auch ein Profi hat das Recht, zu weinen") hatte er sich aus dem Gesicht gewischt. Dann sagte er nachdenklich, so als würde er noch immer an dem zweifeln, was er gerade erreicht hatte: „Das war schon verrückt, was ich da gemacht habe." Klaus-Peter Thaler, 35 Jahre alt, Bundestrainer außer Diensten und jetzt *Profi-Weltmeister der Querfeldeinfahrer*, hat mehr gewonnen als einen Titel – und sei er auch noch so wertvoll.

Thaler hat einmal gesagt, im Profi-Radsport gehe es zu wie im Zirkus. Auch dort müsse man sich jedes Jahr eine neue Nummer einfallen lassen, um einen guten Vertrag zu bekommen. Den wird er jetzt vielleicht auch bekommen, trotz der eigenen Bedenken: „Eigentlich wäre es am besten, jetzt ungeschlagen als Weltmeister aufzuhören. Doch ich habe schon immer gesagt, daß mein Comeback nicht auf zwei Monate begrenzt ist. Und ich werde auf jeden Fall im nächsten Jahr wieder Cross-Rennen fahren und dann als Weltmeister auch etwas absahnen."

Doch daß es jetzt überhaupt wieder zu einem Vertrag im aktiven Sportgeschäft kommt („der Titel wird versilbert"), hat eben etwas mit dem Zwang zu tun, eine neue Nummer zu finden. Und mit der fast brutalen Konsequenz, mit der Thaler mit sich selbst umgeht. Vielleicht könnte nur ein Psychologe in langen Gesprächen klären, ob Thaler nur deshalb gewonnen hat, weil vor ihm ausgerechnet ein Mann namens Mike Kluge Weltmeister bei den Amateuren geworden war.

Kluge hatte danach gesagt: „Jetzt habe ich es dem Thaler gezeigt." In diesem Moment mußte der spätere Weltmeister der Profis befürchten, noch im Nachhinein werde bestätigt, daß er ein schlechter Trainer ist. Weil er schließlich Kluge aus der Nationalmannschaft geworfen hatte, weil er als Bundestrainer vor und nach den Olympischen Spielen von Los Angeles verkündet hatte, die satten deutschen Rad-Amateure seien doch viel zu feige, den Sprung ins Profilager zu wagen. Sie hätten doch nur Vorteile: Förderung durch die Sporthilfe, Spesen und Gagen bei den Rennen, gezahlt unter dem Tisch, und das auch noch steuerfrei. Thaler: „Profis sind da ehrlicher."



Jubelnd durchs Ziel, weinend bei der Siegerehrung. Klaus-Peter Thaler: „Auch ein Profi hat das Recht zu weinen. FOTOS: DPA

Es liegt im Charakter des oft starrsinnigen Thaler, daß er diese ehrliche Konsequenz suchte, nachdem er und der Bund Deutscher Radfahrer im Oktober 1984 die Trennung im „gegenseitigen Einvernehmen" beschlossen. Er setzte sich wieder aufs Rad, spielte das aber herunter: „Ich wollte nur fortführen, was ich für den Bundestrainer-Posten aufgegeben hatte." Doch der Trotz fuhr da eben auch mit, und die Absicht, seinen Kritikern noch einmal die eigene Klasse vorzuführen. Der Spott spornte ihn noch zusätzlich an: „Einige haben doch nur darauf gewartet, daß ich auf die Fresse falle."

Thaler fiel nicht, im Gegenteil: Er stieg auf. Ein Comeback nach zweijähriger Wettkampfpause auf Anhieb mit dem Weltmeistertitel zu krönen, sucht seinesgleichen. Er wird damit leben, ein ungeliebter Weltmeister zu sein, einer, der seinen eigenen Weg zum Erfolg sucht, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Als Bundestrainer ist er mit dieser Einstellung gescheitert, jetzt als trotziger Einzelkämpfer, der keinen Manager und keinen Trainer braucht, kann der Einmannbetrieb Thaler wieder rollen: „Es ist leichter das Regenbogen-Trikot des Weltmeisters zu gewinnen, als es in Ehren zu tragen."

SPORT-NACHRICHTEN

Keine Privatklage

Hannover (dpa) – Bastian Hellberg von Hannover 96 verzichtet darauf, Schiedsrichter Manfred Uhlig privat zu verklagen. Der Schiedsrichter soll Hellmann im Fußball-Pokalspiel beim 1.FC Saarbrücken mit einem Faustschlag unter dem linken Auge getroffen haben. Das Foto im WELT-Bericht vom Montag über die Vorgänge in Saarbrücken zeigt nicht den Hannoveraner Fred Schaub, sondern den Saarbrücker Hönnscheid. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Koch: Weltbestzeit

Senftenberg (sid) – Marita Koch, Weltmeisterin über 200 m, stellte bei den „DDR"-Meisterschaften der Leichtathleten in Senftenberg eine Weltbestzeit über 100 Yards auf. Sie siegte in 10,25 Sek vor Marlies Göhr (10,30).

Beyermann Dritte

Borlange (dpa) – Ina Beyermann aus Köln erreichte beim Schwimmfest im schwedischen Borlange den dritten Platz über 200 m Schmetterling. In 2:18.00 Minuten lag sie hinter der Kanadierin Donna McGinnes (2:13.07 und der Schwedin Eva Jonasson (2:16,85).

Rüping wieder vorne

Neumünster (sid) – Michael Rüping aus Itzehoe gewann mit Silbersee im Stechen den Großen Preis beim Reitturnier von Neumünster vor Gerd Wiltfang (Piccadilly) und Werner Peters (Orchidee). Rüping hatte diese Prüfung auch schon 1984 gewonnen.

Vergeer Weltmeister

Hamar (sid) – Der 23 Jahre alter Holländer Hein Vergeer ist der beste Eisschnelläufer der Saison. Drei Wochen nach seinem Sieg bei der Europameisterschaft wurde er in Hamar (Norwegen) auch Weltmeister im Großen Vierkampf vor Titelverteidiger Oleg Boziew (UdSSR). Der deutsche Meister Hans-Jörg Baltes belegte Platz 19.

6000 Siege

Los Angeles (dpa) – Der 38 Jahre alte Laffit Pincay gewann auf der Rennbahn von Santa Anita bei Los Angeles als dritter Jockey der Welt sein 6000. Rennen. Im siebten und neunten Rennen erhöhte er sein Konto auf 6002 Erfolge. Den Weltrekord hält sein amerikanischer Landsmann Bill Shoemaker mit 8442 Siegen, danach folgt der nicht mehr aktive Johnny Longden (6032).

Wagner scheidet aus

Dortmund (dpa) – Paul Wagner, einer der 15 hauptamtlichen Bundestrainer des DEutschen Leichtathletik-Verbandes, ist nach sechsjähriger Tätigkeit ausgeschieden. Er hatte die Sprinter betreut und wechselt jetzt ins Sportamt der Stadt Essen.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Reinickendorf Berlin – Wallau-Massenheim 23:23, Düsseldorf – Schwabing 23:23, Bergkamen – Lemgo 16:16. – Frauen, Gruppe Süd: Würzburg – Sindelfingen 15:14. – Europapokal der Landesmeister, Halbfinale, Hinspiel: Radnicki Belgrad – Südstadt Wien 19:16.

FUSSBALL

Länderspiel: Ekuador – Finnland 3:1. – Junioren-Turnier in Portugal: Deutschland – Portugal 2:1, Schweden – Belgien 2:2.

TENNIS

Turnier in Delray Beach, Finale, Herren: Mayotte – Davis (beide USA) 4:6, 4:6, 6:3, 6:2, 6:4. – Damen-Doppel: Navratilova/Fernandez (USA) – Jordan/Mandlikova (USA/CSSR) 7:6, 6:2. – Herren-Doppel: Annacone/van Rensburg (USA/Südafrika) – Stewart/Warwick (USA/Australien) 7:5, 7:5, 6:4. – Mixed: Navratilova/Günthardt (USA/Schweiz) – Bassett/Fibak (Kanada/Polen) 6:2, 6:2. – **Deutsches Winter-Circuit**, Finale in Rosenheim, Herren: Segarceanu (Rumänien) – Beutel (Deutschland) 6:3, 7:6.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-Off-Runde, 2. Spiel: Schwenningen – Mannheim 2:3, Kaufbeuren – Landshut 4:1, Düsseldorf – Köln 2:0, Iserlohn – Rosenheim 5:6 nach Verlängerung. – **Länderspiel:** CSSR – Finnland 5:1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 1, 1, 1, 2, 1, 2, 2, 2, 0, 2. – 6 aus 45: 18, 27, 28, 38, 43, 45, Zusatzspiel: 34. – **Rennquintett**, Rennen A: 10, 13, 15. – Rennen B: 23, 28, 25. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / EM 1986

England oder Deutschland?

sid, Bern

Bisher galt Deutschland als hoher Favorit, doch die Engländer haben in den letzten Wochen aufgeholt. Das ist, auf eine kurze Formel gebracht, die Ausgangslage vor der Entscheidung, wo die Endrunde der Fußball-Europameisterschaft 1988 ausgetragen wird. Heute bewertet die zuständige Organisations-Kommission der Europäischen Fußball-Union (UEFA) in Bern vier Bewerbungen und erarbeitet einen Antrag für den endgültigen Zuschlag durch die Exekutive des *Verbandes am 15. März in Lissabon*.

„Die Engländer werfen all' ihre Kraft in die Waagschale. Ihre Chancen sind so gut wie unsere", sagt Egidius Braun, Schatzmeister des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und Mitglied in der Kommission. Den weiteren Bewerbungen aus Holland und dem Quartett der nordischen Länder Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland werden keine Chancen eingeräumt. Griechenland und die Sowjetunion hatten ihre Kandidatur bereits zurückgezogen.

Der DFB argumentiert mit seinen modernen Stadien, die erst zur Weltmeisterschaft 1974 gebaut oder umgestaltet wurden, und mit der Tatsache, daß es bereits dreimal hintereinander mit seinen Bewerbungen scheiterte – 1976 gegen Jugoslawien, 1980 gegen Italien und 1984 gegen Frankreich. Die Engländer führen dagegen zwei Jubiläen ins Feld: 1988 feiern sie den 100. Geburtstag ihrer Liga und *das 125jährige Bestehen ihres Verbandes*. Außerdem: England rechnet einen höheren Gesamtbesuch vor, weil allein schon das Londoner Wembley-Stadion 100 000 Besucher faßt. Entsprechend lockt es mit einem Rekordgewinn von über zwölf Millionen Mark. Der DFB will elf Stadien vorschlagen, plant aber nur mit sieben, höchstens acht Austragungsorten und einem Finale in München.

Gegen England, so wird vermutet, sprechen vor allem das Rowdytum der Fans bei Spielen in europäischen Pokalwettbewerben. Verbandschef Bert Millichip sagt dazu: „Alle Länder haben ihre Probleme mit den Zuschauern, auch die Bundesrepublik Deutschland."

STAND PUNKT

Reitlehrer und Olympia

Die braven Springreiter haben in ihrem Stall offensichtlich eine alte verstaubte Kiste gefunden, in der die Akten ihres ureigenen Amateurproblems abgelegt sind. Jetzt soll aufgearbeitet werden, was schon gar nicht mehr so recht in die Zeit paßt. Während der oberste Olympier, Juan Antonio Samaranch, schon darüber nachdenkt, ob John McEnroe an den Sommerspielen 1988 in Seoul teilnehmen darf, steigen nun endlich auch die Reiter in den Sattel, um eine Hürde zu überwinden, die eigentlich gar keine mehr sein dürfte.

Einige der weltbesten Reiter sollen reamateurisiert werden, Eddie Makken zum Beispiel, oder Harvey Smith und Malcolm Pyrah. Ihnen war Olympia bisher verwehrt, weil sie von ihrem Sport leben und daraus auch nie einen Hehl gemacht haben. Nur haben die Männer im roten Rock immer einen gar feinsinnigen Unterschied gemacht. Unter anderem den: Ein Pferdehändler ist Amateur, weil er ja nicht gerade ein sportliches Geschäft betreibt. Aber ein Reitlehrer ist Profi, er sitzt schließlich von Berufs wegen auf dem Pferd.

Nach dieser verqueren Logik ist ein Mann wie Karsten Huck zwar deutscher Meister, wird aber nicht für den Nationenpreis berücksichtigt, in dem dann Pferdehändler Paul Schockemöhle, Gestütsleiter Peter Luther und der bei Schockemöhle als Reiter angestellte Franke Sloothaak auftreten. Wer das nicht versteht, mag bei Prinz Philip, Präsident der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI), nachfragen, der 1973 einige Reiter zu Profis erklärt hat. Sie hatten kassiert, was er nicht nötig hat.

Merkwürdig nur, daß erst jetzt der Parcours verstaubter Amateur-Bestimmungen angegangen wird. Samaranch, Prinz Philip und der deutsche FEI-Vizepräsident Dieter Graf Landsberg-Velen haben gerade in London damit begonnen, Staub von einer alten Kiste zu pusten. Sie können sicher sein, daß sie hier kein Pferd vom Schwanz her aufzäumen. Sie sitzen in einem zeitgemäßen Sattel, wenn sie endlich Unterschiede abschaffen, über die ein Pferdehändler lacht und unter denen ein Reitlehrer leiden muß. DW.

FUSSBALL / Verona gegen Inter Mailand 1:1, aber Karl-Heinz Rummenigge verlor einen Zweikampf

„Der Bauer Briegel hat den feineren Fuß..."

dpa, Rom

„Verona zittert, verliert aber nicht den Kopf – Überholmanöver mißlungen." So tönte es gestern in den italienischen Zeitungen nach dem Spitzenspiel in der ersten italienischen Fußball-Division zwischen dem FC Hellas Verona und Inter Mailand. Das Spiele endete 1:1, Hans-Peter Briegel erzielte wieder einen viel gefeierten Treffer. Kein Zweifel, Briegel, in Deutschland wegen seiner angeblich geringen technischen Fertigkeiten oft verspottet, ist zur Zeit populärer als Karl-Heinz Rummenigge. Der Abwehrspieler aus Kaiserslautern ist der beliebteste Ausländer in der italienischen Liga.

„Rummenigge beneidet Briegel: Du schießt mehr Tore als ich und stehst noch an erster Stelle" – „Rummenigge hat Briegel satt" – „Der Prinz Rummenigge bricht nicht den Zauber, der ihm die Tore verhext" – „Der Bauer Briegel hat den feineren Fuß" – „*Briegel im siebten Himmel*". Das sind einige der Schlagzeilen in Italien, die das Duell der deutschen Nationalspieler umschreiben.

„Verona ale", sangen die Verona-Fans im ausverkauften Bentegodi-Stadion, und auch die zahlreichen Anhänger, die keinen Platz gefunden hatten, sangen in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt Romeos und Julias. Ein Fest im Faschingsfest und der Erhalt der Führungsposition, zumal viele in Italien eine Niederlage und einen Stopp des Alleingangs der starken Veroneser erhofft hatten.

„Der Ausgleich hilft uns", sagte Veronas Trainer Osvaldo Bagnoli, „wir stehen immer noch allein oben." Doch bei Inter Mailand sieht Trainer Ilario Castagner auch nur Gewinn: „Ein richtiges Ergebnis, für uns positiv, denn wir bringen einen wichtigen Punkt nach Hause."

Gelohnt hat sich für die über 250 *Schlachtenbummler* aus Kaiserslautern die Fahrt in den Süden in drei Bussen, Autos und Zügen, für die sie mit dem für Verona wichtigen Kopfballtor, dem siebten Treffer Briegels, belohnt wurden. „Ich freue mich über mein Tor, vor allem für meine Landsleute. Der Ausgleich war wichtig, ein 0:0 hätte ich von vornherein auch unterschrieben." Der Kaiserslauterer, der abends noch mit 27 deutschen Freunden in Bardolino bei Fisch und Wein seine italienischen Erfolge gefeiert hatte, gab sich bescheiden. „Dieses Land ist herrlich, in Verona bin ich glücklich wie noch nie", meint Briegel.

Nicht zufrieden über den Spielausgang ist dagegen Karl-Heinz Rummenigge, den die Gegner immer wieder in den Clinch nehmen und den seine Mannschaftsgefährten zu wenig unterstützen. 1:0 für Briegel urteilen die italienischen Reporter über das deutsche Duell, doch damit ist Rummenigge *nicht einverstanden*: „Moment mal, das Ergebnis war ja nicht 1:0 für Verona, sondern 1:1. Leider haben wir nicht gewonnen. Mir fehlt das Tor, es fehlt mir furchtbar. Es fehlt mir auch, um sicherer und ruhiger zu sein." Rummenigge hat bisher vier Tore geschossen, keines davon in einem Auswärtsspiel.

Der bekannte italienische Schriftsteller und Sportbeobachter Nantas Salvalaggio analysiert in der „Corriere della Sera": „Wer rechnet, sagt allgemein, daß Inter verrückt ist; so viel auszugeben und wenig zu kassieren. Mit nur 300 Millionen Lire Gage (500 000 Mark) für Briegel hat sich Verona eine hohe, durchgehende Leistung gesichert. Dasselbe kann man nicht von Rummenigge sagen, bei mindestens einer Milliarde Lire Gage (1,6 Millionen Mark). Auch ein Kind versteht, daß 250 Millionen Lire (412 000 Mark) pro Tor zu viel sind."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedanken zum 8. Mai

Der 40. Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht wird nahezu ausschließlich rückblickend als Erinnerungstag begangen an Krieg, Verfolgung, Niederlage, Befreiung, Schuld der Deutschen, Zerstörung des Reichs.

Ich vermisse den Blick in die Zukunft.

Ich vermisse vor allem die Forderung an die Siegermächte, nun endlich den Friedensvertrag zu schließen. Die Alliierten versprachen schon während des Krieges den Frieden, ein leeres Versprechen wie wir alle wissen. Die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit völkerrechtlicher Wirkung, z. B. Ostverträge, werden unter dem Vorbehalt endgültiger Regelung durch| einen Friedensvertrag geschlossen.

Politiker und Regierung sollten nicht nur an die Vergangenheit erinnern, sondern ihrer wichtigsten Zukunftsaufgabe nachkommmen und ständig und unüberhörbar den Friedensvertrag fordern, – sofern sie einen solchen wirklich wollen – der uns die Souveränität zurückgibt.

Freundliche Grüße
K. Wenzel,
Ahrensburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die politischen Kräfte in unserem Staat, die nicht müde werden, von der Kollektivschuld oder (abgemildert) von der Kollektivscham unseres Volkes zu sprechen und die auch die Enkel und Urenkel noch in diese Pflicht zwingen wollen, sind die Gleichen, die den 8. Mai als Befreiungstag begehen lassen wollen.

Hier scheint mir aber ein Widerspruch in sich zu bestehen. Wenn das deutsche Volk am 8. Mai 1945 befreit wurde, dann war es doch selbst ein Opfer des Hitlerismus. Ein Opfer nur kann befreit werden aus seiner Not und hat naturgemäß keine Veranlassung, sich für die Schandtaten seiner Zwingherren kollektiv schuldig zu fühlen oder zu schämen. Im anderen Fall – ich folge der These ihrer Verbreiter – hat das deutsche Volk durch seine Anhängerschaft zu Adolf Hitler und seinem Nationalsozialismus kollektiv Schuld auf sich geladen und muß sich deshalb schämen. Dann aber wurde es am 8. Mai 1945 auch nicht befreit. Beide Schlagwörter aber sind nicht in Einklag miteinander zu bringen.

Was ist nun der 8. Mai für uns? Ein Tag, an dem wir unseren Pflichten und Aufgaben nachkommen werden und an dem wir in einer Mußestunde daran erinnern sollten, daß vor 40 Jahren der Zweite Weltkrieg sein Ende nahm, zumindest in Europa. Aber an den Wunden dieses Krieges leiden wir noch heute, und wir haben keinen Grund, daß entsetzliche Elend des Krieges und seines europäischen Endes zu feiern.

Mit freundlichen Grüßen
R. Bertelsmann,
Velbert

*

Empört habe ich vernommen, daß Herr Böll den 8. Mai als „Tag der Befreiung" bezeichnet. Wäre er doch nach Ostdeutschland gegangen und hätte sich dort „befreien" lassen, von den russischen Armeen, und noch besser nachher von den Polen! Die haben uns „befreit", von allem was wir hatten, Heimat, Hab und Gut, oft sogar vom Leben! Der 8. Mai ein Tag der Befreiung? Nein! Wir waren wohl dankbar, daß Krieg und Hitler-Regime zu Ende waren. Aber sonst?

Für mich ist er ein Tag der Trauer, der Trauer um unser deutsches Volk, um die Millionen, die im Krieg ihr Leben lassen mußten, der Trauer um unser deutsches Land!

I. Gattner,
Ihringen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Gros unserer Politiker scheint diesen Tag als den der Befreiung anzusehen. Sie zerbrechen sich die Köpfe wie sie diesen feiern sollen. Für unser Volk jedoch bedeutet er das Datum unserer schwersten Niederlage seit Menschengedenken.

Ich schlage vor, den Volkstrauertag auf den 8. Mai zu verlegen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. W. Platen,
Tündern

Unentbehrlich?

„Verzicht auf Ausländer nicht möglich": WELT vom 7. Februar

Die Beauftrage der Bundesregierung für Ausländerfragen Liselotte Funke (SPD) diffamiert die deutschen Arbeitslosen. Sie stellt die völlig falsche Behauptung auf, deutsche Arbeitslose würden für die z.Z. von Ausländern besetzten Arbeitsplätze im Bergbau, dem Hoch- und Tiefbau, in Gießereien, in der Fahrzeugindustrie, in der Kunststoffindustrie und in der Gastronomie „nicht zur Verfügung" stehen.

Sollte es wirklich so sein, wie Frau Funke sagt, wären unsere Arbeitslosen Drückeberger, die sich bei der Arbeit nicht die Finger schmutzig machen wollen. Sicher gibt es auch solche Menschen.

Der immer noch hohen Arbeitsmoral der deutschen Arbeiter haben wir einen guten Teil unseres Wohlstandes zu verdanken. Wenn auch einige sozialpolitische Entscheidungen der Arbeitsmoral abträglich sind, reicht diese noch für alle anfallenden Arbeiten aus. Die Ausländer sind nicht unsere Wohlstandssklaven, die unsere Dreckarbeit machen.

Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Ausufernd

„Wenn der Radler sein Maß verliert": WELT vom 8. Februar

Endlich finde ich dieses Thema angesprochen und *füge hinzu*: Statistisch erfaßt sind wohl auch nicht die von den Radfahrern verursachten Unfälle. Gewiß ist es ärgerlich, wenn man als Fußgänger auf dem Bürgersteig einem klingelnden Radfahrer ausweichen muß. Jüngere Passanten können auch mal mit einem raschen Schritt beiseite kommen. Alte Leute aber werden über den Haufen gefahren, verletzen sich beim Stürzen schmerzhaft, nehmen ernsten Schaden oder sterben gar durch einen gebrochenen Schenkelhals, wie ich als Unfallarzt belegen kann. Während Passanten hilfsbereit hinzueilen, entschwindet der oft jugendliche Missetäter ungeschoren. Angesprochen seien hier die Radfahrer selbst, die Eltern, Lehrer, Streifenbeamten und die Passanten, damit dieses stetig ausufernde Verhalten der Zweiradler auf dem Gehweg mehr Beachtung und auch eine Korrektur erfährt.

Dr. O. Bengert,
Hamburg 13

Anerkennung unmöglich

„Zweiter Anlauf": WELT vom 31. Januar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

für Ihr Bemühen, den Forderungen der DDR auf volle völkerrechtliche Anerkennung, zur Zeit präsentiert unter dem Etikett der „Respektierung" der Staatsbürgerschaft der DDR, entgegenzutreten, ist angesichts der schwankenden Haltung vieler westdeutscher Politiker stets aufs Neue zu danken.

Dennoch halte ich die Argumente in dem obigen Leitartikel für wenig hilfreich. Wie will man diejenigen, die zur vollen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und der DDR überhaupt (und der Oder-Neiße-Grenze usw.) tendieren, davon überzeugen, daß es nicht möglich sei, diese Anerkennung auszusprechen, wenn man gleichzeitig als stärkstes Argument nicht handfeste juristische Gründe, sondern „die Menschenrechte" der in Unfreiheit gehaltenen Bevölkerung der DDR und insbesondere derjenigen DDR-Bürger, die der Unfreiheit entkommen wollen, ins Feld führt?

Wäre dies ein überzeugendes Argument, dann dürften wir weder mit Nicaragua noch mit den Philippinen noch mit der Mehrzahl der afrikanischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten, schon gar nicht aber mit der Sowjetunion. So kann man aber völkerrechtliche Beziehungen nicht messen, wenn man nützliche und wirksame Außenpolitik treiben will. Die Menschenrechte sind deshalb kein geeignetes Argumentationsfeld.

Es bleibt festzuhalten: Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR als ein ausländischer Staat wie jeder andere, z.B. wie Österreich, steht nicht nur im Widerspruch zum Grundgesetz, sondern geht, was schwerer wiegt, über die Zuständigkeit der Bundesrepublik hinaus, denn sie nimmt die Regelung des Schicksals Gesamtdeutschlands und der damit zusammenhängenden Fragen, wie sie dem Friedensvertrag in Abstimmung mit den seinerzeitigen Siegermächten vorbehalten ist, in Teilaspekten vorweg.

Die Macht der Bundesorgane ist insoweit durch den Vorbehalt der vier Mächte, insbesondere der drei westlichen bei dem Verfahren der Genehmigung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik, begrenzt; sie würden bei solcher Regelung ihre Kompetenz überschreiten. Dies ist der Grund für die Meinung des Bundesverfassungsgerichts, daß nur eine grundgesetzkonforme Auslegung der bisherigen Ostverträge diese gültig sein läßt.

Mit freundlichem Gruß
U. v. Heyl,
Lampertheim

Wort des Tages

„Zwei Feinde haben wir: Auf der einen Seite den sich selbst aus der Hand gleitenden Freiheitswillen, der zum Subjektivismus wird und alle Gültigkeit zerfallen macht – auf der anderen Seite einen Ordnungswillen, der an der Freiheit verzweifelt und sich in die Gewalt wirft. Nicht die Freiheit ist Feind; sie ist uns anvertraut, nie zu verlierender Ertrag von Wille und Schicksal zugleich. Ebensowenig die Notwendigkeit verpflichtender und verbindender Norm; den Bezug zu ihr müssen wir wiederfinden, wenn nicht alles zerfließen soll. Beides ist wesentlich."

Romano Guardini; Theologe und Lehrer (1885–1968)

Personalien

EHRUNGEN

General **Wolfgang Altenburg**, der Generalinspekteur der Bundeswehr, ist vom französischen Staatspräsidenten **François Mitterrand** zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden. Die hohe Auszeichnung übergab ihm der Chef des französischen Generalstabs, General **Jeannou Lacaze**, kürzlich in Bonn anläßlich einer Sitzung der deutsch-französischen Regierungskommission, deren Aufgabe in der Koordinierung der Sicherheitspolitik besteht. Lacaze, der mit Altenburg freundschaftlich verbunden ist, machte die Auszeichnung zu einer Art „geheimen Kommandosache". Altenburg saß ahnungslos mit den Mitgliedern der Kommission beim Essen in der Bonner Redoute, als Lacaze sich erhob, ihm die große Ehre eröffnete und ihm dann das Kommandeurskreuz an rotem Bande um den Hals legte. Altenburg wußte nur, daß ihn etwas Besonderes erwartete, denn, anders als üblich, war auch Frau Altenburg zu dem Essen geladen.

*

Der Physiker **Hendrik Kasimir** aus Eindhoven, Holland, wurde mit dem Karl Küpfmüller-Ring der Technischen Hochschule Darmstadt ausgezeichnet. Die Universität würdigte die herausragenden Leistungen Kasimirs auf dem Gebiet der theoretischen Physik. Der Karl Küpfmüller-Ring war 1977 zum 100jährigen Bestehen der Hochschule gestiftet worden.

STIFTUNG

„Ich danke allen, die mitgeholfen haben, die Arbeit meiner Frau für die sozial Schwachen fortzusetzen." Mit diesen Worten bedankte sich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß nach einer Wohltätigkeitsgala in der Münchner Oper, an der Künstler wie Agnes Baltasa, Margareth Price, Franzisco Araiza, Wolfgang Brendel und René Kollo sowie das Orchester der Bayerischen Staatsoper ohne Gage mitgewirkt haben und die Karten bis zu 250 DM kosteten. Die „Marianne Strauß Stiftung", die in Erinnerung an die im vergangenen Jahr bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommene Frau des CSU-Vorsitzenden von den drei Strauß-Kindern Monika, Max und Franz-Georg gegründet wurde und bedürftigen Menschen rasch und unbürokratisch helfen will, konnte an diesem Abend, der unter der Schirmherrschaft von Marianne von Weizsäcker stand, einen Reinerlös von 1,3 Millionen DM verbuchen. Die Summe hätte wesentlich höher sein können, wäre die Oper nur größer. Die 2100 Plätze waren seit Wochen ausgebucht und – so erzählte Franz Josef Strauß anschließend bei einem Empfang in der Residenz, der nochmals 50 DM Eintritt kostete – 3000 schriftliche und ebensoviele mündliche Kartenwünsche mußten unerfüllt bleiben. Glück hatte ein Politiker aus nördlichen Gefilden: Kurt Biedenkopf war unter den 2100, die eine *Karte* kaufen durften. Aus dem Stiftungsvermögen, das jetzt auf fast 2 Millionen DM angewachsen ist, sollen bereits in diesem Sommer die ersten Bedürftigen unterstützt werden.

Dr. **Helene von Bila**, von 1952 bis 1969 Leiterin der Hochschulabteilung im Hessischen Kultusministerium, starb im Alter von fast 81 Jahren. Sie hatte entscheidenden Anteil am Auf- und Ausbau der Hochschulen Frankfurt, Gießen, Marburg und Darmstadt. Frau von Bila hatte Jura studiert. Während der NS-Zeit war ihr eine Tätigkeit auf ihrem speziellen Arbeitsgebiet des Arbeits- und Sozialrechts versperrt geblieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie 1952 in das Hessische Kultusministerium eingetreten.

Apel gegen eine Zusammenarbeit mit der AL

F.D. Berlin

Für die Berliner SPD wird es nach den Wahlen am 10. März auch bei einer rechnerischen Mehrheit „keine Koalition mit der AL, auch keine Tolerierung" geben. Dies erklärten der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Jochen Vogel. Beide Politiker warfen der CDU und dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen eine „Verleumdungskampagne" vor.

Diepgen hatte am Wochenende Äußerungen Vogels in einem Zeitungsinterview aufgegriffen, in dem der SPD-Oppositionschef erklärt hatte, die Berliner SPD werde nach dem 10. März gegebenenfalls nach parlamentarischen Mehrheiten für „Sachlösungen" suchen. Vogel hatte gesagt, er sehe keinen Grund, die Durchsetzung einer vernünftigen Politik zu unterlassen, weil die Zustimmung von den Alternativen komme. Diepgen hatte diese Äußerungen zum Anlaß genommen, um vor den Gefahren einer Zusammenarbeit von SPD und AL für Berlin zu warnen. „Ein rot-grünes Bündnis würde Berlin in seiner freiheitlichen und wirtschaftlichen Existenz gefährden", sagte Diepgen in der „Bild"-Zeitung.

Die SPD warf gestern im Gegenzug Diepgen vor, die Berliner CDU habe seit 1981 „immer wieder Politik mit der AL gemacht". Apel und Vogel bezogen sich auf Abstimmungen im Berliner Abgeordnetenhaus, in denen CDU und AL mehrfach gegen die SPD gestimmt hatten. Ein Regierender Bürgermeister, der dies wisse, aber verschweige, sei ein „scheinheiliger Demagoge", so Apel und Vogel. Die Angriffe der CDU auf die SPD zeigten, wie stark die CDU selbst den Verlust ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus befürchte.

Athen: NATO-Manöver nur im Ionischen Meer

Diskussion in der Allianz: Soll Ägäis gesperrt werden?

E. ANTONAROS, Athen

Griechenland hat gegenüber der NATO angeregt, daß die Ägäis künftig für alliierte Manöver aller Art gesperrt wird. In einem Memorandum, das die griechische Regierung erst vor einigen Tagen dem NATO-Oberbefehlshaber für Südeuropa, Admiral William Small, einreichte, erklären sich die Griechen einerseits zwar bereit, an NATO-Übungen entweder im Ionischen Meer zwischen Westgriechenland und Italien oder im Seebereich südlich der Inseln Rhodos, Karpathos und Kreta teilzunehmen. Andererseits jedoch machen sie ihre Teilnahme davon abhängig, daß die Ägäis, wo traditionell wichtige Manöver abgehalten werden, für sämtliche NATO-Übungen so lange gesperrt bleibt, bis die Differenzen Griechenlands mit der Türkei und der NATO beigelegt werden.

Nach Angaben des stellvertretenden Verteidigungsministers Antonis Drosojannis würde eine Zurückweisung der griechischen Vorschläge bedeuten, daß Griechenland ab sofort an keinen NATO-Manövern, entweder in der Ägäis oder sonstwo, teilnehmen werde. In der vorletzten Woche hatte ein Athener Regierungssprecher pauschal angekündigt, daß Griechenland an keinen NATO-Manövern mehr teilnehmen wolle, weil die Allianz die Türkei eindeutig im Konflikt mit Athen bevorzuge.

Das Athener Memorandum mag zwar nach Ansicht von westlichen Militärexperten in Griechenland beim ersten Blick den Charakter eines Kompromißvorschlags haben, weil es die Teilnahme der Griechen an NATO-Manövern nicht mehr völlig ausschließt. Gleichzeitig beinhaltet es jedoch ein neues Element, nämlich die nun von griechischer Seite angedrohte Sperrung der Ägäis.

Die Griechen hatten sich selbst bereits seit zwei Jahren einen Sonderstatus in der Allianz zugemessen. Grund für die Abwendung von der Nato seien die anhaltende Teilbesetzung Zyperns durch die Türkei sowie die Unfähigkeit der NATO, die sogenannte Ägäis-Armee der Türken zu kontrollieren.

Bisher ist es seit der Zypern-Krise 1974 üblich gewesen, daß Griechenland zwar immer wieder seine Teilnahme an Manövern verweigerte, die in der Ägäis stattfanden. Doch nie zuvor hat Athen die übrigen NATO-Alliierten (insbesondere Amerikaner, Engländer, Italiener und Türken) davon abgehalten, ihre Übungen in diesem Seebereich abzuhalten.

Nach Ansicht von NATO-Kreisen ist ein freiwilliger Verzicht auf NATO-Manöver in der Ägäis militärisch nicht vertretbar. Denn die Ägäis ist insbesondere wegen der Sonderrolle der Balkanhalbinsel im Krisenfall und ihrer Bedeutung als Durchfahrtsstraße für die aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer fahrende Sowjetflotte strategisch wichtig und praktisch unersetzlich. Aus diesem Grund hat die NATO das Sandkastenspiel Wintex-Seamex fest eingeplant, das am 26. Februar ohne Griechenland beginnt und teilweise auch in der Ägäis stattfinden wird.

Drosojannis wollte nicht verdeutlichen, ob, wie und unter welchen Voraussetzungen Griechenland die angeblich beabsichtigte Sperrung der Ägäis durchzuführen gedenkt. Rein völkerrechtlich steht den Griechen nicht das Recht zu, die Gesamtägäis für NATO-Manöver zu schließen, die üblicherweise in den sogenannten internationalen Gewässern zwischen dem griechischen Festland und den ostägäischen Inseln abgehalten werden. ((SAD)

Gromyko besucht Italien Ende Februar

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko wird, wie schon im Januar angekündigt worden war, vom 25. bis 28. Februar zu einem offiziellen Besuch nach Rom kommen. In der Bestätigung dieses Besuchstermins durch die sowjetische Nachrichtenagentur Tass sehen politische Kreise Roms ein Anzeichen dafür, daß man in Moskau im Blick auf den Gesundheitszustand des sowjetischen Partei- und Staatschefs Tschernenko für die nächste Zukunft offenbar keine dramatischen Entwicklungen erwarte. Sie weisen darauf hin, daß normalerweise sowjetische Spitzenfunktionäre wie Gromyko Moskau nicht verlassen, wenn mit einem unmittelbar bevorstehenden Machtwechsel im Kreml gerechnet werden müsse. Auf die Frage der WELT, ob Gromyko während seines Rom-Aufenthaltes auch mit Papst Johannes Paul II. zusammentreffen werde, antwortete der Vatikansprecher: „Man weiß das noch nicht mit Sicherheit, rechnet aber damit."

Systemkritiker im Danziger Gefängnis

AFP, Warschau

Die zwei in der vergangenen Woche verhafteten führenden polnischen Bürgerrechtler Adam Michnik und Bogdan Lis sowie der ebenfalls verhaftete Gewerkschaftsführer Wladyslaw Frasyniuk sind im Danziger Gefängnis untergebracht. Dies wurde aus Kreisen der im Untergrund tätigen Gewerkschaft „Solidarität" bekannt. Die beiden Mitbegründer des Komitees zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) und der Gewerkschaftsführer waren bei einem Treffen mit Arbeiterführer Lech Walesa verhaftet worden.

Peres sondiert in Rom: Italien diskutiert Nahost-Vermittlung

Israel will ohne Vorbedingungen mit Jordanien direkte Friedensgespräche führen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Ein offizieller Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres in Rom und ein Staatsbesuch Präsident Pertinis in Kairo bestimmen in diesen Tagen die Ende vorigen Jahres eingeleitete Sondierungsaktivität Italiens im Nahost-Konflikt. Das Ziel der römischen Initiative ist zu ergründen, ob in diesem Halbjahr der italienischen EG-Präsidentschaft die Voraussetzungen für eine europäische Vermittlungsaktion im Nahen Osten gegeben sind.

Peres traf gestern nachmittag in Rom ein, wo er sich bis morgen aufhalten wird. Er ist der erste israelische Regierungschef, der Italien einen offiziellen Besuch macht. Vor ihm war zwar schon Golda Meir 1973 als Ministerpräsidentin in Rom, der eigentliche Zweck ihrer Reise war aber ein Zusammentreffen mit Papst Paul VI. Mit dem damaligen italienischen Ministerpräsidenten Andreotti hatte sie nur am Rande ihrer Vatikanvisite inoffizielle Gespräche geführt.

Peres wird diesmal nicht nur mit Ministerpräsident Craxi konferieren, er wird auch von Pertini empfangen werden, Gespräche mit Außenminister Andreotti und Verteidigungsminister Spadolini führen sowie mit den Führern der wichtigsten Parteien, den Sekretären der großen Gewerkschaften und Vertretern des Industriellenverbandes zusammentreffen. Für heute steht eine Privataudienz bei Papst Johannes Paul II. auf dem Programm.

Pertini und Andreotti, die über das Wochenende zu einem Staatsbesuch in Ägypten weilten, werden ihre Gespräche mit Peres unter dem noch frischen Eindruck der „Übereinstimmung" eröffnen, die sie nach offizieller italienischer und ägyptischer Darstellung bei ihrem Meinungsaustausch mit Präsident Mubarak und Außenminister Abdel Meguid in der Bewertung der Nahost-Frage erzielt haben. Pertini erklärte nach seinem abschließenden Gespräch mit Mubarak: „Nach der Vereinbarung zwischen König Hussein von Jordanien und (PLO-Chef) Arafat sind die Dinge in Bewegung geraten. Alle müssen das zur Kenntnis nehmen." Sowohl Mubarak als auch Abdel Meguid drängten Europa, mit Ägypten in dem Bemühen zusammenzuarbeiten, der nahöstlichen Region Frieden und Stabilität zu geben.

Andreotti bezeichnete die jordanisch-palästinensische Vereinbarung als „einen ersten Schritt zur Überwindung eines gefährlichen Patts". Er appellierte an die arabischen Staaten, sich auf eine gemeinsame politische Linie zu einigen. Die arabische Uneinigkeit habe bisher „einen positiven Prozeß behindert". Hinsichtlich des europäischen Nahost-Engagements sagte er: „Mit den zwei Dokumenten von Venedig und Dublin hat Europa seinen Standpunkt deutlich gemacht. Hoffen wir, daß jetzt die USA den von Europa sehr verantwortungsbewußt aufgezeigten Kurs unterstützen."

Arafat empfing am gleichen Tag in Tunis eine Delegation des kommunistisch-sozialistischen italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL unter Führung von Generalsekretär Luciano Lama. Auch er appellierte bei dieser Gelegenheit an Italien und an die anderen europäischen Länder, sich vermittelnd in die Nahost-Auseinandersetzung einzuschalten.

Peres erklärte vor seiner Abreise nach Rom in einem Interview mit dem „Corriere della Sera" zur Vereinbarung Hussein–Arafat: „Die Sache ist noch nicht klar. Mein Eindruck ist, daß es sich mehr um eine Aktion zur Versöhnung Arafats mit Hussein als um eine Initiative zur Aussöhnung der Jordanier mit uns handelt ... Wir schlagen Hussein zwei Dinge vor: Als erstes laden wir ihn zu direkten Verhandlungen über alle Fragen ein, die zwischen uns umstritten sind. Und als zweites versprechen wir ihm, daß jeder Vorschlag, den er uns macht, von uns sorgfältig überdacht werden wird. Wir wollen ihn in keiner Weise beschränken. Wir stellen keine Vorbedingungen."

Sowjets erproben Anti-Raketen-System

US-Experten: Moskau experimentierte mit Laserstrahlen / Forschung ist Staatsgeheimnis

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion hat vor einiger Zeit mit Laserstrahlen im Weltraum experimentiert und dabei ihr Raumschiff Sojus einbezogen, verlautet von unterrichteter westlicher Seite. Ferner wurde bekannt, daß die Sowjets ihr mobiles Luftabwehrsystem SA-X-12 mit einer neuen Rakete gegen ihre Offensivrakete SS-12-Scaleboard erprobt haben.

Nach diesen Informationen richteten die Sowjets einen starken Laserstrahl auf das Raumschiff Sojus im Rahmen eines militärischen Versuchs. Der Test galt vermutlich der Vermessung des Laserstrahls, der von einer Laserkanone auf der Erde in den Raum gerichtet war. Amerikanische Experten erklärten dazu, die Durchdringung der Erdatmosphäre durch einen Laserstrahl verursache physikalische Probleme. Die Aufheizung der Luft vermindere die Wirkung des Strahls. Bei der Vermessung durch die Raumstation könnten diese Schwierigkeiten besser analysiert werden.

Moskaus Doppelstrategie

Die Umwandlung des Luftabwehrsystems SA-X-12 in ein Anti-Raketensystem mit der erfolgreichen Erprobung gegen eine 900 Kilometer weit reichende SS-12-Rakete lasse erkennen, daß die Sowjets an Defensivwaffen arbeiteten, die es ihnen theoretisch ermöglichen würden, eines Tages einen „Ausbruch" aus dem 1972 geschlossenen ABM-Vertrag zur Begrenzung von Anti-Raketenwaffen zu unternehmen.

Beide Versuche zeigten, daß die Sowjetunion, die übrigens seit mehr als zehn Jahren intensiv an Raumwaffen arbeite, eine Doppelstrategie verfolge. Mit ihrer Kampagne gegen die „Militarisierung des Weltraums" versuche sie, im Westen Stimmung gegen das SDI-Programm Präsident Reagans zu machen. Insgeheim arbeiteten sie jedoch selbst an solchen Waffen.

In diesem Zusammenhang wurde aus amerikanischen Quellen bekannt, daß ein jetzt in Los Alamos in New Mexico arbeitendes Gerät zur Erforschung hochenergiereicher Partikelstrahlung, das im Zusammenhang mit dem SDI-Programm Bedeutung gewonnen hat, auf Angaben der sowjetischen wissenschaftlichen Literatur aus dem Jahr 1969 aufbaut. Inzwischen erscheint nach amerikanischen Angaben nichts mehr in der sowjetischen Literatur, was sowjetische Forschungen auf diesem Gebiet erkennen lasse. Nach anderen Quellen ist die Grundlagenforschung auf dem Feld der Strahlenausbreitung innerhalb und außerhalb der Atmosphäre in der Sowjetunion zum Staatsgeheimnis erklärt worden.

Amerikanische Beamte erwarten, daß die von Präsident Reagan beim Kongreß beantragten 3,7 Milliarden Dollar für das SDI-Programm im nächsten Haushalt von den Abgeordneten noch um 700 Millionen Dollar gekürzt werden. Im zurückliegenden Haushalt standen der Regierung knapp 1,4 Milliarden für die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zur Verfügung. Es wird erwartet, daß der Präsident 1986 4,6 Milliarden Dollar für seine Forschungsvorhaben beantragen wird.

Die Aufschlüsselung der beantragten 3,7 Milliarden Dollar für den nächsten Haushalt läßt erkennen, wo Washington seine Schwerpunkte setzt. Fast 1,4 Milliarden Dollar sollen für Programme im Zusammenhang mit der Überwachung des gegnerischen Raketenpotentials, der Zielerkennung, der Zielführung und der Zerstörungswahrscheinlichkeit ausgegeben werden. 965 Millionen Dollar sind für die Erforschung von Strahlenwaffen (Laser und Partikelstrahlen) geplant.

Die Vereinigten Staaten messen der Härtung ihrer Systeme gegen elektromagnetische Einflüsse große Bedeutung bei. Hierfür sollen unter der Rubrik „Überlebensfähigkeit" 258 Millionen Dollar zur Verfügung stehen. Für die Erforschung von Konzepten für die Gefechtsführung (battle management) hat Reagan 243 Millionen Dollar verlangt.

Zuversichtliche Experten

Die amerikanischen Experten scheinen von dem Gelingen ihres Vorhabens überzeugt zu sein. Computer-„Memory Chips", die 16 bis 20 Millionen Informationen auf einer Mikro-Fläche beherbergen könnten, seien bereits im Bereich des Möglichen. Damit würden die Leistungen von Chips, die soeben erst entwickelt wurden, um ein Vielfaches übertroffen. Aus den Angaben der US-Experten geht hervor, daß das Gefechtsführungssystem mit Computerhilfe das eigentliche Kernstück des SDI-Programms sei.

Die geringsten Probleme erwarten die Experten bei der Bekämpfung von Raketen in der sogenannten Beschleunigungsphase. Dies bedeute, daß Kurzstreckenwaffen genauso gut abgefangen werden könnten wie Langstreckenwaffen. Die in Europa in Umlauf gesetzte Version, wegen der kurzen Flugzeit von Kurzstrekkkenraketen seien diese schwer zu bekämpfen, beruhe auf mangelhaftem Wissen.

Äthiopien will Entwicklungshilfe

● Fortsetzung von Seite 1

schen wurden bereits umgesiedelt ... Die Umsiedlung geschieht freiwillig. Wir zwingen niemanden und trennen auch keine Familien."

Kein Wort sagte der Minister zu Vorkommnissen in der Tigre-Hauptstadt Mekele, wo wenige Tage zuvor 250 Männer unter Waffengewalt aus einem Lager abtransportiert wurden. Äthiopiens Finanzminister Tesfaye Dink aber gab einem deutschen Diplomaten gegenüber zu, daß in Mekele „möglicherweise ein Funktionär der Regierung sein Kontingent nicht geschafft hat ..." Die Erklärung hierzu: Nach Regierungsanweisung müssen aus den Hungergebieten im Norden, die sich weitgehend mit dem Operationsfeld regierungsfeindlicher Befreiungsbewegungen decken, amtlich festgelegte Kontingente von Menschen umgesiedelt werden. Melden sich aber zuwenig Freiwillige, werden Lastwagen und Flugzeuge nach übereinstimmenden Angaben neutraler Beobachter zwangsweise mit Menschen gefüllt.

Während das kommunistische Mengistu-Regime in Addis Abeba seine ideologischen, militärischen und strategischen Interessen weiterhin über die Humanität stellt, ist der Westen nach wie vor bemüht, in Äthiopien unter großem finanziellen, organisatorischen und personellen Aufwand Menschenleben zu retten. Doch wird es den Rettern nicht immer leichtgemacht. In der nord-äthiopischen Stadt Lalibela beispielsweise konnte nach dem 10. Februar tagelang kein Transportflugzeug mit Hilfsgütern für die Hungernden der Region landen. Die Regierung begründete die Sperrung des Airports von Lalibela mit schlechtem Wetter und unbrauchbarer Landebahn; in Wahrheit waren der Führung in der Hauptstadt militärische Belange wichtiger als die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln, Decken und Medikamenten.

Das Vorkommnis in Lalibela ist noch vergleichsweise harmlos. Der Beweis des harten Vorgehens der Regierung in Addis Abeba sind die aus Hungergebieten anbrandenden Flüchtlingsmassen in Sudan: 350 000 Menschen flohen bisher aus Eritrea und Tigre in das Nachbarland, 2000 schleppen sich gegenwärtig pro Tag über die Grenze, mit weiteren 300 000 müssen Sudanesen und UNO-Flüchtlingskommissar in den nächsten Wochen rechnen.

Der jüngste Beweis einer politisch motivierten Behinderung der Koordination des Rettungseinsatzes aller im Lande tätigen internationalen Hilfsorganisationen und vor allem der weltweit größten Hilfsluftflotte ist die Entscheidung der Regierung von Addis Abeba, die vom Hunger am stärksten betroffenen Provinzen Eritrea und Tigre auch bei der Aktion „Getreide aus der Luft" unberücksichtigt zu lassen.

Auf äthiopischen Hochplateaus 3000 Meter über dem Meeresspiegel sind Hunderttausende Hungernder von Hilfe abgeschnitten. Britische Flieger und die deutsche Bundeswehr haben am Wochenende damit begonnen, in Ermangelung von Landebahnen aus wenigen Metern Höhe aus Flugzeugen Getreidesäcke abzuwerfen. Probeabwürfe erbrachten ermutigende Ergebnisse: 97 Prozent der Plastiksäcke blieben heil.

Die Flieger gehen dabei hohe Risiken ein. Die Deutschen gehen mit ihren Transall-Maschinen auf drei, die Engländer mit den schwereren Herkules-Transportern auf 20 Meter herunter, wenn sie 200 Kilometer nordöstlich von Addis Abeba Getreide für 200 000 Menschen abwerfen.

Die Ablehnung einer Genehmigung von Nahrungsmittel-Abwürfen in Eritrea und Tigre begründete die Regierung mit der Gefährdung der ausländischen Flugzeugbesatzungen durch die Rebellen. Ein deutscher Flieger aber sagte dazu: „Wir hätten davor keine Angst. Die Hungernden würden mit Sicherheit nicht auf uns schießen, wenn wir ihnen Getreide abwerfen und sie dadurch vor dem Hungertod bewahren."

Wie aus Kreisen deutscher, polnischer und englischer Flieger verlautete, hatte ein sowjetischer Hubschrauber beim wochenlangen Air-Dropping-Training einen Unfall. Diesen benützten die Russen als Begründung dafür, sich aus der Aktion „Getreide aus der Luft" auszuklinken. Sie wollten zuerst die Unfall-Ursache ermitteln, ließen sie verlauten. Warum jedoch alle ihre Flugzeuge vom Typ Antonow in Addis Abeba tagelang herumstehen und auch keine normalen Versorgungsflüge unternehmen, vermochte in der äthiopischen Kapitale niemand zu erklären. Ein Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars meinte dazu: „Die Anwesenheit der sowjetischen Transportflugzeuge ist lediglich eine Alibiübung."

Im Märzen der Bauer ...

Mk. – Für die Bauern war der März schon immer ein besonderer Monat, in diesem Jahr könnte es ein besonders heißer werden. Für den 1. März hat der Deutsche Bauernverband eine „außerordendliche" Mitgliederversammlung nach Bonn einberufen, weitere Veranstaltungen in den Ländern folgen. Was auch immer dazu erklärt wird, es soll Stimmung gemacht werden.

Trotzdem hat Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle seine Teilnahme an der Bonner Versammlung zugesagt. Einige meinen, dies sei mutig, nachdem die Bauern mit ihrem Minister vor einem Jahr nicht nur in Dortmund nicht gerade vornehm umgegangen sind. Andere warnen, der Minister dürfe sich nicht zu sehr einbinden lassen. Er müsse eine Distanz zu dem wahren, was schon jetzt alles auf dem Tisch liegt.

So fordert der Verband eine Anhebung der EG-Preise um fünf Prozent, Zusatzquoten für Milchbauern und die sofortige Aufstockung der Altershilfe um 150 Millionen Mark, die für 1986 verabredet ist. Die Szene gleicht der bei Lohnrunden, es wird viel gefordert, um die eigene Klientel bei der Stange zu halten. Nur: Die Bauern haben sich nie als Angestellte verstanden. Und für die verlangten Preise fehlt der EG das Geld.

Ohne Augenmaß ist die Enttäuschung programmiert. Damit läuft der Minister Gefahr, daß all das, was er in den letzten Monaten für die Landwirtschaft getan hat, auch noch zerredet wird. Mit den erheblichen nationalen Ausgleichsmaßnahmen hat er doch deutlich gemacht, daß bei den Preisen nicht viel drin ist. Unerfüllbare Erwartungen schaden nur.

Vital

adh. – *Mit dem Versprechen von* mehr Vitalität läßt sich trefflich werben: Jung und Schwung, das ist in. Die Bundesbürger, versessen auf leistungssteigernde Spannkraft, vertrauen den Einflüsterungen der Werbung und öffnen Portemonnaie und Mund: Sie kaufen und schlukken. Derzeit, wie die hessischen Verbraucherschützer registrieren, steht besonders die Vitamin-E-Pille hoch im Kurs. Dabei ist das zusätzliche Schlucken von Vitamin E in der Regel schlichtweg Unfug. Denn der – relativ geringe – Bedarf an diesem Vitamin, das angeblich eine erhöhte körperliche Spannkraft beschert, ist normalerweise mit der Ernährung gedeckt: pflanzliche Fette und Öle, Gemüse und Getreideprodukte liefern in ausreichender Menge Vitamin E. Auch Pharma-Produzenten scheuen sich nicht, auf der verkaufsfördernden Welle mitzuschwimmen, die dem modern gewordenen Vitamin wahre Wunderkräfte andichtet. Der Gesundheitsglaube sorgt für Vitalität – in der Ladenkasse.

EG / 28. Gesprächsrunde zur Süderweiterung – Bedingungen immer noch nicht geklärt

Bleiben strittige Fragen ungelöst, wird der Beitrittstermin gefährdet

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Der Termin für den Beitritt Portugals und Spaniens zur EG gerät immer stärker ins Wanken. Obwohl die Zehn ihren „Fahrplan" für die Erweiterungsverhandlungen bereits zweimal geändert haben, sind die Bedingungen, unter denen sich die Eingliederung der spanischen Landwirtschaft und Fischerei in die Gemeinschaft vollziehen soll, noch immer weitgehend umstritten. Auch die heutige 28. Gesprächsrunde auf Ministerebene *dürfte noch keinen Durchbruch bringen.*

Damit wächst die Gefahr, daß die Außenminister der EG den Regierungschefs Ende März wieder einen umfangreichen Katalog strittiger Fragen vorlegen müssen, die diese schon wegen mangelnder Sachkompetenz nicht vom Tisch bringen können. Eine erneute Vertagung der ausstehenden Entscheidungen würde den geplanten Beitrittstermin vom 1. Januar 1986 ernsthaft in Frage stellen.

Für die Ausarbeitung der Vertragstexte sind nämlich mindestens vier, vielleicht aber sechs Wochen anzusetzen. Eine rechtzeitige Ratifizierung der Verträge ist nur dann wahrscheinlich, wenn die Texte noch vor der Sommerpause den nationalen Parlamenten vorgelegt werden.

Zum ersten Mal hat am Wochenende der spanische Regierungschef Felipe González auch die Möglichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen eingeräumt. Dabei ging es ihm nach Brüsseler Einschätzung zwar vor al*lem darum, die Verhandlungsposi*tion seiner Regierung zu stärken; doch erkennen EG-Kreise durchaus an, daß Madrid ein Minimum an Verhandlungserfolgen braucht.

Die Gemeinschaft ist nur unter äußersten Anstrengungen in der Lage, ihre einmal ausgehandelten internen Verhandlungsrichtlinien zu modifizieren. Änderungen bedeuten nämlich, daß das Gleichgewicht zwischen den Zugeständnissen der nördlichen und südlichen Mitgliedsländer gefährdet wird. Vor allem Griechenland und Italien wehren sich dagegen, allein die Zeche der Süderweiterung zu zahlen.

Entsprechend stehen die Beitrittsprobleme in einem schwer lösbaren politischen Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufstockung der Eigenmittel der EG und einem stärkeren finanziellen Transfer zugunsten der wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen. Die Bundesregierung hat sich durch die in Fontainebleau (Juni 1984) bestätigte Koppelung von Beitritt und Finanzaufstockung selbst in Zugzwang gebracht. Griechenland hält sein beim letzten EG-Gipfel verkündetes Junktim zwischen einer *großzügigen Ausstattung der geplan*ten „integrierten Mittelmeerprogramme" und der Erweiterung aufrecht.

Bei den eigentlichen Beitrittsthemen, die gestern vorbereitend im Kreis der EG-Partner verhandelt wurden, scheinen die Agrarprobleme (Übergangsregelungen für die Sektoren Obst und Gemüse, „nördliche" Landwirtschaftserzeugnisse, Wein, Zitrusfrüchte und Olivenöl) trotz zahlreicher offener Fragen lösbar zu sein. Erst recht gilt dies für die soziale *Harmonisierung (Kindergeld)*, bei der die Bundesregierung bereits Kompromißbereitschaft signalisiert hat.

Völlig festgefahren sind jedoch nach wie vor die Verhandlungen über den künftigen Zugang spanischer und portugiesischer Fischereifahrzeuge zu den EG-Gewässern. Während Großbritannien, Irland, Frankreich und (weniger hart) die Bundesrepublik die spanische „Fischereiarmada" möglichst bis ins Jahr 2002 aus dem „EG-Meer" fernhalten wollen, hoffen die Spanier auf schnelle zusätzliche Fangmöglichkeiten.

Kompromißvorschläge, die die Öffnung der EG-Gewässer von Fortschritten bei der Reduzierung der Fangflotten abhängig machen wollen, stießen bisher auf beiden Seiten auf Widerstand. Hinzu kommt, daß auch die Fischereibeziehungen zwischen Spanien und Portugal neu definiert werden müssen.

Im Rat stellte sich gestern die prozedurale Frage, ob die Agrar- und Fi*schereiprobleme voneinander losge*löst weiterbehandelt oder nur in einem globalen Kompromiß geregelt werden sollten. Eine isolierte Behandlung könnte Bonn wenigstens Teilfortschritte erwarten lassen.

MINERALÖLMARKT

Der Frost schlägt heftig auf die Heizölpreise durch

HANS BAUMANN, Essen

Nachdem die Mineralölgesellschaften in der Bundesrepublik Ende Januar den Benzinpreis um durchschnittlich drei Pfennig je Liter erhöht hatten, mußten sie bis Mitte Februar rund zwei Pfennig von dieser Erhöhung wieder hergeben. Eine Begründung für diese Entwicklung weiß die Mineralölwirtschaft nicht zu geben. Trotz des strengen Frostes ist im Januar 1,5 Prozent mehr Benzin verbraucht worden als im Januar 1984.

Wahrscheinlich ist die Schwäche des Benzinpreises doch ein Zeichen der Überkapazitäten bei den Raffinerien. Die Raffinerieabgabepreise in der Bundesrepublik lagen einschließlich Fracht um zwei Pfennig unter den Preisen in Rotterdam. Auch heute noch verlieren die Raffinerien je Tonne verarbeitetes Rohöl rund 30 Mark.

Heftig durchgeschlagen hat der Frost auf die Preise für leichtes Heizöl. Der Mehrumsatz betrug allein im Januar 30 Prozent gegenüber Januar 1984. Seit Anfang Februar ist in Rotterdam der Preis für Gasöl (leichtes Heizöl und Diesel) um 16 Dollar je Tonne auf den bisherigen Höchstkurs von 831 Mark je Tonne gestiegen. Der deutsche Bedarf an leichtem Heizöl wird zu 30 Prozent aus Importen gedeckt.

Trotz der stark gestiegenen Nachfrage gibt es keine Mengenprobleme. Selbst der Ausfall der sowjetischen Öllieferungen, die in Westeuropa seit Anfang Februar nicht mehr am Markt sind, hat den Markt nicht verengt. Die Sowjets bedienen Westeuropa jährlich mit rund acht Prozent des Mineralölbedarfs. Der Preis für leichtes Heizöl ist je nach Standort zwischen 71 und 80 Mark je 100 Liter frei Haus ohne Mehrwertsteuer für Mengen *zwischen 3000 und 5000 Liter fest.* Die niedrigsten Heizölpreise werden im Raum Duisburg, die höchsten im Südwesten registriert. Der Heizölbedarf in der Bundesrepublik und in West-Berlin beträgt rund 34 Mill. Tonnen im Jahr. Die private deutsche Tankkapazität beträgt rund 30 Mill. Tonnen, sie ist damit neben der Schweiz die höchste der Welt.

Die hohe Nachfrage nach leichtem Heizöl hat auch die Preise für Dieselkraftstoff anziehen lassen. Diesel kostet heute durchweg mehr als Superbenzin. Im Ruhrgebiet wurden Preise von 142,9 Pfennig je Liter registriert.

Die Ölindustrie rechnet damit, daß sich die Preise für Vergaserkraftstoffe mit dem Ende der Frostperiode festigen. Man verweist auf die Tendenz in Rotterdam, wo der Benzinpreis seit Anfang Februar um drei Pfennig je Liter gestiegen ist. Die Differenz zwischen Super- und Normalbenzin von sechs bis sieben Pfennig *in der Bundesrepublik ist nicht län*ger ein deutsches Spezifikum. Auch international beträgt die Differenz jetzt fünf Pfennig ohne Mehrwertsteuer. Hier schlägt sich die steigende Nachfrage nach Super nieder.

Härtetest für Japan

Von FRED de LA TROBE, Tokio

Japans Wirtschaftsführung will in diesem Jahr einen schwierigen Balanceakt vollbringen: Der wuchtige Leistungsbilanzüberschuß und die hohe Staatsverschuldung sollen abgetragen werden, ohne den kräftigen Konjunkturwind aus den Segeln zu verlieren. Für das Jahr 1984 kam das Aktivsaldo der Leistungsbilanz auf den bisherigen Rekord von 106 Milliarden Mark, 40 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Exporte stiegen um 15,7 Prozent auf 504,9 Milliarden Mark, während die Importe um 8,7 Prozent auf 371,7 Milliarden Mark nach oben rückten. Etwa ein Drittel des realen wirtschaftlichen Wachstums Japans im vergangenen Jahr, das auf knapp fünf Prozent kam, ging auf das Konto der hohen Ausfuhrzunahme.

Im Handel mit den Vereinigten Staaten, in die etwas über ein Drittel der japanischen Ausfuhren gingen, erzielte Japan 1984 einen Exportüberschuß von 105 Milliarden Mark, beim Güteraustausch mit der Europäischen Gemeinschaft kam der japanische Aktivsaldo auf 30,2 Milliarden Mark.

Japans Wirtschaftspolitiker hoffen, daß die japanischen Exporte in diesem Jahr mit dem Abflauen der amerikanischen Konjunktur ohnehin sinken werden. Die vorliegenden Zahlen für die beiden ersten Monate 1985 deuten aber noch auf kein Nachlassen des aggressiven Ausfuhrdrucks hin. Im Januar stiegen die Exporte gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat noch um beachtliche 8,2 Prozent.

Ein klares Programm zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse zeichnet sich bisher in Tokio noch nicht ab. Doch ist der amerikanische Druck auf Japan in dieser Frage inzwischen so angewachsen, daß wesentliche japanische Zugeständnisse zumindest bei der Liberalisierung der Importe wahrscheinlich sind. Freiwillige Exportbeschränkungen in der einen oder anderen Form gibt es schon für die Hälfte aller japanischen Lieferungen wie Autos, Stahl, Farbfernseher, Videorekorder, Werkzeugmaschinen oder Textilien. Für andere, vor allem hochtechnologische Produkte wie Computer, Nachrichtengeräte, Halbleiter und Büromaschinen gibt es dagegen keine Hürden, und hier wachsen massive Lieferkapazitäten heran, die neue Überschüsse in kommenden Jahren befürchten lassen.

Eine Entlastung der turbulenten Exportfront könnte in diesem Jahr auch von einer höheren Inlandsnachfrage kommen. Neueste Umfragen des Wirtschaftsplanungsamts haben ergeben, daß die Unternehmen in der ersten Hälfte dieses Jahres um 4,6 Prozent höhere Kapitalinvestitionen als im Halbjahr vorher planen. Im Wohnungsbau setzte schon im vergangenen Herbst ein deutlicher Aufschwung ein, der Umfang neuer Bauprojekte liegt etwa vier Prozent höher *als vor einem Jahr.*

Die große Frage bleibt, ob starke Impulse vom Privatkonsum kommen werden. Die Umsätze der Warenhäuser und Supermärkte liegen gegenwärtig um 3,5 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Absatz langlebiger Konsumgüter wie Autos oder Videorekorder stagniert aber noch. Das reale Lohnniveau erhöhte sich nach Angaben des Arbeitsministeriums 1984 um 4,5 Prozent. Die gute Gewinnlage der Mehrheit der Unternehmen und aggressivere Forderungen der Gewerkschaften haben die Voraussagen für die realen Lohnsteigerungen in diesem Jahr auf 5,5 Prozent festgelegt.

Die Zahl der Beschäftigten beträgt gegenwärtig 57,3 Millionen, die Arbeitslosenzahl liegt bei 2,7 Prozent. Die Preise sind vergleichsweise stabil geblieben. Die Verbraucherpreise lagen im Dezember 1984 um 2,8 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Regierung Nakasone hält auch in diesem Jahr an ihren vorsichtigen und sparsamen Maßnahmen fest. Das Ziel ist der Abbau der Defizitfinanzierung und des hohen staatlichen Schuldenbergs. So ist auch der Umfang der öffentlichen Gelder für staatliche Bauarbeiten in diesem Jahr um vier Prozent niedriger als 1984. Weitere Beträge sollen durch die geplante administrative Reform, die auf eine kleine Regierung zielt, und durch die Reprivatisierung verschuldeter Staatsbetriebe wie zum Beispiel der staatlichen Eisenbahn, der Telefon- und Telegrafengesellschaft sowie dem Tabak- und Salzmonopol eingespart werden.

AUF EIN WORT

„Mit ihrem Verstromungsverbot für die heimische Kohle haben die Grünen jetzt einen Giftbecher gemischt, der den deutschen Bergbau in den Sarg bringt. Für wie naiv hält die Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Frau Pastorin Antje Vollmer, eigentlich die deutschen Bergleute, wenn sie öffentlich verkündet, daß „unter Aspekten des Arbeitsplatzes der vorgeschlagene Weg eindeutig positiv zu bewerten ist"."

Horst Niggemeier, Chefredakteur der „Einheit", Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie, Bochum
FOTO: DIE WELT

INTERNATIONALES BANKENGESCHÄFT

BIZ: US-Institute haben Engagements eingeschränkt

dpa/VWD, Basel

Ein „ungewöhnlich langsames Wachstum" im internationalen Bankgeschäft registrierte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, im 3. Quartal 1984. Erstmals seit dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank 1974 haben die internationalen Geschäftsbanken in diesem Zeitraum weniger Kredite vergeben: minus 37 Mrd. Dollar. Einer der *Hauptgründe für den Rückgang seien* die Schwierigkeiten einer „großen internationalen Bank". Gemeint ist die Continental Illinois, Chicago.

Während jedoch 1974 im wesentlichen die europäischen Banken die zeitweilige Verschlechterung des Klimas am internationalen Kreditmarkt zu spüren bekamen, waren es diesmal die US-Banken, die ihre internationalen Engagements abbauten. Die BIZ hebt als wesentliches Merkmal für das 3. Quartal die erneuten Kaptialrückflüsse in die USA hervor. Die amerikanischen Banken hätten im Berichtszeitraum sowohl ihre Auslandsverbindlichkeiten abgebaut als auch deutlich weniger Kredite ins Ausland vergeben. Auffallend ist in diesem Zusammenhang auch, daß viele Banken, im wesentlichen die US-Institute, bei ihren Auslandsgeschäften aus dem Dollar gingen und in Nicht-Dollar-Währungen auswichen. Dennoch bleibt der amerikanische Dollar die dominierende Währung.

Trotz des Rückgangs im internationalen Kreditmarkt wies dieser Bereich Ende 1983 ein gigantisches Volumen von 2,09 Billionen Dollar auf. Die internationalen Geschäftsbanken vergaben im 3. Quartal relativ wenig Neukredite an Länder der Dritten Welt und des Ostblocks.

LEISTUNGSBILANZ

Die Wirtschaft erwartet für 1985 Rekordergebnisse

HANS-J. MAHNKE, Bonn

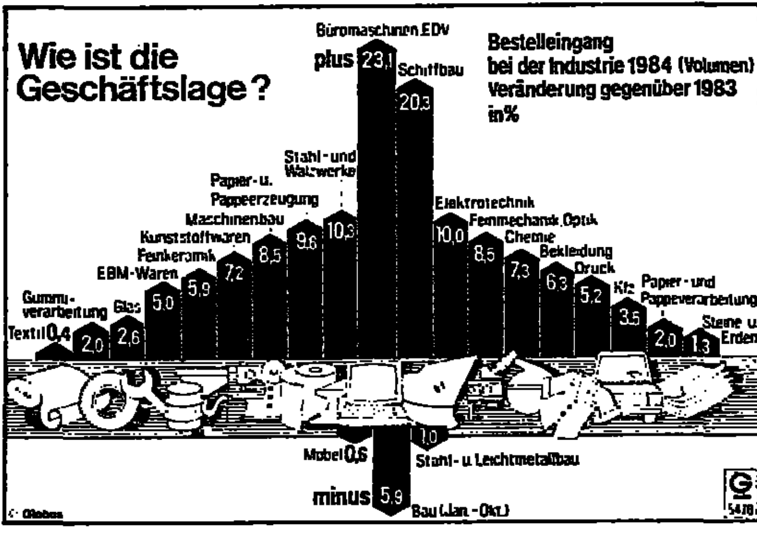
Für die Handels- und Leistungsbilanz erwartet das Institut der deutschen Wirtschaft Rekordergebnisse für 1985. Es geht davon aus, daß der *Exportüberschuß weiter um rund elf* auf 66,5 Milliarden Mark steigen wird. Für die Leistungsbilanz wird ein Aktivsaldo von 21 Milliarden Mark vorausgesagt, verglichen mit 17,9 Milliarden 1984.

Das Institut geht dabei von folgender Einschätzung aus: Das Volumen des deutschen Auslandsmarktes – dazu wurde die Weltimportnachfrage mit der Regionalstruktur der deutschen Ausfuhr gewichtet – wird in diesem Jahr um knapp sieben (1984: gut acht) Prozent steigen. Darüber hinaus wird die Weltnachfrage nach Investitionsgütern, die im deutschen Sortiment überproportional vertreten sind, stärker zunehmen als 1984. Die relativ gute Preiswettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft bleibt erhalten. Für den Sortiments- und den Preiswettbewerbsvorteil zusammen kann für 1985 zusätzlich ein Prozentpunkt Wachstum in Rech*nung gestellt werden, so daß sich eine* Zunahme der Ausfuhr um acht Prozent abzeichnet.

Die Warenimporte werden 1985 preisbereinigt um 6,5 Prozent nur unwesentlich rascher als 1984 steigen. Bei etwa gleich starken Export- und Importpreisen dürften sich die Ausfuhrwerte um knapp elf und die der Importe um gut neun Prozent erhöhen.

Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz dürfte um gut vier auf 10,5 Milliarden Mark zunehmen. Der Fehlbetrag bei den Übertragungen dürfte wegen der höheren Zahlungen an die EG und der steigenden Gastarbeiterüberweisungen um vier auf 35 Milliarden Mark anschwellen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Eine Star-Branche und eine gebeutelte Branche wurden im vergangenen Jahr mit Aufträgen überhäuft. Der Industriezweig Büromaschinen und elektronische Datenverarbeitung verbuchte 23,1 Prozent mehr Bestellungen als im Jahr zuvor, der Schiffbau – jahrelang im Konjunkturschatten – kam auf ein Plus von 20,3 Prozent. Dabei handelt es sich nicht um nominale Zuwachsraten, sondern um mengenmäßige Mehrbestellungen.
QUELLE: GLOBUS

Fusionsvorhaben für NUR und ITS angemeldet

Berlin (dpa/VWD) – Die Warenhauskonzerne Karstadt und Kaufhof haben gestern beim Bundeskartellamt in Berlin offiziell das Vorhaben angemeldet, ihre Reise-Töchter NUR und ITS zu fusionieren. Die Berliner Wettbewerbshüter haben nach den Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) nun eine Frist von insgesamt vier Monaten, um über das Zusammenschlußvorhaben zu befinden. Die NUR Touristik GmbH, Frankfurt (Karstadt), und die ITS International Tourist Services Länderreisedienste GmbH KG, Köln (Kaufhof), sind der zweit- beziehungsweise drittgrößte Reiseveranstalter der Bundesrepublik, weshalb das Zusammengehen im Kartellamt als kritisch angesehen wird.

Schwächeres Wachstum

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Gewinne in der deutschen Wirtschaft dürften 1985 langsamer wachsen als im Vorjahr. Die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank), Frankfurt, veranschlagt für 1985 den Ergebniszuwachs bei 59 untersuchten börsennotierten Gesellschaften aber immerhin im Schnitt nochmals mit neun Prozent, während der Anstieg in 1984 mit 14,5 Prozent ermittelt wurde. Nach der Analyse dürften in diesem Jahr 33 Firmen auf steigende, 17 auf niedrigere und sechs Firmen auf unveränderte Gewinne kommen, während drei Gesellschaften, und zwar M.A.N., Klöckner sowie Girmes, lediglich ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen dürften.

Vorerst keine Strukturhilfe

Hannover (dpa/VWD) – Das Land Niedersachsen wird an die Klöckner-Werke AG keine weitere Strukturhilfe zahlen, solange das Unternehmen die Voraussetzungen nicht erfüllt, die im Hinblick auf Georgsmarienhütte im abgeschlossenen Zuwendungsvertrag festgelegt wurden. Dies versicherte die niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, Birgit Breuel, gestern bei der Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen der Grünen im Landtag.

Preisauflagen ausgedehnt

Brüssel (dpa/VWD) – Die 1981 eingeführten Preisauflagen für den Stahlhandel sind jetzt auch auf die kleinen Stahlhändler ausgedehnt worden. Mit Wirkung vom 1. März müssen alle Händler, deren Verkaufsvolumen im vergangenen Jahr mindestens 2 000 t Edelstahl oder 4 000 t Stahl insgesamt erreicht hat, Preislisten und Verkaufsbedingungen für die Streckengeschäfte und Verkäufe ab Lager der zuständigen nationalen Behörde mitteilen. Die Händler mit einem unterhalb dieser Bezugstonnagen liegenden Absatz sind künftig „gehalten", eine eigene Preisliste aufzustellen und „zur Verifizierung zur Verfügung zu halten".

Auf neuem Rekordstand

Tokio (dpa/VWD) – Japans Produktion von Videokassettenrekordern ist 1984 gegenüber dem Vorjahr um 49 Prozent auf die neue Rekordhöhe von 27,1 Mill. Geräten gestiegen. Nach den gestern in Tokio veröffentlichten Zahlen sind davon 22,1 Mill. Stück exportiert worden. Die Ausfuhr hat sich damit um rund 45 Prozent erhöht. Hauptabnehmer waren die USA mit 11,9 Mill. Videorekordern (plus 119 Prozent). Der japanische Absatz in der EG stieg um 19,2 Prozent auf 3,76 Mill. Geräte.

Weiterhin Kaufabsicht

London (dpa/VWD) – Die US-Luftfahrtgesellschaft PanAm will trotz der hohen Verluste von 206,8 Mill. Dollar 1984 bei den beabsichtigten Airbus-Käufen bleiben. Dies geht aus *Berichten in britischen Luftfahrtkrei*sen hervor. PanAm hatte im September 1984 bekannt gegeben, daß insgesamt zwölf Maschinen vom Typ A310-300 sowie 16 des Typs A320 erworben werden sollen. Der Gesamtauftrag für das europäische Airbus-Konsortium beläuft sich auf rund drei Mrd. DM.

Raffineriedurchsatz sinkt

Hamburg (dpa/VWD) – Der geplante Rohöleinsatz in der deutschen Raffinerieindustrie für 1985 ist laut Mineralölwirtschaftsverband (MWV), Hamburg, auf 68,6 Mill. Tonnen ausgelegt. 1984 ging die Planung von 71,9 Mill. Tonnen aus, während tatsächlich 70,9 Mill. Tonnen durchgesetzt wurden. Neben dem Rohöl geht das Verarbeitungsprogramm 1985 laut MWV von einem Produkteneinsatz von 20,2 Mill. aus, so daß insgesamt 88,9 (Vorjahr 91,3) Mill. Tonnen Durchsatz erwartet werden.

Konjunktur

Dynamik des Aufschwungs ist weiter recht verhalten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um fast 40 Prozent höher als vor Jahresfrist sind bei der Düsseldorfer Industriekreditbank AG im letzten Kalenderquartal 1984 die Kreditzusagen zur Investitionsfinanzierung an nicht emissionsfähige Mittelstandsunternehmen ausgefallen. Während der Streiks im zweiten Quartal 1984 lag die Plusrate nur bei 3,6 Prozent. Der Vorstand dieses für weite Bereiche der Wirtschaft mit besonderer Urteilskompetenz arbeitenden Instituts wertet beide Plusraten zusammen als Beweis, daß sich die Konjunktur nach den streikbedingten Produktionsausfällen wieder erholt, die Dynamik früherer Aufschwungphasen aber nicht erreicht habe.

Als Positivum auch für 1985 sieht die Bank aus jüngsten Befragungen in ihrem Mittelständler-Kundenkreis, daß sich dort die Ertragslage und die Ertragserwartungen bis in die jüngste Zeit hinein weiter verbessert haben. Die Prognose des Münchner Ifo-Instituts, daß die 1984 wider Erwarten schwach gestiegenen Investitionen des verarbeitenden Gewerbes 1985 eine auf zehn Prozent verdoppelte nominale Zuwachsrate erreichen werden, hält das Institut gleichwohl für zu optimistisch.

Am deutschen Kapitalmarkt sieht die Bank derzeit in den Irritationen zwischen eher anhaltend restriktiver Geldmengenpolitik der Bundesbank und hohem Dollarkurs (mit der Gefahr von Inflationsimport) „keinen klaren Zinstrend". Immerhin sei die dauerhafte Rückkehr zu einem Zinsniveau von acht Prozent eine abwegige Erwartung. Somit sei auch die Gefahr eines Abwürgens des Konjunkturaufschwungs durch Zinsanstieg nicht sonderlich hoch einzuschätzen.

PROTEKTIONISMUS / Stellungnahmen von DIHT und BAG

System des Welthandels bedroht

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Kampf gegen den Protektionismus muß im eigenen Land beginnen. Gemäß dieser Einsicht ist nach Meinung des Bundesverbandes des Deutchen Groß- und Außenhandels (BGA) die Europäische Gemeinschaft gefordert. Nicht nur durch die gemeinsame Agrarpolitik und durch die zahlreichen Exportselbstbeschränkungsabkommen, sondern auch durch Antidumpingverfahren und die Festlegung von Mindestpreisen werden „unliebsame" Einfuhren verhindert.

Auch vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) wird darauf hingewiesen, das liberale Handelssystem sei weltweit einer zunehmenden Erosion ausgesetzt. Die Abkehr vom Multilateralismus und die Hinwendung zum Bilateralismus sei unverkennbar. Heute werde bereits mehr als die Hälfte des Welthandels durch zweiseitige Vereinbarungen oder einseitige Maßnahmen kanalisiert.

Nach Ansicht des DIHT sollten die Erfolgsaussichten einer neuen Gatt-Runde zur Eindämmung des Protektionismus nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Denn es fehle an den Grundvoraussetzungen, nämlich an der Wiederherstellung der eigenen Glaubwürdigkeit durch den Abbau von Handelshemmnissen im eigenen Bereich. Hier sei vor allem die Bundesrepublik gefordert, die Handelspolitik der stark mit der Weltwirtschaft verflochtenen EG in Einklang zu bringen mit dem wohlverstandenen Gesamtinteresse und der vertraglichen Selbstverpflichtung auf eine weltoffene Politik.

Für einen Bereich hat der BGA jetzt ein Sündenregister zusammengestellt, und zwar für die Exportselbstbeschränkungsabkommen der Gemeinschaft, die nch Ansicht des Verbandes Gatt-widrig sind. Danach hat die *EG im Rahmen des Welttextil*abkommens mit 28 Ländern bilaterale Verträge zur Gewährleistung eines „ausgewogenen" Handels mit Textil- und Bekleidungsprodukten abgeschlossen. Ferner bestehen informelle Absprachen mit sieben präferenzbegünstigten Ländern.

Im Agrarbereich hat der BGA für sieben Warengruppen solche Absprachen ausgemacht: angefangen von Schaffleisch über Fruchtsalatkonserven und Tomatenkonzentrat bis hin zu Käse und Tapioka. Im gewerblichen Bereich gibt es nach Angaben des Verbandes bis auf Stahl und Jute so gut wie keine offiziellen Verlautbarungen zu solchen den Import behindernden Absprachen. Der BGA hat jedoch Abkommen mit Kanada bei Zeitungspapier und mit Japan bei Autos, Gabelstaplern, leichten Nutzfahrzeugen und Motorrädern, Werkzeugmaschinen, Fernsehgeräten und Quarzuhren ermittelt.

PRIVATISIERUNG

„Großbritannien ist Vorreiter“

WILHELM FURLER, London

Eine regelrechte Privatisierungswelle breitet sich von Großbritannien über die ganze Welt aus. Ausgelöst wurde sie von der marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, heißt es in einer jetzt vorgelegten Studie des angesehenen Londoner Adam-Smith-Instituts. Die konsequente Privatisierung staatlicher Unternehmen wie British Telecom, Jaguar, Britoil oder British Aerospace werde überall im Ausland mit großem Interesse beobachtet.

Dem Bericht mit dem Titel „Privatisierung in Theorie und Praxis" zufolge wird die britische Privatisierungspolitik insbesondere in derBundesrepublik und Belgien studiert. Die Privatisierungsphilosophie beginne bereits das japanische Denken zu beherrschen, meint die Verfasserin der Studie, Madsen Pirie, herausgefunden zu haben.

In Malaysia, Singapur und Taiwan seien, dem britischen Beispiel folgend, große Privatisierungsvorhaben im Gange. Sogar einige kommunistische Länder – in der Studie werden Vietnam und die Volksrepublik China genannt – seien schon vom Privatisierungserfolg beeinflußt.

Die Studie zählt 22 unterschiedliche Methoden auf, staatliche Engagements zu privatisieren. Dabei wird auch auf die erheblichen strukturellen Schwachstellen öffentlichen Unternehmertums verwiesen, insbesondere auf die vergleichsweise hohen Produktionskosten, Kapitalmangel und unzureichende Flexibilität. So seien die Produktionskosten in der Privatwirtschaft Großbritanniens im Schnitt um rund 33 Prozent niedriger als die im öffentlichen Sektor. In den USA lägen die durchschnittlichen Produktionskosten der öffentlichen Betriebe um nicht weniger als 40 Prozent über denen von privaten Unternehmen, in der Bundesrepublik betrage die Differenz sogar 50 Prozent.

Besonders negativ wirke sich der chronische Kapitalmangel staatlicher Unternehmen aus, weil notwendige Investitionen häufig ausbleiben müßten. Der Hauptgrund für die Unterkapitalisierung wird in erster Linie darin gesehen, daß Regierungen vor allem in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten nur zu gerne die Kapitalkonten „ihrer" Unternehmen plünderten.

BMW / Inlandszulassungen und Exporte so hoch wie nie zuvor – Bestellungen übertreffen die Kapazitäten

Streik und Katalysator bremsten Rekordfahrt kaum

DANKWART SEITZ, München

Wird das ein Abschluß werden, den die Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München, für das Geschäftsjahr 1984 demnächst vorlegen werden! Schon die wenigen Zahlen, die Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim anläßlich der Vorlage des neuesten Aktionärsbriefs präsentierte, dokumentieren, daß die Kette von Spitzenjahren um ein weiteres Glied länger geworden ist. Charakterisiert wird es von wieder deutlich zweistelligen Umsatz-Zuwachsraten sowie den höchsten je erreichten Inlandszulassungen und Exporten. Und während die Branche ein Produktionsminus von 3,0 Prozent hinnehmen mußte, liefen bei BMW 2,6 Prozent mehr Autos von den Bändern.

Angesichts dieser Zahlen verblaßt die Erinnerung daran, daß auch BMW von der Katalysator-Diskussion betroffen war und der Metallerstreik im ersten Halbjahr zu einer fast zweimonatigen Produktionsstillegung gezwungen hatte. Wenn auch durch Sonderschichten vieles von dem Ausfall von 60 000 Pkw wieder wettgemacht werden konnte, letztendlich blieb aber immerhin noch eine Einbuße von etwa 25 000 Fahrzeugen.

Auf ein von diesen Turbulenzen unberührtes Ergebnis – stellt man einmal die Frage nach dem „wenn nicht" zurück – können auch wieder die Aktionäre hoffen. Denn wie von Kuenheim andeutete, haben sowohl der Ertrag als auch die Ertragsteuern mit der Umsatzentwicklung Schritt gehalten. Obwohl er damit noch keine Dividendenprognose abgeben möchte, erscheint die Vorjahresausschüttung (11 DM plus 1 DM Bonus) nicht gefährdet.

Daß BMW so gut durch dieses äußerst schwierige Jahr gekommen ist, ist zu einem erheblichen Teil auf das unverändert starke Auslandsgeschäft zurückzuführen. Neben dem hohen Dollarkurs – allein in die USA wurden 1984 über 71 000 (70 000) Fahrzeuge exportiert – sind, so von Kuenheim, rund zwei Drittel des Absatzes nicht von der belastenden Katalysator-Diskussion betroffen. Aber auch in der Bundesrepublik erhöhte sich der BMW-Marktanteil weiter auf 6,8 (6,6) Prozent. Als wieder sehr erfolgreich erwies sich die 3er-Reihe, von der 285 000 (253 000) Fahrzeuge gebaut wurden. Das Vorjahresniveau konnten auch die anderen Modellreihen halten und teilweise sogar verbessern. In der Motorradsparte wurde das „beste Jahr in der Firmengeschichte" erreicht.

Der Export ist es dann auch, der von Kuenheim die Zuversicht gibt, daß auch 1985 für BMW wieder besser wird als das Vorjahr. Wenn das Inlandsgeschäft wegen der Katalysator-Diskussion schlechter werden sollte („was wir brauchen, ist endlich eine gesetzliche Regelung"), dann könne das Auslandsgeschäft noch um einiges zulegen. Insgesamt bezeichnete von Kuenheim die Situation für BMW am Inlandsmarkt als noch recht günstig, da man schon jetzt der größte europäische Anbieter von Katalysator-Fahrzeugen sei. Über den derzeitigen Auftragseingang wollte er „aus Rücksicht auf die Branche" allerdings keine Angaben machen. „Wir stehen etwas anders da." Die gesamten Bestellungen überträfen die voll ausgeschöpften Kapazitäten und auch die Inlandszulassungen. Berücksichtigen müsse man in diesem Zusammenhang aber, daß die Läger im Inland „zur Jahreswende total leer waren".

Von Kuenheim ist zuversichtlich, daß sich die Kaufzurückhaltung, unter der die Branche derzeit im Inland leidet, im Laufe des Jahres lösen wird. Den Nachfragestau bezifferte er auf etwa 400 000 Pkw. Dann werden auch wieder Preiserhöhungen („mit einer werden wir nicht auskommen") bevorstehen.

BMW	1984	±%
Konzern-Umsatz		
(Mill. DM)	16 484	+ 17,5
AG-Umsatz	12 932	+ 12,6
dav. Inland	5034	+ 9,0
dav. Ausland	7898	+ 15,1
Produktion		
Autos (Stück)	431 995	+ 2,6
Motorräder	34 001	+ 21,2
Absatz		
Autos	434 266	+ 2,8
dav. Inland	160 434	+ 1,0
dav. Ausland	273 832	+ 3,9
Motorräder	33 912	+ 19,9
dav. Inland	10 476	+ 11,1
dav. Ausland	23 436	+ 24,3
Mitarbeiter (31.12.)		
Konzern	51 931	+ 3,5
AG	44 692	+ 3,5

AUTOINDUSTRIE / Produktionsrückgang in Frankreich

Ausfuhr nahm wenigstens zu

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Jahresergebnisse des französischen Automobilverbands entsprechen den düsteren Erwartungen: Die Neuzulassungen an Personenwagen schrumpften 1984 um 12,9 Prozent auf 1,76 Millionen, wobei die Absatzverluste bei Renault 23,1, bei der Peugeot-Gruppe 10,4 und bei den Ausländern 4,3 Prozent erreichten, während der französische Pkw-Export um 5,2 Prozent auf 1,53 Millionen Franc zurückging. Demzufolge wurde die nationale Produktion um 8,4 Prozent auf 2,71 Millionen Pkw reduziert.

Der Verband stellt dazu in einem Kommuniqué fest, daß die französischen Produzenten durch den Export Verluste auf dem Inlandsmarkt kompensiert hätten. Der Exportanteil an der nationalen Produktion erreichte 1984 mit 56,37 Prozent einen absoluten Rekord; der Exportüberschuß im Außenhandel mit Pkws nahm auf 30 (i. V. 22) Mrd. Franc zu.

Jedoch gingen auf den durchweg stark expandierenden Auslandsmärkten, insbesondere in der Bundesrepublik, Marktanteile verloren, während die Importwagen ihren französischen Marktanteil auf 35,9 (32,7) Prozent verbessern konnten; dabei Ford auf 7,86 (7,11), gefolgt von VW-Audi mit 5,55 (5,72), Fiat 5,53 (5,10), Opel 4,35 (3,83), Austin-Rover 1,73 (1,52), BMW 1,72 (1,64) und Mercedes 1,08 (0,93) Prozent.

Bei den Nutzfahrzeugen war die Lage etwas besser. Die Produktion verminderte sich in den Gruppen unter beziehungsweise über fünf Tonnen um 7,6 und 1,8 Prozent, wobei der Export um 2,9 und 0,8 Prozent gesteigert wurde. Die französischen Hersteller konnten sich hier gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz durchweg behaupten.

Im Januar blieben die Pkw-Zulassungen mehr als vier Prozent hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurück, was gegenüber dem Jahresvergleich Dezember (minus 23.3 Prozent) eine Erholung bedeutet. Dabei schrumpfte das Minus bei Renault auf 8,1 (42,8) und bei der Peugeot-Gruppe auf 2,7 (11,1) Prozent. An Peugeot-Wagen allein wurden 15,4 Prozent mehr verkauft. Der Marktanteil der ausländischen Wagen erhöhte sich auf 36,4 (35,9) Prozent.

DEUTSCH-SKANDINAVISCHE BANK

Beteiligungen angeboten

adh. Frankfurt

Die Deutsch-Skandinavische Bank AG, Frankfurt, deutsche Tochter der Skandinaviska Enskilda Bänken, will der finnischen Unionbank und der norwegischen Bergenbank durch Kapitalaufstockung eine Beteiligung bis zu jeweils 20 Prozent einräumen. Vor diesem Schritt muß noch das derzeit in Schweden bestehende Verbot der Beteiligung von Ausländern an schwedischen Banken fallen. Der Vorstand der Deutsch-Skandinavischen Bank hegt jedoch keinen Zweifel, daß in absehbarer Zeit eine Regelung gefunden wird, die die engere Zusammenarbeit der drei skandinavischen Institute in der Bundesrepublik ermöglichen wird.

Dies wird nicht nur einen erheblichen Synergieeffekt in der Bundesrepublik bringen, sondern auch im Luxemburger Geschäft, wo alle drei Banken mit eigenen Töchtern präsent sind. Der Schwerpunkt der Luxemburger Tochter der Deutsch-Skandinavischen Bank AG liegt dabei im DM-Geschäft für skandinavische Firmen in der Bundesrepublik; der Ertrag der Luxemburger Tochter habe sich auch im fünften Geschäftsjahr weiter positiv entwickelt.

Das gilt vor allem für die AG, die für 1984 einen Jahresüberschuß von 4,1 (6,4) Mill. DM zeigt, der voll in die Reserven geht und die ausgewiesenen Eigenmittel (bei 65 Mill. DM Grundkaptial) auf 84 Mill. DM steigen läßt.

Für die positive Ertragsentwicklung sorgten neben einem um 2,3 Prozent auf 23,9 Mill. DM gesteigerten Zinsüberschuß und einem um 18 Prozent höheren Provisionsüberschuß vor allem Einnahmesteigerungen im Devisenhandel und Wertpapier-Eigenhandel. Die konsolidierte Bilanzsumme der auf die deutsch-skandinavischen Wirtschaftsbeziehungen ausgerichteten Bank nahm im vergangenen Jahr um 9 Prozent auf 2,33 Mrd. DM zu (Geschäftsvolumen plus 8 Prozent auf 2,53 Mrd. DM). Gut zwei Drittel der Steigerung entfallen auf die Erhöhung des Kreditvolumens um 8 Prozent auf 1,68 Mrd. DM.

GARANT-SCHUH / Verhaltener Optimismus für 1985

Starkes Auslandswachstum

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der mit 1656 (1687) Mitgliedsfirmen in der Bundesrepublik und weiteren 517 (483) Mitgliedern im westeuropäischen Ausland größte Schuh-Einkaufs- und Marketingverbund Europas, Garant Schuh-eG, Düsseldorf, bezeichnet den Geschäftsauftakt 1985 als „Bilderbuchstart". Vorstandsmitglied Kurt Merse betonte, daß „Väterchen Frost" für einen fast vollständigen Abverkauf der Winterware in den Schuh-Fachgeschäften gesorgt hat.

Im zurückliegenden Jahr hat Garant seine Marktposition in einer Reihe von Nachbarländern weiter ausgebaut. Der addierte Einzelhandelsumsatz der Mitglieder stieg auf 1,5 Mrd. DM (plus sieben Prozent), während der zentral-regulierte Umsatz um acht Prozent auf 710 Mill. DM wuchs. Merse bezifferte den Marktanteil in der Bundesrepublik auf elf Prozent, wobei die Einkaufskonzentration auf Garant rund 75 Prozent beträgt.

Rund 50 Prozent der Mitglieder haben bis zu einer Mill. DM Umsatz, 30 Prozent setzen mehr als zwei Mill. DM um. Die Personalleistung liegt um einiges höher als in der Branche. Auf der anderen Seite liegen die Kostenrelationen unter den Branchenvergleichswerten. Der steuerliche Reingewinn (9,3 Prozent) blieb ebenso konstant wie das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis (0,3 Prozent des Umsatzes).

Analog zur Umsatzentwicklung erwartet Merse auch für 1984 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis, so daß die Mitglieder-Geschäftsanteile voraussichtlich mit einer Dividende von „gut acht Prozent" bedient werden könne.

Den Geschäftsverlauf 1985 sieht Garant mit „verhaltenem Optimismus", da die Erstaufträge für die Frühjahrs- und Sommer-Saison geringer ausgefallen sind als im Vorjahr. Andererseits rechnet man mit einem besseren Nachordergeschäft und mit Interesse an den erstmals zu Herbst/Winter 1985/86 nur in Garant-Läden erhältlichen Exklusivmarken.

FRANKREICH / Neue Hilfe für die Textilindustrie

Zinsvergünstigte Kredite

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat der Textil- und Bekleidungsindustrie für dieses Jahr zinsvergünstigte Kredite in Höhe von 1,5 Milliarden Franc zugesagt. Dadurch wird das im Frühjahr 1982 eingeführte Hilfsprogramm abgelöst, wonach Unternehmen, die unter Aufrechterhaltung ihrer Angestelltenzahl Neuinvestitionen durchführten, die Sozialabgaben teilweise erlassen bekamen. Dieses Programm, welches dem Staat vier Milliarden Franc gekostet hatte, wurde inzwischen vom Europäischen Gerichtshof für unzulässig erklärt.

Industrieministerin Edith Cresson hält die neue Kredithilfe für EG-vertragsgerecht, da sie nicht wettbewerbsverfälschend sei. Die begünstigten Darlehen werden aus der parafiskalischen Abgabe des textilen Entwicklungszentrum „DEFI", dessen Ertrag insgesamt 350 Millionen Franc im Jahr erreicht, finanziert. Die Kredite müssen in erster Linie für Modernisierungsinvestitionen verwendet werden, in zweiter Linie sind sie zur Exportförderung bestimmt.

Die Investitionen der Branche waren zwischen 1981 und 1983 um 72 Prozent und deren Exporte um 25 Prozent gestiegen. Obwohl seit dem Frühjahr 1984 keine weiteren Hilfen dieser Art mehr gewährt wurden, erhöhten sich die Exporte im vergangenen Jahr um weitere 20 Prozent. Dies war in erster Linie der Dollar-Hausse zu verdanken, durch die sich die textile Ausfuhr Frankreichs in die USA um 50 Prozent erhöhte.

Die nach wie vor unter starkem Importdruck stehende Branche ist damit aber noch nicht über den Berg. Bei Importen von 4,2 Milliarden Franc verbuchte sie 1984 ein Handelsbilanzdefizit von 1,9 Milliarden Franc. Es ist vor allem dem Strickwaren- und Herrenoberbekleidungssektor zuzuschreiben. Bei der Damenoberbekleidung ergab sich ein Überschuß von 2,5 Milliarden Franc. Zu den Ländern, in die der Export besonders stark vorangetrieben werden soll, gehört die Bundesrepublik.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Luddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt, München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

INDUSTRIEKREDITBANK / Stabile Dividende

Langfristige Kredite gefragt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Außer Frage steht für den Vorstand der Düsseldorfer Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB) nach dem bisherigen Verlauf von 1984/85 (31.3.), daß den 5000 Eigentümern von 162 Mill. DM Aktienkapital erneut die im Vorjahr auf 7,50 (7) DM aufgestockte Dividende winkt. In den ersten drei Quartalen besserte sich der Zinsüberschuß gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 153 (143) Mill. DM. Das im Vorjahr stark gebesserte Betriebsergebnis liege bislang ebenso hoch wie vor Jahresfrist und werde diesen „hoch zufriedenstellenden" Stand voraussichtlich auch im vollen Jahr halten.

Die Ausleihungen an Kunden stiegen bei diesem auf die Investitionsfinanzierung nicht emissionsfähiger Mittelstandsunternehmen spezialisierten Institut in den ersten drei Quartalen um 5,4 (3,4) Prozent auf 10,6 Milliarden DM. Ebenso wie schon im Vorjahr stammte das Wachstum allein aus der weiteren Zunahme der Langfristkredite um 6,8 (5,4) Prozent auf 10,2 Milliarden DM. Kurzfristige Ausleihungen an Kunden, in der Hochzinsphase vor zwei Jahren bis auf 1,2 Milliarden DM angeschwollen, haben sich mit Abflauen der einst bei der Kundschaft (wegen Zinssenkungshoffnung) beliebten „Vorschaltkredite" fast wieder auf das frühere „Normalniveau" von etwa 0,25 Milliarden DM zurückgebildet.

Sehr deutlich registriert die Bank bei ihrer Kundschaft im Rückblick auf die ersten drei Quartale die Überwindung der Streikausfälle vom letzten Frühsommer. Die insgesamt hohe Steigerungsrate ihrer Kreditzusagen um 17 Prozent betrug im ersten Quartal 1984/85 nur 3,6 Prozent, im zweiten Quartal bereits 19,2 und im dritten Quartal sogar 39,7 Prozent. Vorrang habe bei den Investoren jedoch weiterhin klar die Rationalisierung mit Personaleinsparung vor Kapazitätserweiterungen.

Firmen aus dem „tertiären Sektor" (Handel/Dienstleistungen) sind am Neukreditgeschäft der IKB nun bereits mit 32 (28) Prozent des Volumens beteiligt. Ein Trend, der mit der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung übereinstimmt und von der Bank im Eigengeschäft bewußt gepflegt wird. Nach „Eigentümerkonzept" (nebst Leasing- und Holdingfinanzierung) seien die deutschen Ausrüstungsinvestitionen seit einigen Jahren im tertiären Sektor schon deutlich höher als im verarbeitenden Gewerbe, das nur nach „Nutzerkonzept" noch dominiere.

WÜSTENROT / Wohnungsbau bleibt 1985 besonderes Sorgenkind – Mittelfristig sind die Aussichten wieder besser

Beim Spargeldeingang Trendwende eingetreten

W. NEITZEL, Ludwigsburg

Mit „gedämpftem Optimismus" sieht die Wüstenrot-Gruppe, Ludwigsburg, der Geschäftsentwicklung des Jahres 1985 entgegen. Nach den Worten von Walter Englert, Sprecher der Wüstenrot-Geschäftsführung, sei auch im laufenden Jahr ein Plus sowohl im Bausparen, der Baufinanzierung, im Versicherungssektor wie auch im außerkollektiven Geschäft möglich. Die Gruppe baue dabei auf ihr Service-Angebot, das sich positiv auswirken werde.

Während die Verbesserung bei den Realeinkommen der privaten Haushalte zuversichtlich stimme, werde der Wohnungsbau in diesem Jahr zu den besonderen Sorgenkindern der Konjunktur zählen. Jedoch seien die mittelfristigen Aussichten besser, als es das momentane Bild vermuten lasse. „Wichtiger als neue Sonderprogramme ist es, jetzt längerfristige Stabilisatoren zu konzipieren, die auch in Zukunft unvermeidliche Wohnungsmarktschwankungen wirkungsvoll dämpfen", meint Englert. Ein wirksamer Ansatz hierzu biete sich in der Vermögenspolitik. Bausparen müsse im Rahmen der Vermögensbildung den höchstmöglichen Stellenwert erhalten.

Hinsichtlich des zu Jahresanfang durch neue Bauspartarife des BHW und durch Schwäbisch Hall wieder in Schwung gekommenen Tarifkarussels meint Englert, daß Werbung und Realität meilenweit auseinander lägen. Im Grunde genommen habe man schon jetzt praktisch alle Varianten im Programm. In dieser Tarifverfeinerungsrunde bleibe Wüstenrot zunächst entschlossen, sich zurückzuhalten und die Wirkung am Markt abzuwarten, um dann zu entscheiden, vielleicht auch einen Optionstarif anzubieten.

Im Geschäftsjahr 1984 sei das Branchentief früherer Jahre endgültig überwunden worden. Das eingelöste Neugeschäft der Bausparkasse Wüstenrot stieg der Stückzahl nach um 4,9 Prozent auf 9,5 Mrd. DM. Die durchschnittliche Bausparsumme hielt sich dabei unverändert bei 32 700 DM. Während sich der Anteil der Standard-Tarife an den Neuabschlüssen weiter auf 44 Prozent verminderte, erhöhte sich die Quote der Schnelltarife um 6 Prozent-Punkte auf 47,5 Prozent. Die Verlagerung der Nachfrage zu den neuen Tarifen wertet Englert als ein Zeichen dafür, daß Wüstenrot mit seiner zielgruppen- und bedarfsorientierten Tarifangebotspolitik richtig gelegen habe.

Überdies schlage sich in dieser Dynamik die Neustrukturierung des Wüstenrot-Außendienstes positiv nieder. Über die Kooperation mit der Allianz kamen acht Prozent der Neuverträge herein. Zusätzliche Impulse verspricht sich Wüstenrot aus den Kooperationen mit den Vertriebsorganisationen der Hamburg-Mannheimer und der DKV. Zum Thema einer Einbindung der zum Jahreswechsel durch Wüstenrot von der Hamburg-Mannheimer übernommenen Kölner Bausparkasse Heimbau AG meint Englert lediglich, man möchte nichts übers Knie brechen. Das Kölner Institut, das 300 Mitarbeiter beschäftigt, schloß im vergangenen Jahr 46 700 Neuverträge (plus 19 Prozent) über unverändert 1,51 Mrd. DM Bausparsummen ab.

Trotz insgesamt stagnierendem Geldeingang hat Wüstenrot im vergangenen Jahr aus Zuteilungen mit 6,8 Mrd. DM 15 Prozent mehr als im Vorjahr ausgezahlt. Beim Standardtarif II hat sich die Zuteilungsfrist leicht auf 43 Monate (bei 50prozentiger Soforteinzahlung) bzw. auf 53 Monate (bei 40 Prozent Einzahlung) verlängert.

Mit Befriedigung registriere man, daß beim Spargeldeingang eine Trendwende nach oben hin eingetreten sei. Der Wohnungsbauprämien-Eingang hat sich freilich, verglichen mit 1982, halbiert.

Die gesamte Wüstenrot-Gruppe, zu der neben der Bausparkasse u. a. die Wüstenrot-Bank und die Wüstenrot Lebensversicherung gehören und zu der etwa 6000 hauptberufliche Mitarbeiter zählen, weitete ihre Bilanzsumme in 1984 um 6 Prozent auf 30 Mrd. DM aus. Das Kreditvolumen der Gruppe lag Ende des Jahres bei 26 Mrd. DM, wovon allein 60 Prozent Bauspardarlehen sind.

Die Kreditauszahlungen der Wüstenrot-Bank verfehlten zwar mit rund 1,5 Mrd. DM das Vorjahresresultat um 2,5 Prozent, dennoch habe sich die Bank – so Englert – „ausgezeichnet geschlagen". Bei der Wüstenrot-Lebensversicherung stieg das Neugeschäft den Summen nach um 3,7 Prozent auf 2,8 Mrd. DM. Träger des Wachstum war das Risikogeschäft.

Bausparkasse Wüstenrot	1984	±%
Neugeschäft (netto)		
Verträge (Stück)	301 575	+ 4,9
Summen (Mill. DM)	9518	+ 5,2
Vertragesbestand		
Verträge (Stück)	3191 914	- 2,5
Summen (Mill. DM)	116 196	- 1,7
Geldeingang (Mill. DM)	6757	- 1,0
dav. Sparg.+ Zinsen	3962	- 2,5
Tilgungen	2795	+ 1,1
Baugeldauszahlungen	7496	+ 13,4
Darlehensbestände	20 007	+ 4,0
dav. Bauspardarl.	15 357	+ 1,5
Zwischenkred.	4650	+ 12,9

NORD/LB

Landwirte haben weniger investiert

KLAUS WÄGE, Hannover

Der Einkommensrückgang in der Landwirtschaft, die Milchkontingentierung sowie die Unsicherheit über die künftige EG-Agrarpolitik führten 1984 zu einer sinkenden Kreditnachfrage im Agrarbereich der Norddeutschen Landesbank, Girozentrale (Nord/LB), Hannover. Die Investitionsneigung der Landwirte sei weiter gesunken, meinte Johannes Runge, im Nord/LB-Vorstand zuständig für das Kreditgeschäft im Agrarbereich.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Rahmen der Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens in Norddeutschland 1983 innerhalb des Nord/LB-Konzerns Teile des originären Geschäftsvolumens der Nord/LB auf die Bremer Landesbank/Kreditanstalt Oldenburg übertragen worden seien. So seien 1984 bei einem Antragsvolumen von 100,1 (1983: 184,2) Mill. DM von der Nord/LB-Darlehen in Höhe von 83,6 (160,1) Mill. DM ausgezahlt worden. Dies sei unter Berücksichtigung des in der Nord/LB-Gruppe erreichten Volumens ein Rückgang von rund 30 Prozent. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 (30.6.) arbeiteten 25 Prozent der Haupterwerbsbetriebe mit Vermögensverlusten.

NAMEN

Werner Kalkert, Chefingenieur für die Getriebe- und Chassisentwicklung und Konstruktion bei den Ford-Werken AG, Köln, tritt am 1. März die Nachfolge des in den Ruhestand gehenden Entwicklungschefs **Gerhard Hartwig** an. Er übernimmt das Vorstandsressort für Produktentwicklung.

Ernst Schröder, bisher Hauptgeschäftsführer der Artland Dörffler GmbH, Badbergen, ist mit Wirkung vom 1. April zum Vorsitzenden der Geschäftsführung Robert Krups Stiftung u. Co. KG, Solingen, bestellt worden.

Friedrich W. Holtkötter, bisher Geschäftsführer der Keimfarben GmbH & Co. KG, Augsburg, hat die Geschäftsführung für den kaufmännischen Bereich der Müller Industrie Management, Denkendorf, übernommen.

Dr. **Christian Olearius**, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank, ist in den Aufsichtsrat der Elektro-Messehaus Hannover GmbH, einer Tochter- und Ausstellungs-AG, Hannover, berufen worden.

Hermann Buchholtz, Inhaber und Geschäftsführer der Blechwarenfabrik Aubach Herm. Buchholtz KG, Neuwied-Niederbieber, feiert am 20. Februar seinen 60. Geburtstag.

Heiner Bertram (44), bisher Bereichsleiter im Zentraleinkauf von Metro International, Düsseldorf, tätig und **Wolfgang Reinders** (44), bisher Lebensmittel-Einkaufschef bei der Cornelius Stüssgen AG, Köln, wurden zu Einkaufsdirektoren für die Bereiche Elektronik/Verschiedener Bedarf und Nahrungs- und Genußmittel der Hertie AG, Frankfurt, ernannt.

John Hobley wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., ernannt und **Diethart Schubert** und **Ulrich Schütte** in die Geschäftsleitung berufen.

Diehl: Junghans wird selbständig

nl. Stuttgart

Der Diehl-Uhrenbereich der Marke „Junghans" soll ab 1. April 1985 wieder von einer Firma mit eigener Rechtspersönlichkeit, nämlich der Junghans Uhren GmbH, Schramberg, betrieben werden. Nach Angaben von Diehl repräsentiert diese neue Firma ein jährliches Umsatzvolumen von 105 bis 110 Mill. DM und beschäftigt etwa 650 Mitarbeiter. Tochtergesellschaften bestehen in Italien, Spanien und USA. Begründet wird die organisatorische Umstrukturierung mit der wiedererstarkten Bedeutung von Junghans, die sich mit der Rolle eines Zweigwerks nicht länger vereinbaren lasse. Man brauche größere Flexibilität z. B. bei Kooperationen. Die Marktanteile im Inland werden für Wohnraumuhren und Wecker mit 9,1 Prozent und bei Armbanduhren mit 5,8 Prozent angegeben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hohes Plus bei Gardeur

Düsseldorf (Py.) – Die Dieter Janssen GmbH & Co. KG, Internationale Hosenmode („Gardeur"), Mönchengladbach, hat ihren Umsatz 1984 um 12 Prozent auf 80 Mill. DM gesteigert. Dieses überdurchschnittlich gute Ergebnis wurde nach Angaben der Unternehmensleitung hauptsächlich im Damenhosen-Bereich erzielt. Angesichts der Produktionssteigerung wurden in die Werke in Norddeutschland und in Mönchengladbach investiert. Trotz nur geringer Preiserhöhungen will man auch 1985 wieder ein positives Geschäftsergebnis erwirtschaften.

Zentrale in Brüssel

San Francisco (VWD) – Die Levi Strauss + Co. wird in den nächsten sechs Monaten 665 europäische Mitarbeiter entlassen. Unternehmenschef Thomas W. Tusher kündigte an, daß in Schottland und Frankreich drei Produktionsanlagen geschlossen werden. Durch die Aufgabe der Werke Bothwell Park und Inchinhan werden 515 Arbeiter freigesetzt. Die geschäftlichen Aktivitäten in Europa sollen künftig in einer Zentrale in Brüssel zusammengefaßt werden.

Zehn Mark und Bonus

Heidenheim/Brenz (VWD) – Die württembergische Cattunmanufactur AG (WCM), Heidenheim/Brenz, schlägt der HV am 29. März 1985 in Stuttgart vor, für das Geschäftsjahr 1984 eine unveränderte Dividende von zehn DM und einen Bonus von zwei DM je 50-DM-Aktie auszuschütten. Das Unternehmen, das seit Jahren nur noch seinen Grundbesitz verwaltet und mehrheitlich zur Gruppe Dr. Renatus Rueger, Köln, gehört, weist für 1984 einen Bilanzgewinn von 0,31 (0,26) Mill. DM aus.

Bast-Bau baut um

Düsseldorf (Py.) – Die Bast-Bau Unternehmensgruppe Erkrath, eines der führenden mittelständischen Bauträgerunternehmen, beabsichtigt zu „einem späteren Zeitpunkt" die beiden operativen Unternehmen der Gruppe, die E. Bast Bauunternehmen und die Bast-Bau-Betreuungs KG, in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Der Eigentümer Emil Bast hält die Rechtsform der AG angesichts eines inzwischen erreichten Umsatzvolumens von 400 Mill. DM vorteilhaft für eine langfristige, positive Weiterentwicklung. Zu Beginn dieses Jahres wurden neue Unternehmen gegründet, die Emil Bast Wohnungsunternehmen (für Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Immobilien) und die Emil Bast Verwaltungsunternehmen (für zentrale Verwaltungs- und Geschäftsführungsaufgaben).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld: Heinrich Kripp, Dachdeckermeister, Lamspringe; **Alsfeld:** WWV Massivbau GmbH; **Bad Iburg:** Lindis Maschinenbau GmbH, Bad Rothenfelde; **Berlin-Charlottenburg:** KG in Fa. August Gröschl; „ginger" u. „bus-stop" – Mode Boutique GmbH; Wolfgang Lothar Uderstadt; Nachl. d. Siegfried Hoppe; **Düsseldorf:** EFB Bauträger GmbH; Walter Burtscheid, Kaufmann; Nachl. d. Friedrich Wilhelm Rudolf Must; **Groß-Gerau:** Hertz-Haus GmbH, Büttelborn; **Hannover:** Wedru Werbung u. Druck GmbH, Langenhagen; **Heilbronn (Neckar):** NMB Decken- u. Beleuchtungssysteme Montage GmbH, Tamm; **Herford:** Tschöke & Werner GmbH, Bünde; **Hofgeismar:** Reisgies GmbH Fenster- u. Türenherstellung, Trendelburg-Stammen; **Jever:** Perz & Partner Immobilien- u. Finanzierungsvermittlungs GmbH, Schortens.

Anschlußkonkurs eröffnet: Ulm (Donau): Kaupp Verwaltungs-Ges. mbH & Co. KG, Dornstadt; Friedrich Kaupp Fensterfabrik GmbH & Co. KG, Dornstadt.

Vergleich beantragt: Dortmund: Helmut Stock, Bautechniker, Bergkamen-Rünthe; **Moers:** Stahlbeton-Fertigbau GmbH, Xanten.

Anlagekäufe in Großchemieaktien

Die übrigen Märkte entwickelten sich überwiegend uneinheitlich

DW. – Die Anleger wählen weiter sorgfältig aus, welche Aktien sie kaufen. Offensichtlich haben die Farbennachfolger die Siemens-Aktie als Zugpferd unter den großen Werten abgelöst. Jedenfalls wurden große Käufe inländischer privater und institutioneller Anleger in BASF, Bayer und Hoechst beobachtet. Die Kurse zeigten kleine Plus- und Minuskorrekturen. Für eine größere Kaufwelle sind die drei tollen Tage wohl auch nicht die richtige Zeit. Und es fehlen massive ausländische Käufe, die eine solche Welle in Gang setzen könnten.

Bei den Farbennachfolgern ragten BASF mit einem Tagesgewinn von zeitweise 3 DM heraus, weil hier belebend *hinzu kommt, daß* man davon sprach, das Unternehmen habe für diese Woche Wertpapieranalytiker eingeladen. Davon erwartet man eine verstärkte Nachfrage. Der Siemens-Kurs litt mit einem Rückgang um vorübergehend 2,50 DM leicht unter Umschichtungen in Chemieaktien. Bei beachtlichen Umsätzen schwankten Thyssen, die von Börseninformationsdiensten empfohlen worden sind, zwischen 100 und 102 (100)DM. Bankaktien zeigten bei meist ruhigem Geschäftsverlauf kleinere Abweichungen nach oben und unten. Autowerte konnten sich im Verlauf gut halten. Im Maschinenbaubereich ragten Linde mit einem Kursgewinn heraus. Warenhäuser waren wenig beachtet und zum Schluß recht stabil. Unter den Versorgungspapieren konnten nur NWK-Vorzüge etwas stärker zulegen.

Düsseldorf: *Börse wegen Rosenmontag geschlossen.*

Frankfurt: Binding erhöhten sich um 5 DM auf 222 DM, Braun Vz. verbesserten sich um 20 DM auf 540 DM und BBC konnten sich um 13 DM auf 211 DM befestigen. Brau AG verminderten sich um 7 DM auf 143 DM und Thuringia Versicherung gaben um 40 DM nach.

Hamburg: NWK Vz. gingen nach anfangs 167 DM bis 170 DM mit plus 3,20 DM aus dem Markt. Dagegen wurden HEW mit 97 DM bis 96 DM minus 1 DM gehandelt. Bremer Vulkan kamen bis auf 72,50 DM plus 1 DM und Phoenix Gummi lagen bei 124,50 DM plus 0,50 DM gut behauptet. Markt und Kühlhallen kamen auf 199 DM.

München: Aigner stiegen um 2,50 DM auf 230 DM, Agrob St. zogen um 4 DM auf 206 DM und Audi AG schlossen mit einem Plus *von 19 DM auf 440 DM* ab. Deckel AG verminderten sich um 4,40 DM auf 170,50 DM, Dywidag sanken um 1 DM auf 141 DM, Leonische Draht fielen um 3 DM auf 360 DM und Erlus AG gaben um 5 DM auf 355 DM nach.

Berlin: Berliner Elektro konnten 7 DM, Detewe und Kempinski je 5 DM zulegen. Orenstein erholten sich um 3,50 DM und Lehmann um 1,50 DM. Rheinmetall büßten 4 DM, Herlitz St. 2,50 DM und Kempinski 2 DM ein. Bergmann und Schering lagen um je 1 DM leichter.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 170,7 (170,6)

WELT-Umsatzindex: 1770 (3860)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

	15. 2.	14. 2.
All. Lyons	174	175
Anglo Am. Corp. $	12,50	12,50
Anglo Am. Gold $	82	82
Babcock Int.	147	146
Barclays Bank	612	619
Beecham	358	345
Bowater	234	230
B. A. T. Industries	385	385
Br. Leyland	38	38
British Petroleum	568	573
Burmah Oil	217	213
Cadbury Schweppes	174	177
Charter Cons.	205	203
Cons. Gold. Fields	512	499
Cons. Murchison	545	545
Courtaulds	142	143
De Beers $	4,85	4,85
Distillers	291	294
Driefontein $	24,62	24,425
Dunlop	45	46

Mailand

Amsterdam

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	233	233
Gösser-Brauerei	400	389
Länderbank Vz.	222	224
Österr. Brau AG	410	404
Perlmooser	344	338
Reininghaus	517	510
Schwechater Br.	200	195
Semperit	116	116
Steyr-Daimler-P.	156	156
Universale Hoch Tief	236	–
Veitscher Magnesit	–	336
Index	64,96	–

Tokio

Kopenhagen

Den Danske Bank	292	294
Jyske Bank	545	545
Kopenh. Handelsbk.	294	296
Novo Industri	356	–
Privatbanken	238	243
Ostasiat. Komp.	166	168
Dan. Sukkerfabr.	550	550
For. Bryggerier St.	825	830
Kgl. Porc. Fabr.	235	240

Zürich

Brüssel

Arbed	1720	1720
Brux. Lambert	2010	2010
Cockerill Ougrée	265	265
Ebes	2800	2800
Gevaert	3655	3655
Kredietbank	7800	7800
Petrofina	6920	6920
Soc. Gen. d. Belg.	1825	1825
Sofina	7320	7320
Solvay	4050	4050
UCB	4850	4850
Index	5460	5460

Madrid

Hongkong

Singapur

Cycle + Car.	5,00	3
Cold Storage	7,68	7,58
Dev. Bk. of Sing.	5,85	5,90
Fraser + Neave	5,15	5,10
Kl. Kepong	2,37	2,30
Mal. Banking	6,00	5,90
Nat. Iron	3,24	3,20
OCBC	9,15	9,15
Sime Darby	1,94	1,91
Singapur Land	2,87	2,80
Un. Overs. Bank	4,46	4,44

Paris

Sydney

ACI	1,98	1,96
Ampol. Explor.	2,18	2,15
Westpacific Banking	3,56	3,52
Bridge Oil	2,18	2,17
Brok. Hill. Prop.	5,22	5,22
Coles	4,15	4,12
CRA	5,40	5,14
CSR (Theiss)	2,95	2,91
Metals Expl.	0,50	0,48
MIM-Holdings	2,63	2,50
Myer Emporium	1,90	1,94
North Broken Hill	2,22	2,15
Oakbridge	0,70	0,70
Peko Wallsend	4,40	4,05
Poseidon	2,85	2,60
Thomas Nat. Tr.	2,10	2,08
Waltons Bond	0,58	0,38
Western Mining	3,40	3,35
Woodside Petr.	0,85	0,84
Index	790,50	–

Optionshandel

Frankfurt: 18. 02. 85

1327 Optionen = 64 200 (85 050) Aktien,

davon 264 Verkaufoptionen = 14 000 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/7, 7-110/10,6, 7-120/5, 7-130/1,6, 10-120/7,6, **BASF** 4-150/38,1, 4-159,65/17,8, 4-169,65/18, 4-170/18,1, 4-179,65/9, 4-180/10,5, 4-189,65/3,5, 4-190/4,4, 4-200/1,4, 7-170/24,8, **Bayer** 4-160/38, 4-170/28, 4-180/19, 4-190/9, 4-200/4,6, 4-200/5-5,4, 4-210/1,25, 7-170/35, **Bekula** 10-95/2,5, **BMW** 7-370/15,2, 7-400/6,2, **Commerzbk.** 4-170/5,6, 4-180/1,5, 7-170/11, 7-180/6, 7-190/2,5, 10-180/7,95, **Conti** 4-130/5, 7-120/8, 7-130/3,85, 10-130/6, **Daimler** 4-580/57, 4-600/47, 4-620/28, **Deutsche Bk.** 4-400/12,6, 4-420/4,6, 7-400/28, 7-410/18, **Degussa** 7-350/30, 7-370/11,8, 7-380/7, **Dresdner Bk.** 4-160/38, 4-200/3,4, 7-200/8,5, **Hoechst** 4-170/23, 4-180/11, 4-190/4,5, 7-180/18,8, 7-200/6,5, 7-210/2, 10-200/9,9 **Hoesch** 4-85/16, 4-100/11, 4-110/3,5, 4-120/0,90, 7-100/13,0, **Karstadt** 10-220/15, **Klöckner** 4-65/17, 4-75/6,4, 4-80/3,4, 4-85/1,4, 7-75/10, 7-80/6,5, 7-85/4, 7-90/3, 10-85/7, **Lufthansa St.** 7-180/23, **Mannesmann** 4-150/7, 4-160/3, 7-150/12, 7-170/3, 10-160/12, 10-170/5,5, **Preussag** 7-270/12,4, **RWE St.** 4-160/5, 4-170/1, 7-160/8, 10-160/9,3, 10-170/5,1, **RWE Vz.** 4-160/4,1, 7-170/2,5, **Kali + Salz** 4-230/44, 4-250/23, 4-260/14, 7-280/8,5, 7-280/69, **Siemens** 4-420/128, 4-430/115, 4-440/108, 4-450/95, 4-470/76, 4-500/46, 4-510/40, 4-520/35, 4-530/8,8, 4-560/10,2, 4-570/6,6, 4-580/3,2, 7-470/80, **Thyssen** 4-80/22, 4-90/12, 4-95/7,5, 4-100/5, 7-80/24, **Veba** 7-180/3,9, 10-170/12, 10-180/6,8, **VW** 4-190/10,6, 4-200/5,5, 4-210/3, 7-190/19,6, **Alcan** 4-80/21, 7-110/4,5, 10-110/9,5, **Chrysler** 7-100/16, **Elf** 7-75/7, **IBM** 4-430/15, **Norsk Hydro** 4-35/5, 4-40/2, 10-40/5, **Philips** 4-55/1,9, 7-55/2,7, **Sony** 4-50/6,6. **Verkaufsoptionen: AEG** 4-100/1, 4-110/2,4, 7-110/4, 10-100/1,7, 10-110/5, **BASF** 4-180/1, 7-180/2, **Bayer** 4-190/1,4, 7-190/2,2, 10-190/3, **Bay. Hypo.** 10-320/9, **BMW** 4-350/3,2, 4-380/88, 7-330/2, 7-380/11,5, 10-340/8, **Bay. Vereinsbk.** 4-320/3,2, **Conti** 4-120/2,5, 7-110/1,15, 7-120/4,5, 10-110/1,8, 10-120/5,8, **Daimler** 10-590/5,5, **Deutsche Bk.** 7-380/5,3, 10-380/3, **Degussa** 4-340/1, **Dresdner Bk.** 4-195/1, 7-190/3,9, 10-180/3, **GHH St.** 7-160/3, **Hoechst** 7-190/5, 10,180/1,9, 10-190/7, **Hoesch** 7-100/1,3, 7-110/6, 10-100/2,8, **Karstadt** 4-210/5,4, 7-210/8,8, **Klöckner** 4-80/4, 7-75/2,5, 7-80/5, **Lufthansa St.** 7-180/3,8, **Linde** 4-400/1,8, 4-410/6,8, 4-420/9,8, **Mannesmann** 4-150/1, 7-150/2, **Preussag** 7-240/2,4, **RWE St.** 7-160/2,8, **Schering** 4-470/5,2, 7-450/2,7, 7-460/4, 7-470/9,4, 10-440/5,7, **Siemens** 4-520/2,1, 4-540/11,4, 7-480/0,90, **Thyssen** 4-80/22, 4-90/12, 4-85/7,5, 4-100/5, 7-90/1, **VW** 7-180/2, 7-190/5,2, 7-200/10,6, 10-200/12, **Alcan** 4-300/4,6, **Chrysler** 4-100/1,5, 7-110/8, 10-100/6, **IBM** 4-420/6, 7-400/3, **Litton** 4-230/2,7, **Norsk Hydro** 10-40/2,5, **Philips** 10-50/2,5, **Sperry** 4-150/4, 7-150/5,9, 10-150/8, **Unilever** 10-280/4, **Xerox** 4-130/4,4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½– 8¾	5¾–6⅛	5½–5¾
3 Monate	8⅞– 9⅛	6 –6¼	5⅝–5⅞
6 Monate	9¼– 9½	6⅜–6⅝	5¾–6
12 Monate	9⅞–10⅛	6½–6¾	5¾–6⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

	Ankauf	Verkauf
Gesetzliche Zahlungsmittel(*)		
20 US-Dollar	1580,00	1983,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1265,00	1530,10
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	712,80
1 £ Sovereign alt	229,00	283,86
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,50	282,15
20 belgische Franken	176,75	229,99
10 Rubel Tscherwonez	237,75	298,39
2 südafrikanische Rand	224,75	277,87
Krüger Rand, neu	1014,25	1196,14
Maple Leaf	1014,25	1196,14
Platin Noble Man	932,00	1102,38
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,75	312,07
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	178,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	937,25	1132,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,50	235,41
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,25	127,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	436,25	531,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,75	139,93

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer

**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,2748	3,2828	3,2389	3,22	3,31
London¹)	3,607	3,621	3,542	3,47	3,62
Dublin¹)	3,108	3,122	3,052	3,02	3,17
Montreal³)	2,4430	2,4510	2,4102	2,38	2,48
Amsterd.	88,250	88,470	88,080	87,50	89,50
Zürich	117,510	117,710	117,68	116,25	119,00
Brüssel	4,961	4,981	4,918	4,88	5,08
Paris	32,610	32,770	32,24	31,75	33,50
Kopenh.	27,880	27,980	27,615	27,10	28,85
Oslo	34,790	34,910	34,28	33,75	35,50
Stockh.**)	35,275	35,435	34,525	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,612	1,622	1,561	1,57	1,67
Wien	14,216	14,256	14,203	14,14	14,36
Madrid**)	1,806	1,816	1,779	1,77	1,91
Lissabon**)	1,827	1,847	1,700	1,43	2,25
Tokio	1,2830	1,2850	–	1,22	1,28
Helsinki	48,000	48,200	47,175	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	–	–	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	–	–	–	2,36	2,46
Johannesbg.*)	–	–	–	1,66	1,80

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Zwei Gesichter zeigte der Dollar am Devisenmarkt. Am Freitag schloß der US-Dollar in New York bei 3,2550 und wurde am 18. 2. im Fernen Osten zeitweise auf 3,2430 zurückgenommen. Ausgehend von 3,2480 setzte sich wieder eine feste Tendenz durch, da von keiner Notenbank Widerstand entgegengesetzt wurde. Beim dritten Versuch wurde die amtliche Notiz mit 3,2788 ohne Beteiligung der Bundesbank festgesetzt. Im Nachmittagshandel kletterte der Dollar bei *nervösem aber dünnem Geschäft auf 3,29. Der* Japanische Yen fiel um ein halbes Prozent auf 1,2845 zurück. Offensichtlich wurde die angekündigte Kurspflege von der Japanischen Notenbank heute nicht fortgesetzt. Alle übrigen Währungen mit Ausnahme des Schweizer Franken und des Belgischen Franken lagen gut behauptet oder höher. – US-Dollar in Amsterdam 3,7120; Brüssel 65,68; Paris 10,0408; Mailand 2027,80; Wien 23,0180; Zürich 2,7878; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,1023; Pfund/DM 3,614.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 18. Februar: In D-Mark – (Parität 2,24184); in Dollar – (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 18. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,25; Verkauf 22,25 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der DM-Depots am Euromarkt führte zu Wochenbeginn zu einer kräftigen Erweiterung der Terminabschläge für Dollar gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,78/0,68	2,45/2,35	5,02/4,82
Pfund/Dollar	0,47/0,44	1,26/1,21	1,75/1,68
Pfund/DM	3,00/ 1,60	7,30/ 5,90	11,60/10,20
FF/DM	21/05	49/33	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 2.: Tagesgeld 5,50–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 18. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 : Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,84. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,50, Rendite 7,87.

Bundesanleihen

		18. 2.	15. 2.
F 8¼ Bund 73 I	3/85	–	100G
7 dgl. 79	4/85	100,05	100,05
7½ dgl. 79 II	6/85	100,25	100,25
7¾ dgl. 78 I	7/85	100,5	100,45
8 dgl. 78 IV	10/85	100,85	100,85G
5½ dgl. 78 II	3/86	99,05	99,05
5¾ dgl. 78	5/86	98,75	98,8
7¾ dgl. 76 I	12/86	101,05	101,05
6½ dgl. 79	1/87	101,05G	101,05
7¾ dgl. 76 II	1/87	99,85	99,85
8¾ dgl. 77	4/87	100	100
6½ dgl. 77	7/87	99,15	99,35
6 dgl. 77	10/87	98	98,1
6 dgl. 78 I	1/88	98	98,2bG
6½ dgl. 78 I	9/88	99	98,85
6¾ dgl. 78 II	12/88	99,16	99G
6¾ dgl. 79	1/89	100,15	100,05
7½ dgl. 79 I	4/89	100,85	100,85
10 dgl. 81	4/89	109,20	109,20
7½ dgl. 79 I	6/89	101,1	101,05
8 dgl. 79 I	7/89	102,75	102,75
8 dgl. 79 II	8/89	102,8	102,7
7¾ dgl. 79 II	9/89	101,55	101,5
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,36	102,3
7¾ dgl. 80 I	1/90	102,05	102,05
10 dgl. 80	4/90	111,5	111,5
5¾ dgl. 78	5/90	95,1	95,1
8¾ dgl. 80 I	7/90	104,2	104,05
8¾ dgl. 80 II	11/90	104,35	104,2
7¾ dgl. 82	11/90	102bG	102,05bG
9 dgl. 81	2/91	107,35	107,35
10¾ dgl. 81	7/91	113,6	113,5
10¾ dgl. 81	9/91	116,25	116,6G
10 dgl. 81 II	12/91	112,6	112,45
9¾ dgl. 82 I	1/92	110,9	110,9
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,15	111,15
6 dgl. 78 II	3/93	93,5	93,5
9,5 dgl. 82	4/92	109,55	109,5
9 dgl. 82	5/92	107,05	107,15bG
8½ dgl. 82	6/92	104,98	104,9
9 dgl. 82	8/92	107,4bG	107,4bG
8¾ dgl. 82	9/92	106,2	106,15bG
7¾ dgl. 82	12/92	101,25	101,5
7½ dgl. 83	1/93	99,8	99,5
7½ dgl. 83 II	3/93	99,85	99,7
7¾ dgl. 83 III	6/93	100,85	100,95
8¼ dgl. 83	6/93	103,9	104
8 dgl. 83	7/93	102,45	102,7
8¼ dgl. 83 II	8/93	103,8	104
8¼ dgl. 83 III	10/93	103,8	103,9
8¼ dgl. 83 IV	11/93	103,8	104bG
8¼ dgl. 83 V	12/93	103,95	104,15
8¼ dgl. 84	1/94	103,9	104,1
8¼ dgl. 84 II	2/94	103,9	104
8 dgl. 84	3/94	102,4	102,7
8¼ dgl. 84	6/94	103,9	104bG
8¼ dgl. 84 IV	7/94	104,05	104,25
8¼ dgl. 84 V	8/94	104,1	104,2
7½ dgl. 84	10/94	99,7	99,8
7 dgl. 84	12/94	96,2	95,65
7 dgl. 85	1/95	96,00	96,5bG
7¼ dgl. 85	2/95	98	98,7
9¼ B.Obl. 80 S.4	3/85	–	100,1G
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	100,25	100,3
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	100,35	100,35
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,4	100,4
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,45	100,45
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,05	101,05
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102	102
9 dgl. 81 S.11	1/86	101,95	102
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,15	103,15
10 dgl. 81 S.13	3/86	103,25	103,35
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103G	103G
10 dgl. 81 S.15	4/86	103,85	103,85
10½ dgl. 81 S.16	6/86	104,55	104,55
11 dgl. 81 S.17	8/86	105,75	105,75
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,9	106
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,1	105,1
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,6G	104,6G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,8	105,8
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,4	105,4G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,8	104,8
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,8	104,8
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,8	104,85
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,4	104,5
9 dgl. 82 S.27	4/87	104	104G
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103,20	103,2
9¼ dgl. 82 S.29	7/87	105,4	105,4
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,5	104,5bG
8¾ dgl. 82 S 31	9/87	104,1G	104,1
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	103,1	103,1bG
8 dgl. 82 S.33	11/87	102,5	102,5
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	101,8	101,8
7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,15	101,25
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	100,5	100,85
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	99,35	99,5
7 dgl. 83 S.38	5/88	100,1	100,1
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	100,9	101G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	101,75	101,75
8 dgl. 83 S.41	8/88	102,35	102,4bG
8 dgl. 83 S.42	9/88	102,4	102,3
8 dgl. 83 S.43	12/88	102,9	102,85
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	103,4	103,6
8 dgl. 84 S.45	3/89	102,45	102,5
7½ dgl. 84 S.46	4/89	100,7	100,95
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	101,5	101,9
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	101,55	101,8
7½ dgl. 84 S.49	10/89	100,65	100,75
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	99,7	99,75
7 dgl. 84 S.51	12/89	98,8	99

Bundesbahn

		18. 2.	15. 2.
7 dgl. 77	2/87	100,25	100,3
6 dgl 77	9/87	97,95	98G
6 dgl 78 II	7/88	96,9	97
6½ dgl. 77	5/89	97,96	98
F 8 dgl. 79 I	7/89	102,8G	102,85
6 dgl. 78 I	2/90	95,8	96
8 dgl. 80 II	7/90	103,15	103,3
9 dgl. 81	3/91	107,35	107,4
10½ dgl. 81	9/91	114,55	114,55
10¼ dgl. 81	11/1	113,4	113,6G
8 dgl. 80 I	2/92	102,65	102,65
10 dgl. 82	2/92	113	113
9¼ dgl. 82	7/92	110	110,75
8 dgl. 82	11/92	102,4	102,4
7¾ dgl. 83	1/93	101,5	101,3
8¼ dgl. 83	10/93	104,1	104,1
8¼ dgl. 84	8/94	104	104,2
7¼ dgl. 84	10/94	98,1	98,45
7¼ dgl. 85	1/95	97,8	97,6G

Bundespost

		18. 2.	15. 2.
F 8½ Bdpost 68	6/88	100,1	100,1
8 dgl. 72 I	9/87	102,25G	102,25bG
10 dgl. 81	3/89	109,75	109,76
10¼ dgl. 81	8/89	110,6	110,6
8 dgl. 80	3/90	103,05G	103,2
7¾ dgl. 80	9/90	101,75	102bG
8¾ dgl. 80	12/90	106,05	105,7
10½ dgl. 81	10/91	115,1	115,3
9¾ dgl. 82	2/92	111,2	111,4
8¾ dgl. 82	5/92	106,3G	106,5
8½ dgl. 82	10/92	105	105,25
7¾ dgl. 83	2/93	101	101,25bG
8½ dgl. 83	9/93	105,35	105,55
8¼ dgl. 84	2/94	104,1	104,3
8 dgl. 84	9/94	102,8	102,8

Länder – Städte

		18. 2.	15. 2.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	88	99	98,75
8¼ dgl. 82	92	103,25	103G
M 7 Bayern 66	86	101bG	101G
6½ dgl. 67	87	101,75G	101,75G
6 dgl. 68	85	99,6G	99,6G
6 dgl. 78	88	96,55G	96,55G
8¾ dgl. 80	90	105bG	105G
8¾ dgl. 82	92	105,5bG	105,5G
7½ dgl. 83	93	99,5G	99,5bG
8 dgl. 84	94	102bG	102G
B 8½ Berlin 70	85	101	101
8 dgl. 72	85	100,5	100,5
7 dgl. 77	85	100	100
6½ dgl. 78	88	99,3	99,3
8¾ dgl. 80	88	104,6	104,6
Br 7¾ Bremen 71	87	101,15G	101,15G
8 dgl. 72	87	101,75G	101,75G
7½ dgl. 83	93	97,9	97,9
H 8½ Hamburg 70	85	101	101
6¾ dgl. 77	92	98,25	98,25G
8 dgl. 80	92	102,5	101,75G
9¾ dgl. 82	92	110,5	110,5
7½ dgl. 83	92	99	99G
8¼ dgl. 84	94	103,15	103
F 8 Hessen 71	86	100,96	100,96
6¼ dgl. 78	88	97,3	97,3
Hn 8½ Nieders. 70	85	100,6bG	100,9G
7½ dgl. 72	87	100,8bG	100,6G
8 dgl. 72	87	101,3bG	101,3bG
7½ dgl. 79	87	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 82	92	101bG	101bG
8 dgl. 83	93	100,7bG	100,8bG
8 dgl. 84	94	100,6bG	–
7¾ dgl. 84	94	99,75G	99,5G
D 7½ NRW 83	93	99,05bG	99,05bG
7¾ dgl. 83	93	100,4G	100,4G
8½ dgl. 83	93	104,95bG	104,95bG
8¼ dgl. 83	93	103,5bG	103,5bG
8¼ dgl. 84	92	103,15bG	103,15bG
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	101,25G	101,25
F 8½ Saar 70	85	101G	101G
7 dgl. 72	87	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	88	96,25bG	96,75bG
H 7¾ Schl.-H. 72	87	100,5	100,5
8 dgl. 84	94	101,5	100,25G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,85G	100,85
7¾ dgl. 72	87	–Zbg	100,75
8 dgl. 83	93	101G	101

Bankschuldverschreib.

	18. 2.	15. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 5	90G	90G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,25G	100,25G
9 dgl. Pf 106	106,75G	106,75G
10 dgl. Pf 108	111G	111G
7 dgl. KS 132	99,15G	99,15G
8 dgl. KS 155	102,3G	102,3G
9 dgl. KS 168	101,8G	101,8G
M 5½ Bayer.Hdbk. Pf 14	95,75G	95,25G
6 dgl. Pf 20	88G	88bG
6½ dgl. Pf. 2	98,5G	98G
7 dgl. Pf 3	98,25G	97,75G
6½ dgl. KS 14	99G	99G
7½ dgl. KS 27	100,5G	98,75G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	78,5bG	78,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	84,75bG	84,75G
6 dgl. KS 1	99,9G G	99,9G G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	98,8G	98,8G
6 dgl. IS 16	98,2G	98,2bG
6 dgl. IS 17	97,35G	97,35G
8½ dgl. KO 49	100,75G	100,75G
8½ dgl. KO 48	100,75G	100,75G
M 7¼ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,75G	100,75G
9½ dgl. IS 728	100bG	100bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	94bG	94,55G
6½ dgl. Pf 3	89G	89G
6½ dgl. Pf 12	88,5G	88,5G

Rentemarkt legte eine Pause ein

Nach den starken Kurssteigerungen am Rentenmarkt in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche legten die Käufer hier am Montag erst einmal eine Pause ein. Eine Tendenzumkehr war jedoch noch nicht zu erkennen, nur fehlten größere Käufe – aus Sorge, daß man in der letzten Woche zu forsch vorgeprescht sein könnte. Öffentliche Anleihen zeigten Änderungen bis um 0,35 Prozentpunkte nach beiden Seiten. DM-Auslandsanleihen gaben eher bis zu einem Viertelpunkt nach. Pfandbriefe tendierten knapp behauptet.

	18. 2.	15. 2.
M 7 dgl. Pf 20	98G	98G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	99,75	99,75
7 dgl. Pf 31	101G	101G
8 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 61	100G	100G
Hn 5 Brthem. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	91,5G	91,5G
7½ dgl. Pf 87	96,75G	96,75G
6 dgl. KS 29	83,25G	83,25G
7 dgl. KS 30	99,95G	99,95G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	83,5G	83,5G
6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 141	93G	93G
7 dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. KO 113	100,2bB	100,2bG
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	116,5G	115,5G
5¾ dgl. Pf 50	72,7G	72G
9 dgl. KS 139	102,3G	102,1G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,5G	100,5G
9 dgl. Pf 239	103,3G	103,1G
H 5¾ DG-Hypobk. KS 9	108,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	100,3G	100G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96,1T	96,1T
6¾ dgl. IS 73	99,15G	99,15G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 8 Dgz.Dt.Komm.KOS5-4	85G	85G
6 dgl. KO 46	80G	80G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	99G	99G
9 dgl. KO 129	100,05G	100,05G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	82G	82G
7 dgl. KS 101	100G	100G
10 dgl. KS 134	100G	100G
8¾ dgl. KS 140	100G	100G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
4 dgl. Pf 57	99G	98G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79,5G	79,5G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	76,5G	76,5G
5½ dgl. Pf 59	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 162	84T	84T
B 8 Dt.Pf.Wl. Brl. 482	106,15G	106,15G
Br 5½ Dt. Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
6¼ dgl. Pf 65	99,9G	99,9G
6¼ dgl. Pf 80	98,05G	98,05G
6¾ dgl. Pf 74	99,65	99,65
6¾ dgl. Pf 78	98,65G	98,65G
Br 6½ dgl. Pf 77	96,95G	96,95G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,05G	101,05G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 86	70,75G	70,75G
5½ dgl. Pf 53	77,25G	77,15G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	95,5G	95,5
6½ dgl. Pf 133	89,35T	89,35T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	94G	94G
6 dgl. 47	83,5G	83,5G
F 5 Helaba Pf 8	110,5G	112G
6 dgl. Pf 80	97,1G	96,85
8 dgl. Pf 73	101,5G	101,3ex
4 dgl. KO 5	101G	101,5G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	85G	85
6½ dgl. Pf 80	93,35	93,35
8 dgl. KO 175	101,05G	101,05G
9 dgl. KO 259	101,95G	101,95G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 12	70,25G	70,25G
7 dgl. Pf 25	97,25G	97,25G
10 dgl. Pf 40	100G	100G
6 dgl. KO 30	98,95G	98,95G
9¾ dgl. K 84	100G	100G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	90,8G	90,8G
7 dgl. Pf 12	95,25G	95,25G
4½ dgl. KO 6	100	100
8½ dgl. KO 81	101,75G	101,75G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	100,75G	100,75G
6 dgl. Pf 28	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 49	89G	89G
8¾ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83,5G	83,5G
7 dgl. Pf 97	92,75G	92,75G
8½ dgl. KS 78	98G	98G
10 dgl. IS 95	83	83
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo Pf 100	87,9G	88G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104G	104G
6½ dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
Ha 7 Nord. Lbk. Pf 1	97,8G	97,8G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Ha 8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 53	100,4G	100,4G
7½ dgl. IS 6	101,1G	101,1G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	87,9	87,9
6 dgl. Pf 95	82G	82G
7 dgl. Pf 114	100G	100G

	18. 2.	15. 2.
D 5 RW Bodencr. Pf C	121,5G	121,5G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5¾ dgl. KO J+E	120G	120G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	72,5G	72,5G
7 dgl. Pf 125	100G	99,5G
7 dgl. Pf 128	93G	93G
8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
6 dgl. KS 77	81,5G	81,5G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
Br 5 St. Kr. Dt-Br Pf 17	124,25G	124,25G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	88G	88G
5½ dgl. Pf 43	87,85G	87,85G
6 dgl. Pf 56	81,65G	81,65G
7 dgl. Pf 61	92,75G	92,75G
8 dgl. Pf 70	107,3G	107,3G
9 dgl. Pf 88	100G	100G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99,7G	99,7G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Süddboden Pf 41	92,50G	92,5bG
5½ dgl. Pf 57	81G	81G
6½ dgl. Pf 143	98,5G	98bG
7 dgl. Pf 87	97,75bG	97,75G
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 49	96,25G	96,25G
7½ dgl. KS 81	100,5G	100,5G
8 dgl. KS 133	101G	101G
8½ dgl. KS 132	100,2G	100,2G
9 dgl. KS 185	105G	105G
9½ dgl. KS 171	105,5G	105,5G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79,5TG	79,5TG
7 dgl. Pf 100	100,2G	100,2G
D 8 WestLB Pf 350	100,4G	100,4G
6¾ dgl. Pf 403	99,2G	99,2G
9½ dgl. Pf 1007	107,35G	107,35G
8 dgl. Pf 1015	101G	101G
7 dgl. KO 558	99,95G	99,95G
6¼ dgl. KS 420	98,1G	98,1G
9¼ dgl. KO 1301	108,85G	106,85G
8½ dgl. KS 1278	100,4G	100,4G
8 dgl IS 1512	102,65G	102,65G
9¼ dgl. IS 1520	100,25G	100,25G
6½ dgl. IS 679	95,7G	95,7G
D 6 Westf Land Pf 16	99G	99G
6½ dgl. Pf 19	90G	90G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
8¼ dgl. Pf 564	102,1bG	102,1bG
9¾ dgl. KS 294	100G	100G
9½ dgl. KS 324	106,1	106,1
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	80G	80G
7 dgl. KS 58	100,5G	100,5G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	91,55G	91,55G

Sonderinstitute

	18. 2.	15. 2.
D 6 DSLB Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 47	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 63	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 99	98G	98G
8 dgl. Pf 104	103G	103G
8 dgl. Pf 165	101,75	101,75
5½ dgl. RS 45	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 73	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 120	102G	102G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	98,5G	98,5G
8¾ dgl. RS 172	102,75bG	102,75bG
9 dgl. RS 186	107G	107G
10 dgl. RS 193	104,7bG	104,7bG
11¼ dgl. RS 195	105,75G	105,75G
8 KFW 70	101G	101G
7½ dgl. 79	100,5	100,4G
7¼ dgl. 84	98,05G	97,8G
8 dgl. 84	101,8G	101,7G
F 10 Kredit 81	111,7	111,7
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	104,9G	104,9G
7½ dgl. 83	99,9	99,9
8¼ dgl. 83	103,5G	103,5
7½ dgl. 84 I	100,5G	100,5G
7½ dgl. 84 II	100,5G	100,5G
6 Lawi.Rentbk. RS 15	99G	99G
6 dgl. RS 16	98,75	98,75
6 dgl. RS 19	98,5G	98,5G
6 dgl. RS 21	100G	100G
6 dgl. RS 28	99,95G	99,95G
F 7½ dgl. RS 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. RS 60	99G	99G
7 dgl. 94	99G	99G
7 dgl. 99	100G	100G
8 dgl. 101	102,4	102,4
7½ dgl. 102	100,75G	100,75G
8¾ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	100,7G	100,7G
6½ dgl. TS 77	99,3G	99,3G
5½ dgl. 78	96,4G	96,5
7 dgl. 79	100,1G	100,1

Industrieanleihen

	18. 2.	15. 2.
F 6 Badenwerk 78	97,5G	97,75
F 8 Chem. Hüls 71	101	100,75G
7¾ Cont Gum. 71	100,4T	100,4T
5¾ HEW 62	–	–
7½ dgl. 71	–	–
4½ Harpen 59	2250G	2300
7½ Hoesch 71	100,3G	100,3G
7½ Karstadt 71	100,25	100,4
7½ Kaufhof 71	100,6T	100,3G
7¾ dgl. 71	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	100,75T	100,75T
7½ Klöckner W. 71	100,25	100,3T
8 dgl. 72	100,5G	100,5G
6 NWK 61	99,5G	99,5G
6 dgl. 62	98,25G	98,25G
6 Ob.Don. Krwk. 64	98G	98G
F 6 Rh.Braw 63	97,5T	97,5T
6 dgl 65	97,5G	97,3G
6 RWE 63	98,25G	98,25G
6 dgl 65	97,5T	97,5bG
7¾ dgl. 71	100,6	100,75
7 dgl. 72	100G	100
6 Rh.-M.-Don. 62	98,3G	99G
6½ dgl. 68	101	101,25G
8 Schleswag 71	100,5G	100,5G
7½ Thyssen 71	100,3G	100,3G
8 dgl. 72	100,5	100,75G
7¾ dgl. 77	100G	100
8 VEW 71	100,5	100T
6¾ dgl. 77	99G	99G
7 VW 72	100G	100bG

Optionsscheine

	18. 2.	15. 2.
F 11 BASF Over Zee 82	67	65,5
BASF 85	58,8	58
7¼ Bayer Fin. 79	70,5	69,5
10½ Bayer Fin. 82	81,5	80,8
7½ BHF Bk. Int. 83	88	89bG
6¾ Ciba-Geigy 75	1532	1550T
3½ Commerzbk. 78	36,9	35,6
Commerzbk. 84	56,8	56,1
7 Combk. Int. Lux 83	42,1	43
Combk. Int. Lux 84	56,8	56,1
8¼ Degussa 83	127	127
4½ Dt. Bk. Comp. 77	116	115,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	125,5	125,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	46,2	46,6
4 dgl. 83 II	51,2	52
Dresdner Bk. 84	64,1	65,4
Hanwa 84	415	400
10 Hoechst 75	331	325
6¾ dgl. 79	72	71,6
8 Hoechst 83	88	87,5
Itoh Fuel 84	280bG	280
7½ Jap.Syn Rubber 82	2080	2080
5¾ Jusco 83	3020G	3025
Kansai Paint 84	695	745
Kaufhof 84	41	40,8
Linde Int 84	105,5	101,5
Mitsubishi 84	612	605
Mitsui 82	183	183
Nippon Fluor 84	1100T	1025T
Preussag 84	48,7	48,9
Rhythm W 83	1330T	1330
6,875 Schering 83	152	155
7¾ Siemens 83	273	273,6
Teamura „A 84	182G	177
dgl. „B 84	219	215
4 Veba 83	43	42,3
6½ Wells F. 73	680	715bG
F 8½ BASF 74	79,9	78,4
Bayer 84	70	69
5 Conti 84	43	42,6
Stumpf 78	69	65,5G

Optionsanleihen

	18. 2.	15. 2.
F 3 BASF 85 m0	117,5	117,1
3 BASF 85 o0	71	71,3
7¼ BHF Bk.Int.83 m0	103,6G	103,6
7¼ dgl 83 o0	82,5T	–
3½ C. Itoh Fuel 84 m0	94G	94G
3½ dgl. 84 o0	89G	89G
3¼ ComBk. Int. 78 m0 DM	111G	111
F 3½ dgl. 78 o0 DM	94,75G	93,75G
4½ C F DT. Bk. 77 m0 $	120,5G	120,5G
4½ dgl. 77 o0 $	88bG	88,1
6¾ Dt. Bk. 83 m0	98,5G	99,5G
6¾ dgl 83 o0	76,75	76,25
3¾ Dt. Bk. 83 m0	124G	124
3¾ dgl. 83 o0	85,5	84,5
4 Dresd. Bk. 83 m0	107,5G	107,5G
4 dgl. o0	89,85	89,95
8 dgl. 84 m0	127	127,5
8 dgl. 84 o0	102,25	102,25
3½ Hanwa 84 m0	94,5G	95,5
3½ dgl. 84 o0	87,5G	87G
7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
7½ dgl. 82 o0	99	98,5G
5¾ Jusco 83 m0	142,5G	142,5G
5¾ dgl. 83 o0	97,75G	95,75G
F 3½ Kansai Paint 84 m0	100G	101
3½ dgl. 84 o0	87,5G	87,25
3¼ Kaufhof 84 m0	96,25G	96,25
3¼ Kaufhof 84 o0	75,75	76,25
3¼ Linde Int. m0	104	103,8
3½ Linde Int. o0	72,75	73,75
3½ Mitsubishi 84 m0	102	102,15
3½ dgl. 84 o0	90,5bG	90,25
3½ Nippon Flour 84 m0	105,1T	104,9
3½ dgl. 84 o0	88T	88,5T
5¾ Rhythm Watch 83 m0	126,5G	126,5G
5¾ dgl. 83 o0	96,85	96,75
4¾ dgl. 84 m0	103,5T	103,5T
4¾ dgl. 84 o0	91G	91G
3¾ Tsumura Juntendo 84 m0	96	95,75
3¾ dgl. 84 o0	88T	88,2
4 Veba 83 m0	115bG	113
4 Veba 83 o0	81,5	80,7
F 6½ Wells F. 73 m0 DM	167G	167G
6½ dgl. 73 o0 DM	95,75	96G
F 8½ BASF 74 m0	152T	151
8½ BASF 74 o0	101,5	101,5
3¼ Bayer 84 m0	125,25	125,25
3¾ Bayer 84 o0	76	76
5 Conti 84 m0	126	125,5
5 Conti 84 o0	85	84,25
M 3½ Stumpf 78 m0	155G	155bG
M 3½ Stumpf o0	81G	92G

Währungsanleihen

	18. 2.	15. 2.
6¾ Kopenhagen 72	97,7G	97,7

Wandelanleihen

	18. 2.	15. 2.
H 8 Beiersdorf 82	209	207G
4 Deutsche Bank 84	136,1	136,5
6½ KSB 83	149	145
F 6 Pfaff 84	119	1185

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	18. 2.	15. 2.
D 8¼ Aeroport 82	geschlossen	101,50G
7¼ B N D 79		99,15bG
7¾ Bayer Cap. 82		101,90
8½ Cassa N.T. 70		100,50
7¼ CFE 77		99,25bG
6¾ CFE 78		96,50G
8½ Cons. Cred. 70		102G
6½ Cred. Nat. 79		98,10G
8¾ Dänemark 72		100,75G
9¼ Dänemark 74		102
7¼ Dänemark 77		100T
6 Dänemark 78		97
6½ Dänemark 79		97TG
7¾ Dänemark 80		101,75T
8¼ Dänemark 80		102,25
10 Dänemark 82		105,50G
10¾ Dänemark 82		110
7¾ Dänemark 83		100,50bG
8 Dänemark 83		100,75
7¾ Dänemark 84		100,10
7⅞ Dänemark 84		99,50bG
6¾ DenNorsk. 77		98,55bG
6 DenNorsk. 78		96,50G
8⅞ ENEL 82		103,50G
7¾ Fuji Int. 84		99,50G
10¾ GZ Wien 81		114,35G
7 H.-Bk. Dän. 73		99,25G
8½ H.-Bk. Dän. 80		102,50G
10½ H.-B. Dän. 81		111G
8½ H.-Bk. Dän. 83		103G
8 Imatran 72		100bG
7¾ ISCOR 71		100G
7 ISCOR 72		98,90
7 ISCOR 73		98,50G
8½ ISCOR 73		100,60bG
9 ISCOR 83		102,75
7¾ Island 77		100G
9¾ Island 82		105,50G
6¾ Light-S. 78		98,20
8½ Light-S. 80		100bB
7¾ Manitoba 83		100,75
6¾ Manit Hyd. 72		99,95
7 Metrop 73		100,35G
8 Nat West 73		101,50bG
11 Nat West. 81		115rG
9⅞ Nat. West. 82		109,50
7¼ Nipp Cred 83		97,50
7¼ Norges H 77		99,50G
6 Norges H. 77		96,10bG
8½ Norges K. 70		100,40G
7 Norges K 77		100
6 Norges K. 77 I		98bG
6 Norges K. 77 II		96,75bG
6 Norges K. 78		96,75G
6½ Norges K. 79		98,50bG
7¾ Norges K. 79		100,30
8¼ Norges K. 79		102,35
7¾ N. Scotia 71		100,25
7 N S. Pow 72		99,25
6¾ Occid Fin 78		97
7 Petrobras 78		96,25
8 Petrobras 79		98,50
6¼ Pyhrn Autob. 77		97,25bG
8½ Queensl. A. 70		100,40G
7 RENFE 79		99G
10 RENFE 82		110,75
8¼ RENFE 83		102,30
8¾ Stockh G 75		100,70G
7¾ Sumito F. 82		100,25G
7½ Sun Int. 73		100,50T
7¼ Svenska C 73		99,70
10¼ Svensk E. 81		108
9½ Svensk Ex. 82		104G
5½ Tauernaut. 78		91,75G
9¾ Tauernaut. 82		111,50G
6½ Tokyo El 79		99,90T
8 TVO-Kraftw. 78		97,50G

Wandelanleihen

	18. 2.	15. 2.
F 4¾ AKZO 89	89G	89G
F 5 Asics Corp 83	104G	104
F 3½ All Nippon 78	119	116,75
F 3½ Asahi Opt. 78	147G	152G
F 4¾ Canon Inc. 77	510G	515T
F 3½ Cas. Comp. 78	415G	415G
F 5¾ Daiei Inc. 80	133,5G	133,5G
F 3 Daiken Ind. 84	110	109,75
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	820G	810G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Laurnya Co 78	135T	136T
F 3½ Jusco Co 78	106T	106T
F 4 Kawashima Tex. 84	111,5G	111,5bG
F 6 Komatsu 76	155,5G	157G
F 6 Konishiroku Pho 81	152G	156G
F 6¾ dgl 82	142bG	144,75bG
F 3½ Kordauen 78	108,5G	108,5G
F 7½ Kraft Inc. 70	178	177G
F 3½ Marudai F 78	102,25	102,5
F 5¼ Minolta 77	219G	217,75G
F 4 dgl 79	168,5G	167G
F 6,75 Mitsub H 81	159bG	159,75
F 6 dgl 81	117,25	119
F 6 Nichii Co Ltd 80	144G	144G
F 3¼ Nippon Sh. 78	148T	146T
F 3½ Nissan Mot. 78	106	105,5
F 4 Nisshin Steel 78	193G	193G
F 7,37 Nkb Bosele 84	103,75	103,5G
F 3½ Olympus 78	355G	340G
F 3¾ Omron Tat 79	433G	485G
F 4¼ Orient Fin 79	348G	349G
F 3½ Ricoh Comp 76	218G	215G
F 6½ Rohm Int 72	121G	122
F 3½ Sanden Corp 78	125G	125,5G
F 6¼ Sekisui 76	142G	142G
F 3½ Stanley 76	151G	155G
F 6 Taiyo Yuden 82	158,5G	160bG
F 5 Texaco Int 6E	97,6G	99
F 3½ Tok Elec 78	522G	500G
F 4 Tokyu Land 79	107,5T	107,5
F 3½ Trio Kenw 78	155T	155T
F 6½ Uny Ltd 79	–	–

Anmerkungen: [illegible] Pf = Pfandbriefe, KO = Kommunalobligationen [illegible] B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart [illegible]

Ausländische Aktien in DM

	18. 2.	15. 2.
M Abbott Labor	158,5	159,2
F L'Air Liquide	200G	200G
D Akzo	–	92,8
F Alcan	100	102
F Alcoa	124,8	127,5
F Alg.Bk.Nedd.	347,5	349,5
F All Nippon Air	5,5T	5,36
F Allied Corp.	126G	125G
M ALPS El.	28,9	27,2
F Amax	60bG	59,4
F Am. Cyanamid	175,5	177G
F Ameritech	270	267
M AMR	128,1	127,4
D American Expr	–	138,5
D Am Motors	–	12,95
F Am T & T	69,5	69
F Amro Bank	66,5	66
F Anglo Am. Corp.	40,9	40,9
M Anglo Am Gold	27,7	27,5
F Arbed	84	83G
D Armco	–	38
F Asahi Chem.	8,8	8,9
M Atl. Richfield	155,1	161bB
H Atlas Copco	40,5G	40G
M Avon	74,9	75
D Baker Int	–	57,5
F Ball Canada	24,5	–
F Banco de Bilbao	28,6	28,6
F Banco Central	29	29,2
F Banco Hisp. Americ.	16	16
F Banco de Santander	24	24
F Banco de Vizcaya	38,3	38
F Barlow Rand	17,5	17,5bB
M Baxter Trav Lab.	47,1	47,5bG
D Beatrice Foods	–	98,5G
F Bell Atlantic	277	272
D Bell Canada	–	89,5T
F Bell South	120	120,5
D Bethlehem Steel	–	65,5
F Black & Decker	85G	85,3
F Boeing	211,5	212,5
M Bougainville Copper	4,9	4,85
F Bowater	8,3	8,2
D BP	–	20,1
M Broken Hill	25,8	25,7
F Bull	16,45	16,55
F Can Pacific	143,2	144,8
F Canon	17,95	18
F Casio Comp.	22,6	22,5
F Caterpillar	104,5	105,5
D Ch Manhattan	–	180
F Chrysler	107,5	108,8
M Citicorp.	147,5	151
F City Investing	129G	129G
F Coca-Cola	202	201,5
D Colgate	–	81
M Commodore Int	45,4	44,7
M Comp Satellite	102,4	104,8
F Cons. Gold F.	19,3	19,1
F Control Data	116	119,5
H Courtaulds	4,9G	4,8G
M CRA	13,2bG	13,35
M CSR	88	88
F Daiei	7,9G	7,8G
M Daiwa Sec	8,96	8,65
F Dart & Kraft	294G	294G
M De Beers Cons	15,8	16,1
F Deere Comp.	98	97
F Delta Air Lines	145	145
F Diam. Shamrock	62	61,5
M Digital Equipm	359,5	359,7
M Disney Prod.	255,5	261,4
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	8,2	7,95
D Dow Chemical	–	97
D Dresser	–	66
M Driefontein Cons.	82bB	81bG
D DuPont	–	174
H Dunlop	1,64	1,5
D Eastern Air Lines	–	16,6
F Eastman Kodak	226	226
F Eaton	188T	188T
F Elf Aquitaine	79	78,7
F Emhart	100G	102
D Ericsson	–	105T
D Exxon	–	155bGbG
M Fed. Nat. Mortg.	61,4	62,3
D Fiat St.	–	4,4
D dgl. Vz	–	3,7
F Fedders	–	–
D Fisons	–	10,2G
M Fluor	61	60,8
D Ford	–	148,5
F Fujitsu	17,5	17,5
F General Electric	208	207,9
F General Foods	208	192T
F General Mining	43	42
D General Motors	257	257
D Gen Shopping	–	136G
D Gevaert	–	153T
F Goodyear	52	53
H Grace	132	133
F Greyhound	32,5	33
D GKN	–	6,36
F Gulf Canada	–	42,1
D Halliburton	–	101,5
F HCA Hospital	150,5	151
M Hewlett Packard	118,6	120,3
D Highveld Steel	–	7,2T
D dgl. o D	–	7,2T
F Hitachi	11,2	11,3
M Holiday Inns	169,8	170,6
F Homestake	79	78,5
M Hongkong Land	4,2	3,65
M Hongk. & Shanghai Bank	2,7	3,65
D Hoogovens	–	52
D Hughes Tool	–	50
M Hutchison Whampoa	45,3	44
F IBM	433,1	432
F ICI	31,1	31,9
M Impala Plat Hold	41,6	41,4
M Imperial Oil	115,7	115,4
M Intern Harvester	23,5	23,4
F Inco	43,6	43,5
F Int T & T	138	139,5
D Istituto Fin. Ind.	–	12,5T
F Italcementi	130,5G	130G
F Itoham	11G	11G
F Japan Line	1,23	1,3
M Jardine Math Hold	4,3	3,75bG
D Jusco	–	5,5bG
F Kawasaki Kisen	1,5T	1,5T
F Kawasaki Steel	1,8	1,75T
M Kloof Gold Min	122,7	115,9
F Komatsu	5,45	5,6
D KLM	–	47,6
F Konishiroku Photo	8,6T	8,6T
F Kubota	3,9G	3,9G
D Lafarge	–	120T
D Litton Ind	–	229,5
F Lone Star	79,5	78,5
D LTV	–	41,1
M M I M Hold	6,8	5,6
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	–	3,6G
F Marudai Food	7,15	7G
D Matsushita El	–	30
M McDonald's	230	232
M Merrill Lynch	113,5	114,2bB
F McDonnell D	255	260,2
M Medtronic	100,5	107
M Minerals & Res	27,3	27,1
D Minnesota M.	–	270,5bG
D Minolta Camera	–	77
F Mitsubishi Chem	5,65	5,75
F Mitsubishi El	4,95	4,55
F Mitsui Bk	12	12T
F Mitsui & Co	4,3G	4,3G
F Mitsui Engin	1,95T	2T
F Mitsui O S K	2G	2G
F Mitsumi El	15,1T	14,4
H Mobil Corp	91	90,1
F Monsanto	148	149
F Montedison	2,58	2,54
F Murata	40,7	35,7
M Nat Semicond	42	42,5G
M NCR	95,9	97,8
D Nat Westminster	–	23,3T
F NEC Corp	15,2	15,75
F Nestle	73,80	74,40
D Nikko Sec.	–	7,7T
F Nippon Kokan	1,6T	1,6
F Nippon Shinpan	7G	7G
M Nippon Steel	2,8G	2,85bG
F Nippon Yusen	7,4	2,8G
F Nissan Motor	2,1T	7,4
F Nisshin Steel	3,1G	2,15T
F Nissho - Iwai	3,1G	3,1G
D NL Industries	–	32,9
M Nomura Sec	12,75G	11,95
F Norsk Hydro	38,5	39,5
F Novo Ind.	500	520
F Nynex	250,5	258
H Occ Petroleum	92	93,5
F Océ v. d. Grinten	250G	250G
F Olivetti St.	11,05	11,05
F Olivetti Vz	9,75	9,6bG
F Olympus Optical	16,5	16,2G
H v. Ommeren	24	25T
F Omron Tateisi	25,9	25,8T
F Pacific Telesis	246	236
F Pakhoed	59,8	59
F PanAm	14,7	14
D Parker Drilling	–	23,5
F Parker Hannifin	–	–
F Peko Wallsend	11,2	11,2
M Pepsi	[illegible]	[illegible]
F Pernod Ricard	225	[illegible]
F Peugeot	51,5	[illegible]
F Philip Morris	[illegible]	[illegible]
M Phibro Salomon	[illegible]	[illegible]
H Philips	[illegible]	[illegible]
M Pioneer El	[illegible]	[illegible]
F Pirelli	3,9	[illegible]
M Polaroid	[illegible]	[illegible]
M Prime Computer	[illegible]	[illegible]
F Procter & G	[illegible]	[illegible]
D Ramada Inns	–	[illegible]
M Ranger Oil	26,8	[illegible]
F Reuter	[illegible]	[illegible]
F Ricoh	11,65	11,5
F Rio Tinto NA-St	24,2	24,2
F Rio Tinto Kum	[illegible]	[illegible]
H Robeco	65,8	65
F Rockwell	[illegible]	[illegible]
H Rolinco	60,4	59,5
F Rorento	39,9	[illegible]
F Rothmans Int	6,7bG	6,7G
D Rowan Cos	–	[illegible]
H Royal Dutch	175,5	[illegible]
M Rustenburg Plat. Hold	27,65	[illegible]
F Sankio Steamship	[illegible]	[illegible]
F Sanden Corp	7,25	7,25
M Santos	13,55	13,55
F Sanyo Elec	5,95	[illegible]
F Sanwa Bk	15,55	15
M SASOL	9,6	9,65
F Schering Plough	–	[illegible]
F Schlumberger	134	[illegible]
F Schw. Alum	[illegible]	[illegible]
F Schw. Bankverein PS	[illegible]	[illegible]
F Schw. Bankverein OR	–	–
M Sears, Roebuck	115,2	114,5
F Seiyu Stores	[illegible]	[illegible]
F Sekisui House	6,5	6,55T
F Selected Risk	[illegible]	[illegible]
F Shell Canada	[illegible]	[illegible]
H Shell T & T	[illegible]	[illegible]
D Singer	–	[illegible]
F Snia Bpd	4,75	4,75
D Sony	–	[illegible]
D Sony Corp	–	[illegible]
F Southwestern Bell	245	[illegible]
D Sperry Corp	–	155
F Squibb	166G	163G
F Standard Oil	145,5	145
F Stanley Elec	[illegible]	10,9G
F Steyr-Daimler-P	[illegible]	[illegible]
F Sumitomo	[illegible]	[illegible]
F Sumitomo Realty	[illegible]	[illegible]
D Sumitomo Metal	–	[illegible]
D Sun	–	[illegible]
M Sunshine Mining	[illegible]	[illegible]
F Swissair	[illegible]	[illegible]
F Taisei	[illegible]	[illegible]
M Tandy	[illegible]	[illegible]
F Taiyo Yuden	151	151
F Tenneco	[illegible]	[illegible]
D Texaco	–	117
F Texas Instruments	[illegible]	326
D Thomson-CSF	–	161T
D Thorn Emi	–	[illegible]
F Tokyo El	[illegible]	[illegible]
D Tokyo Pac	–	[illegible]
F Tokyo Sanyo El	[illegible]	9,7T
D Toray	–	[illegible]
D Toshiba	–	[illegible]
M Toyota Motor	17	[illegible]
D Trans World Airlines	–	40
F TRIO Kenwood	10,2	10,45
F TRW	261G	251G
F Tsumura Juntendo	190	190
D UAL	–	151
H Unilever	257	257,5
F Union Carbide	128,1	128
D Uniroyal	–	52G
F United Techn	144,3	144,5
F US Steel	91,5	91,5
F US West	240,2	241,5
M Vaal Reefs Expl	[illegible]	[illegible]
D VMF-Stork	–	135T
D Volvo A	–	–
D dgl. Nam B	–	–
M Wang Labor	89	88
F Warner Commun	80	79
F Warner Lambert	122	122,5
F Wells Fargo	169	173,5
M Western Deep L	122	119
M Western Mining	8,45	8,75
M Westinghouse El	104,7	105,3
F Westl. Utrecht H	92	92,1
M Weyerhaeuser	104,7	105,6
M Wheelock Marden	–	[illegible]
D Xerox Corp	–	147

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, konnte sich Kakao leicht befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

	15. 2.	14. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	346,75	346,00
Mai	339,00	338,50
Juli	332,25	332,00
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	255,66	256,21
Amber Durum	241,94	241,94
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	130,60	130,10
Mai	135,00	134,40
Juli	138,50	138,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	135,60	135,70
Mai	133,70	133,70
Juli	131,80	132,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	175,50	174,50
Mai	171,25	170,25
Juli	165,50	164,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	268,75	269,00
Mai	277,50	276,50
Juli	280,75	280,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	136,50	136,80
Mai	136,50	136,30
Juli	134,50	135,00

Genußmittel

	15. 2.	14. 2.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	144,20	144,20
Mai	143,40	143,28
Juli	142,25	142,10
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2113	2100
Mai	2149	2142
Juli	2142	2135
Umsatz	4351	6747
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,13	3,85
Mai	4,43	4,16
Juli	4,77	4,49
Sept.	5,04	4,80
Okt.	5,20	4,97
Umsatz	14 450	–
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,64	3,47
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt März	2330	2355–2357
Mai	2368–2369	2387
Juli	2401–2404	2424–2425
Umsatz	2 218	46 797
Kakao London (£/t) Terminkontrakt März	2115–2118	2150–2151
Mai	2134–2135	2168–2168
Juli	2116–2120	2148–2148
Umsatz	4547	3660
Zucker London ($/t), Nr. 6 März	116,60–116,80	109,80–110,20
Mai	124,00–124,20	117,40–117,60
Aug	132,00–132,60	126,00–126,40
Umsatz	2884	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	490,00	485,00
weißer Sarawak	705,00	700,00
weißer Muntok	715,00	710,00
Orangensaft New York (c/lb)		
März	165,20	167,15
Mai	167,95	169,85
Juni	169,35	171,50
Sept.	168,25	169,80
Nov.	167,00	168,40
Umsatz	800	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	15. 2.	14. 2.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	40,00	39,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	29,25
Sojaöl Chicago (c/lb) März	28,00	27,12
Mai	26,98	26,42
Juli	26,25	25,80
Aug.	25,80	25,25
Sept.	25,30	24,85
Okt.	24,75	24,25
Dez.	24,25	23,70
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,00	28,75
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	24,50	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00
Talg New York (c/lb) top white	20,50	20,25
fancy	20,25	20,00
bleichfähig	18,75	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50
Schweine Chicago (c/lb) Febr.	51,35	51,65
April	47,55	47,70
Juni	52,92	53,15
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	71,07	70,65
März	70,65	70,05
Mai	71,10	70,90
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	41,00	41,00
Kühe einh. schwere River Northern	38,00	36,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) März	581,50	573,00
Mai	594,00	586,00
Juli	604,00	596,00
Aug.	607,00	599,00
Sept.	604,00	597,00
Nov.	608,50	601,00
Jan.	620,50	613,50
Sojaschrot Chicago ($/sht) März	133,90	132,40
Mai	139,70	138,30
Juli	145,40	144,30
Aug.	148,30	147,20
Sept.	150,50	149,50
Okt.	153,50	152,00
Dez.	149,00	157,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t) März	358,50	355,30
Mai	366,10	363,10
Juli	370,80	368,20
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	37,00	37,00

	18. 2.	15. 2.
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	870,00	870,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	600,00	595,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	615,00	600,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	250,00	242,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	820,00	805,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	302,00	297,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15. 2.	14. 2.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: März	64,17	64,30
Mai	65,47	65,45
Juli	66,35	66,40
Okt	66,45	66,70
Dez	66,61	66,80
März	67,70	67,95
Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis loco RSS-1	unerh.	42,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: März	513-514	514-517
Mai	524-525	526-527
Aug	542-545	545-546
Umsatz	37	56
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: März	53,60	53,60
Mai	53,60	53,60
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype März	582,00-585,00	581,00-585,50
Mai	591,00-593,50	597,50-600,00
Juli	602,00-605,00	–
Umsatz	20	101
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager Febr.	12 100	12 101
März	12 195	12 186
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	65,00-70,00	64,75-70,25
März	63,00-69,00	63,00-69,00
Apr	64,00-70,00	64,00-70,00
Mai	65,00-71,00	65,00-71,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) März	188,00-189,00	189,00-190,00
April	195,50-195,75	196,50-197,50
Nr. 2 RSS März	182,50-183,50	183,00-184,00
Nr. 3 RSS März	179,00-180,00	179,50-180,50
Nr. 4 RSS Febr.	172,00-173,00	172,50-173,50
Tendenz: sehr ruhig		
Jute London (£/lgt) BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18. 2.	15. 2.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	geschl.	360,3-360,66
drittfolg. Monat	372,94-373,30	375,99-376,17
Blei: Basis London laufend. Monat	geschl.	121,54-121,63
drittfolg. Monat	124,79-124,98	125,21-125,39
Nickel: Basis London laufend. Monat	geschl.	1645,27-1647,07
drittfolg. Monat	1652,49-1653,57	1664,08-1665,87
Zink: Basis London laufend Monat	geschl.	281,74-282,10
drittfolg. Monat	279,75-279,93	279,38-379,56
Produz.-Preis	294,21	295,77
Reinzinn 99,9%	4165-4207	4150-4191

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	18. 2.	15. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	geschl.	471,80-474,97
Blei in Kabeln	geschl.	129,25-130,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 2.	15. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	434-442	434-443
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	472-474	472-474
MS 63	473-479	474-479

Zinn-Preis Penang

	15. 2.	14. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)

	18. 2.	15. 2.
Leg. 225	405–415	405–415
Leg. 226	407-417	407-417
Leg. 231	440-447	440-447
Leg. 233	450-457	450-457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	18. 2.	15. 2.
Platin (DM je g)	32,108	31,55
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 590	32 590
Rücknahmepr.	31 840	31 840
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 770	32 590
Rücknahmepr.	31 960	31 880
verarbeitet	34 380B	34 290
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 140	32 070
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	678,30	680,80
Rücknahmepr.	658,50	661,00
verarbeitet	708,108	710,70

Internationale Edelmetalle

	18. 2.	15. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	304,95	304,90
15.00	304,5	304,0
Zürich mittags	304,50-305,00	304,40-304,90
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	97 950	97 450
Silber (p/Feinunze) London Kasse	569,20	573,00
3 Monate	587,40	591,00
6 Monate	604,90	607,30
12 Monate	637,60	640,30

	15. 2.	14. 2.
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	251,75	251,95
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	117,35	118,15

New Yorker Preise

	15. 2.	14. 2.
Gold H & H Ankauf	304,00	304,15
Silber H & H Ankauf	626,50	632,50
Platin fr. Händlerpr.	275,00-284,00	274,00-285,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	129,00-130,00	129,50-129,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Febr.	629,00	623,60
März	630,50	625,50
Mai	634,90	629,60
Juli	639,50	634,30
Sept.	649,00	644,10
Dez	659,80	654,40
Jan	677,00	671,30
Umsatz	21 000	24 000

New Yorker Metallbörse

	15. 2.	14. 2.
Kupfer (c/lb) Febr.	61,70	62,10
März	61,50	62,30
April	62,35	62,75
Mai	62,60	63,15
Juli	63,35	63,65
Sept.	63,85	64,15
Dez	64,70	64,90
Umsatz	–	14 000

Londoner Metallbörse

	18. 2.	15. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	1010,5-1011,0	1002,5-1003,5
3 Monate	1046,0-1046,5	1037,5-1038,5
Blei (£/t) Kasse	339,00-339,50	335,00-335,00
3 Monate	345,50-346,00	343,50-343,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1251,5-1282,5	1286,0-1286,5
3 Monate	1303,0-1304,0	1309,0-1309,5
abends Kasse	–	1278,0-1279,0
3 Monate	–	1302,0-1302,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1290,0-1292,0	1274,0-1277,0
3 Monate	1297,0-1300,0	1297,0-1299,0
Zink (£/t) Kasse	738,00-739,00	750,00-781,00
3 Monate	773,50-779,00	775,00-776,00
Zinn (£/t) Kasse	10 029-10 030	10 010-10 020
3 Monate	10 025-10 030	10 025-10 030
Quecksilber ($/Fl.)	–	295-305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	72-77

Die Frühgeschichte der Eisenbahn in Deutschland

Einzug einer Epoche

Die große ZDF-Serie vom Entstehen der Eisenbahn in Deutschland beginnt nicht mit einer Testfahrt von 1835 oder der Vorstellung des „Adlers", der ersten Lokomotive auf deutschem Boden. Sie beginnt bei den Menschen, ihrer Not, ihrer Ausweglosigkeit. Die Eisenbahn tritt in ihr Leben wie ein neues Schicksal, wie der Beginn einer neuen Welt. Damit deutet die episch konzipierte Fernseherzählung an, daß es verborgene Zusammenhänge gibt zwischen neuen historischen Entwicklungsschritten und dem sozialen Kontext, epochale Ereignisse, die unterschwellig, aber auch unvermeidlich heranreifen.

War – zum Beispiel – nicht erst knapp zwei Jahre vorher der Deutsche Zollverein entstanden, der viele

Der eiserne Weg (1) – ZDF, 19.30 Uhr

Grenzen zwischen den deutschen Staaten aufhob? War nicht erst damit die weitausholende Kommunikation, wie sie die Schienenbahn ermöglichte, überhaupt sinnvoll? Die Erfindung der Lokomotive und des „eisernen Wegs" konnte kommen.

So werden denn die Zuschauer den getreuen Nachbau des „Adlers" betrachten, aber was ihnen da über den Schirm faucht, ist kein fauchender „Adler", kein Wasserkessel mit Dampfventilen, kein echter Schlot, aus dem der Rauch quillt, keine richtigen Pleuelstangen, die den Rädern den Speed verleihen. Es wird sein, was so oft im Fernsehen ist: Die Darstellung der Wirklichkeit ist nicht immer mit ihrer Rekonstruktion möglich.

Hier wird die Wirklichkeit anders hergestellt: Im Innern des Lokomotiv-Tenders ist ein Automotor, ein Fahrer steuert ihn, wobei er durch einen Sehschlitz den Fahrweg beobachtet. Die Herren auf der Lok sind Schauspieler, also Attrappen. Aber nur so ist es möglich, die Wahrheit jener Tage vor 150 Jahren in ein lebendiges Bild zu fassen. Ich erzähle das, weil es aufschlußreich ist für den Hintergrund der Geschichte, die ja Historie nicht nachstellen will, sondern vorführen, wie sie verlaufen sein könnte.

Da ist nicht die echte „Adler"-Lok wichtig, sondern eine, die sich so bewegt, wie der Ur-„Adler" sich möglicherweise bewegt hat. Denn die Geschichte, die das ZDF erzählt, wurde ersonnen. Die Menschen sagen, was sie damals gesagt haben könnten, sie weinen, wie sie damals in ihrer Not geweint haben mögen, sie schuften in der verzweifelten Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wie sie sie damals sich zu erstreiten gehofft hatten.

Die Geschichte der Eisenbahn ist eine Geschichte der Menschen, die sie bauten. Heinz Ungureit, der Verantwortliche für diese Story im Sender, sagt: „Geschichte von unten durch Geschichten der einzelnen Mittuer, ohne die nichts so geworden wäre, wie wir es kennen. Die meisten von uns finden sich eher in ihnen und ihren Erzählungen wieder als in den Bildern der Großen." Die Reihe dieser Versuche ist nicht groß, aber die Beispiele haben Bestand: „Heimat", „Alpensaga", „Lebenslinien", „Die Geschwister Oppermann" und jüngst erst „Der Prozeß".

Bei aller Liebe zur Eisenbahn, die sich in vielen Bildern der Serie offenbart, vermeiden die Macher den falschen Ton der Nostalgie, den Schein der vermeintlichen schönen alten Zeit. Sie zeigen mit aller Härte, wie



Der „Adler", die erste deutsche Lokomotive FOTO: DIE WELT

sich das Bauwerk Eisenbahn, das sich im Lande entwickelte, durch die Berge fraß, über die Flüsse ging und nicht das Produkt einer Laune oder der enthusiastisch vollführten Spatenstiche war, sondern in hartem Gegeneinander, aus der Not und vielleicht der Notwendigkeit entstand. Hinter dem fröhlichen Tuten der putzigen Lokomotive sind Blut, Schweiß und Tränen zu erahnen.

Wolfgang Staudte hatte die Arbeit an dem Filmwerk Anfang 1984 aufgenommen. Er starb während der ersten Dreh-Wochen. Auch das gehört zum Pionier-Thema dieser Produktion.

VALENTIN POLCUCH

„Der Eiserne Weg" wird ausgestrahlt am: 19. 2., 21. 2., 24. 2., 26. 2. 3. 3.: jeweils um 19.30 Uhr.

STUDIO

Die Medien – vierte und höchste Gewalt in der Demokratie? Kolosseum unterhaltsamer Menschenjagd? Oder Sandkasten selbstgenügsamer Spielchen für die „Sittenrichter der Nation"? Wirkung und Wirkungslosigkeit von Presse, Funk und Fernsehen beschreiben, analysieren und kritisieren sieben prominente Publizisten in einem Bändchen des informedia Verlages mit dem Titel **Harmonie verblödet!?** Die Einschätzungen der Medien-Macht reichen vom allmächtigen „Großen Bruder" (Gerd Bacher, Generalintendant des Österreichischen Rundfunks) bis hin zur hungrigen Bestie, die man gezielt zu füttern verstehen müsse (so Alexander Haig). Es ist in der Tat erstaunlich, daß Ronald Reagan zweimal gegen den Willen der amerikanischen Presse in sein Amt gewählt worden ist, wie die New Yorker FAZ-Korrespondentin Sabina Lietzmann belegt. Und er ist nicht der einzige diesbezügliche Fall in der Reihe der amerikanischen Präsidenten.

Irritierend andererseits die Beispiele bewußter Irreführung in den Medien, wie sie durch Verschweigen entscheidender Fakten entsteht. „Capital"-Chefredakteur Ludolf Herrmann und der Herausgeber des Informationsdienstes „Medien–Kritik", Peter Sweerts-Sporck, haben das am Umweltschutz-Bereich dokumentiert. Während Herrmann den Finger vor allem auf die finanziellen Motive solch manipulativen Geschäfts legt, analysiert Sweerts-Sporck die Beweggründe journalistischer „Gesinnungstäter".

Gerd Bacher bricht eine Lanze für sachorientierte Berichterstattung und beklagt die Tendenz der Drahtzieher vor allem in Rundfunk und Fernsehen zur „publizistischen Peep-Show". Den Akzent leicht verschoben, plädiert auch der aus dem Journalismus kommende Direktor des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, Burghard Freudenfeld, für größtmögliche Objektivität: jeder Journalist solle den eigenen Standpunkt offenlegen. (Die praktische Verwirklichung dieses Vorschlags dürfte allerdings auf Grenzen stoßen.)

An die Verantwortung des Journalisten auch für die Auswirkungen seiner Tätigkeit, nicht bloß an seine Gesinnung, appelliert schließlich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner. Bedenkenswerte Beiträge zu einem facettenreichen Problem.

SUSANNE PLÜCK

KRITIK

Wiederholungen, die nicht gelingen können

Remakes sind selten besser als das Original, besonders wenn es sich bei dem Original um einen Klassiker handelt, wie Clouzots „Lohn der Angst" von 1952 einer gewesen ist. William Friedkins amerikanische Neuverfilmung von 1976 unter dem Titel **„Atemlos vor Angst"** (ZDF) war um Authentizität und Realismus bemüht, und das ist das beste, was sich von ihr sagen läßt. Die Rekonstruktion eines gottverlassenen südamerikanischen Urwaldnestes reichte halbwegs an das Original heran.

In allen anderen Dingen behielt Clouzot mit Abstand die Nase vorn. Schon die bilderbuchbunten Landschaftsaufnahmen aus dem Hubschrauber in dem Friedkinfilm wirkten deplaziert, dem Ernst der Situation unangemessen. Roy Scheider als Hauptdarsteller konnte dem jungen Ives Montand von 1952 nicht das Wasser reichen, die einzelnen Spannungsmomente waren bei Clouzot unvergleichlich genauer herausgearbeitet als bei Friedkin, bis hin zu jener dramatischen, unvergeßlichen Szene im Ölschlamm, da Viktor psychisch total zusammenbricht und sein Schicksal endgültig besiegelt wird.

„Lohn der Angst" war seinerzeit ein Hauptdokument des grassierenden Existentialismus. Der seelische Striptease der Peter van Eyck, Ugo Tognazzi oder Charles Vanel angesichts der „Grenzsituation" – so etwas kann man eben nur einmal spielen, es ist zeitgebunden und läßt sich auch beim besten Willen nicht wiederholen.

ANDREAS WILD

ARD

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 In der Hölle ist der Teufel los
11.45 Umschau
12.10 Larven, Gscheli und Narrensprung
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
Um eine Berliner U-Bahn-Fahrerin, die mit Schichtarbeit und ihren Mutterpflichten einer Doppelbelastung ausgesetzt ist, um die Freuden und Probleme bei der Adoption von Kindern aus der Dritten Welt und um teure Kochkurse, die im Schnellverfahren in exclusiven Hotels und Restaurants abgehalten werden, geht es in der neuen Ausgabe des Frauenmagazins.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Werner und Zini
Ein kunterbuntes Sammelsurium knallbunter Geschichten. Da gibt's einen Puppen- und einen Zeichentrickfilm, eine Bildergeschichte über den einsamen „Mr. Jones", der etwas Seltsames träumt, und eine Rückwärtsgeschichte, die von Wissenschaftlern erzählt, die sich etwas ausgedacht haben, damit alle Menschen satt werden können.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sonne entgegen
Letzter Teil
Des Meeres und der Diebe Wellen Meckefeld und Gisela genießen die Reise nach Zadar, wo sie einen neuen Kühlschrank besorgen sollen, wie ihre zweiten Flitterwochen. Doch während sie vor Anker gehen und in einem Restaurant speisen, wird das Schiff samt Ladung gestohlen und die Reise *nimmt turbulente Formen an . . .*
21.00 Panorama
Themen: Scientology Church – Porträt einer Sekte
Noch mehr Blei von Sonnenschein
Der Fall Jeenat Uman
Ein Erfinder kämpft mit dem TÜV
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Pas de deux mit dem Tod
Auf Hawai gastiert die berühmte Giroux Ballett Company. Star der Truppe ist Primaballerina Kendall Chase. Ausgerechnet sie schwebt in Gefahr! Sowjetische Agenten sind hinter ihr her, um eine Information zu erpressen. Aber Thomas Magnon, der smarte Privatdedektiv, spielt für die vielbewunderte Tänzerin den Leibwächter.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Vorgesehen sind folgende Beiträge: Kulturszene Teheran – Kunstimpressionen aus der iranischen Hauptstadt / Der Trümmermaler von Beirut – Seit zwanzig Jahren lehrt der Architektur-Professor und Maler Martin Giesen an der amerikanischen Universität der libanesischen Hauptstadt / Yasushi Inoue – der 77jährige ist einer der Großen der modernen japanischen Literatur
23.45 Tagesschau



16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Zwei Ereignisse sind im Internat Gesprächsthemen der Woche: Die Ankunft des neuen Direktors, Dr. Wiesner, der sich fest vorgenommen hat, frischen Wind in den Schulbetrieb zu bringen. Und dann die Wahl der Klassensprecher: Benni und Irmgard haben erfolgreich kandidiert. Ihre Mitschüler und die beliebte Lehrerin Dr. Sollinger gratulieren herzlich.
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Der eiserne Weg
Die abenteuerliche Geschichte des Veit Kolb in fünf Teilen
1. Teil: Anna geht auf Amerika
Da der Knecht Veit Kolb nicht über genügend Geld verfügt, um in sein Traumland Amerika auszuwandern, versucht er, sich die Reisekosten durch Rodungsarbeiten für den Eisenbahnbau zu verschaffen.
20.30 Locker vom Hocker
Kleine Geschichten mit Walter Giller
Mein Gott, Walther! Was der nur wieder erzählt! Da tauchen Freddy Quinn als „Regenmacher" und Chris Howland als „Geldautomatenknacker" auf. Beim Spaziergang gerät „Ehrenmann" Giller in eine heikle Situation, im Auto *bringt ihn eine Anhalterin aus der* Fassung. Und mit Ehefrau Nadja Tiller ist auch nicht gut Kirschen essen.
21.00 WISO nicht?
Heiteres aus dem Wirtschaftsleben
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Wer den Schaden hat . . .
Erster Teil des zweiteiligen Fernsehfilms von Dieter Wedel
Mit Hannelore Elsner u. a.
Als das junge Ehepaar Kußmann aus seinem Spanienurlaub zurückkehrt, erwartet die beiden eine böse Überraschung. Ihre Wohnung ist ausgeraubt. Zuerst wollen sie ihrer Versicherung ehrliche Angaben über den Wert des Gestohlenen machen, doch Freunde belehren sie, die Angaben wesentlich zu erhöhen. Aber damit begeben sie sich in die Mühlen eines mächtigen Versicherungskonzerns . . .
23.35 Filmforum
Sternenkrieg, Computersterne: Special Effects
1977 wurde in New York der „Krieg der Sterne" von George Likas uraufgeführt. Computergesteuerte Trickaufnahmen sind seitdem ein Muß für Science-Fiction-Filme.
0.25 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins
ARD-Hitparade
Ingolf Lück präsentiert
Ray Parker jr.
(„I've been diggin you")
und andere
21.00 Alles unter einer Kappe
Karneval – mal rheinisch – mal westfälisch
Aufzeichnungen von karnevalistischen Veranstaltungen in Düsseldorf, Bonn und Münster
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Videomacher (7)
19.00 Schach für jedermann
19.15 Beat-Club
George Benson
20.00 Tagesschau
20.15 Der Spion (2)
22.00 Frauenberufe
22.45 Offerte
Gastspiele der San Francisco Mime Troupe
23.00 Per Anhalter durch die Galaxis (1)
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Wovon wir leben (2)
Von der Kunst des Metzgers
19.05 Formel Eins
20.00 Wenn du bloß kein Engel wärst
Lustspiel von Inge Lorbeer
21.30 Drei aktuell
21.45 Schäuffele blickt durch
Satirisches mit Helmut Ruge
22.30 Ein Moralist des Kinos
Der Regisseur Krzysztof Zanussi und seine Filme
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Prinz Carneval in der Kaiserzeit
Nur für das Saarland:
20.15 Nix wie druff
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Vorwiegend heiter
Amerikan. Filmmusical (1955)
22.55 Science Report
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.15 Einer aus der Südkurve
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (2)
Der Tunnel des Schreckens
19.20 Ich sing' mich in dein Herz hinein
Amerikanischer Spielfilm (1946)
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der Barbier von Sevilla
Komische Oper in zwei Akten
Musik von Gioacchino Rossini
0.10 Rundschau



13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
Am Eulensee
Eines Tages stürzt ein einmotoriges Flugzeug in den Eulensee in der Nähe von Indian River. Nur mit größter Mühe kann George Keeley, der Leiter der Rangerstation, den Piloten retten.
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Der letzte Schuß
Trampas hilft bei der Errichtung eines Lagers für polnische Minenarbeiter. Der Farmer Jack Henderson verliebt sich in das Polenmädchen Polcia und wird bei einer Schlägerei vom eifersüchtigen Jan getötet.
18.00 Hoppla Lucy
Der Bankfachmann
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Der Wilderer vom Silberwald
Deutscher Spielfilm (1957)
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Einmal Venus – hin und zurück
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Phase Vier
Englischer Spielfilm (1973)
Mit Nigel Davenport, Michael Murphy, Lynne Frederick
Regie: Saul Bass
Zwei Wissenschaftler wollen ein rätselhaftes Ameisenvolk in Arizona erforschen, doch ihre Arbeit wird mehr und mehr zu einem Kampf ums Überleben.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
An der Heimatfront
Kriegssommer 41 in Deutschland
Bericht von Werner Hildenbrand
20.30 Familie Merian
8. „Frau Dommelmaier hat sich nicht gekümmert"
Frau Merian bewährt sich an ihrem *Arbeitsplatz als Spanischkorres*pondentin, allerdings kommt ihr die Firma mit ihren rätselhaften Transaktionen „spanisch" vor.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 30 Jahre und kein bißchen lei-leise
Villacher Fasching
Ein Wiedersehen mit den Glanznummern. Neben Ausschnitten aus den Fernsehübertragungen Informationen, Anekdotisches und Dokumentarisches über die Geschichte und Ursprünge des Villacher Faschings, der in diesem Jahr seinen 30. Geburtstag feiern kann.
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Dombrowski sei's geklagt

euch – Wenn einer von den Polen nichts weiß, das eine weiß er gewiß: Ihre Nationalhymne heißt „Noch ist Polen nicht verloren". Diese These hat auch in unseren Zitatenschatz Eingang gefunden. Der Text dieses Liedes stammt von dem polnischen Poeten Jozef Wybicki, der ihn 1797 als Antwort auf die nationale Katastrophe Polens geschrieben hatte. Die sogenannte Polnische Legion, eine Hilfstruppe Napoleons unter dem General Henryk Dombrowski, griff das Lied auf und sang es als Ausdruck patriotischer Hoffnung. Deshalb wird das Mazurka-ähnliche Lied, das das wiedererstandene Polen nach dem Ersten Weltkrieg als Nationalhymne übernahm, auch Dombrowski-Marsch genannt.

Das alles muß man nicht wissen. Indes sind Kenntnisse davon empfehlenswert, wenn einer darüber im Fernsehen, sagen wir mal: im ZDF, referiert. Da ist zum Beispiel der Norbert Brieger dahergekommen, er hat in Jugoslawien herausgefunden, daß es dort keine offizielle Nationalhymne gibt. Statt dessen werde dort, so Brieger, „die alte slawische Revolutionshymne" gesungen, deren Melodie wie die der polnischen Nationalhymne sei. Der geneigte Zuhörer stutzt. Sollten die Polen einst vor fast zwei Jahrhunderten den munteren Mazurka-Takt ihres Legionenliedes einer alten slawischen Revolutionshymne entlehnt haben? Was für eine alte slawische Revolutionshymne war es?

Dabei wäre es so einfach zu sagen gewesen: Die Jugoslawen haben keine offizielle Staatshymne. Als Ersatz wird dort die etwas abgewandelte Melodie der polnischen Hymne „Noch ist Polen nicht verloren" mit einem Text über die slawische Freiheitsliebe verwendet. Punkt.

Das geht nicht nur die Polen an. Das geht auch uns an: Der polnische Nationalheld Dombrowski stammte schließlich von einer deutschen Mutter: Sophie von Lettow-Vorbeck hieß sie als Mädchen.

S. Matthus in Dresden: Rilkes „Cornet" als Oper

Glück auf kalten Fliesen

Eine „Opernvision" hat Siegfried Matthus seinen auf den ersten Blick beinahe tollkühnen Versuch genannt, Rilkes vielgeliebten (und vielbelächelten) „Cornet" auf die Musikbühne zu bringen, dieses Prosagedicht einer schlaflosen Nacht, das später durch seinen überbordenden Erfolg den Dichter mitunter ein bißchen erröten machte, ganz gewiß aber nicht seinen Verleger.

Zwei Kriegsgenerationen ging „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" ins Blut wie eine lyrische Droge. Empfindsamere Gemüter trugen den „Cornet" denn auch nicht (wie Matthus vermutet) im Tornister, sondern im Herzen. Sie kannten ihn auswendig, Wort für Wort, und diese alten süßen Worte glühen nun, von Matthus delikat auskomponiert, auf neue beunruhigende Weise.

Mit Rilke-Nostalgie hat Matthus' Vision nichts im Sinn. Sein anderthalbstündiges, pausenlos zu spielendes Stück, in Dresdens neueröffneter Semperoper unter großem Beifall uraufgeführt, geht die Vorlage aber auch nicht lieblos, eher mit schärferen musikalischen Reizmitteln an. Davon spricht auf Anhieb die ausgepichte Besetzung.

Matthus hat sein Stück für ein comboähnliches Kammerinstrumentarium geschrieben: Vier dramatisch scharf akzentuierende Flöten, ein höchst virtuoses Horn (Peter Damm führt es in den raffiniertesten Klangschattierungen vor), Harfen, Pauken, Schlagzeug und elektrische Baßgitarre. Die Handvoll Instrumentalisten umsteht nun allerdings im Orchestergraben ein achtzigköpfiger gemischter Chor und macht deutlich, daß Matthus' „Opernvision" im Grunde doch wohl eher einer Kantate gleicht, die sich der Riesenbühne bemächtigt hat, die nach heimischen Novitäten verlangte.

Matthus hat für den Beginn des „Cornet" ein weitgehend unbekanntes Gedicht Rilkes entdeckt, wie es für die Uraufführung in Dresden nicht signifikanter hätte gereimt werden können. „In solchen Nächten war einmal Feuer in der Oper", hebt es an, und Matthus hat es wie einen Prolog des Gedenkens einem A-cappella-Chor in den Mund gelegt. Diese Intrada weitet sich schnell zum mächtigen Aufschrei eines „Dies irae", das am Schluß des Einakters abermals auftönt. Matthus steckt deutlich den Rahmen ab, in dem sein „Cornet" gesehen sein will: als Kriegsstück wider den Krieg, doch dies ohne alle plakativen Effekte. Effekte, selbst wenn Spork, dem Befehlshaber, ein kräftiges Rataplan hinterhertrommelt.

So musikalisch viril geht es allerdings nur sporadisch zu. Matthus „Cornet" ist eine Kantate für Frauenstimmen – und dies schon deshalb, weil sich den Sängerinnen der Hauptpartien (auch Christoph Rilke singt bei Matthus Sopran) je eine „Gedankenstimme" hinzugesellt. Wenn also die Gräfin den jungen Mann zur Liebesprobe in den adligen Arm nimmt, tauchen hinter dem Rilkeschen Paar unversehens die Frau Feldmarschall und ihr Rosenkavalier auf, nur daß sie nun, statt zu duettieren, Quartett singen.

Schwer fällt es in Augenblicken wie diesen zu differenzieren, welche Frau welcher Mann ist, überdies ob aus Fleisch oder Blut oder nur in Gedanken. Die Dramatik bleibt dabei auf der Strecke, doch Matthus ersetzt den Verlust durch ein musikalisch reiches Gespinst, das Hartmut Haenchen am Pult kunstvoll ausbreiten half.

Glänzend und sehr wirkungsvoll sind die Chöre gesetzt. Sie sprechen überhaupt das musikalische Machtwort. Die Figuren auf der Bühne setzen dagegen kaum Opernfleisch an. Sie bleiben schön singende Schemen, durch Angela Liebold und Annette Jahn vom Dresdner Opernstudio als Doppel-Cornet freilich von anrührender Lieblichkeit.

Der Zartfarbigkeit der Komposition setzt Ruth Berghaus bei ihrem Dresdner Regiedebut wuchtigen Surrealismus entgegen. Sie teilt den Einakter in drei von Hans-Joachim Schlieker suggestiv entworfene Bilder und hält zum Umbau sogar zweimal den Opernzug in voller musikalischer Fahrt an auf freier Strecke. Hier wird der „Cornet" szenisch zur Turnstunde der Rätselhaftigkeit.

Menschliche Engerlinge werden in überdimensionalen Krankenhausbetten mit weißen Lilien verwöhnt, und wenn das Schönste bei einer Rast im Kriege auch tatsächlich die Badewanne sein kann: Nichts zwingt denn doch eine Rilke-Gräfin, den Cornet im Arm, ausgerechnet auf die schwarzen kalten Fliesen des Kachelbads nieder, derweil der Junge in ihren Armen von breiten Betten träumt und den kurzen, aber innigen Gebeten in ihnen. KLAUS GEITEL

Racine à la Louis XIV: „Britannicus" in Zürich

Die Römer in Goldlamé

Wer kam am Züricher Schauspielhaus auf die absurde Idee, Racines „Britannicus" vorzuführen? Racine wird, laut Pariser Société des Auteurs Dramatique, kaum noch in Frankreich gespielt, in Deutschland seit dem Verschwinden der königlichen Schauspielhäuser auch nicht mehr. Gelegentliche Ausnahme: „Phädra", die Tragödie der Königin, die ihren schönen Stiefsohn liebt. Aber die wurde ja schließlich von Schiller übersetzt. Die Übersetzung im Schauspielhaus ist von Herbert Meier, der sich an Übersetzungen aus dem Englischen, Italienischen, Französischen betätigt und alles das nicht sehr gut macht. Dabei gibt es eine sehr starke Übersetzung von Arthur Lutter in Alexandrinern.

Und die Alexandriner werden unerläßlich, wenn man „verfremdet" spielt, das heißt die alten Römer in Kostümen und mit Gefährten à la Louis XIV, die sich als Seigneur und Madame anreden, auch wenn sie intim miteinander sind und deren einzige Handlungen im Raffen ihrer Prachtgewänder vornehmlich aus Goldlamé bestehen.

Jeder intrigiert hier gegen jeden mit gelegentlich tödlichem Ausgang – Missetaten im Dutzend billiger. Und zwischendurch erzählt jeder jedem etwas aus der Vergangenheit, das der schon eh weiß. Das sprüht Leder, wie einst Karl Kraus zu sagen pflegte. Es wird immer nur berichtet, was hinter der Szene in längst vergangener Zeit vor sich gegangen ist.

Gespielt wird in einem geschmacklosen Bühnenbild (Nina Ritter), falsch und daher schlecht. Niemand redet zu niemandem, alle nach vorn. Es ist Oratorium ohne Musik mit falschen Abgänge in Massen. Warum völlig grundlos als Wachen halbnackte muskelbepackte Farbige auftreten, bleibt ein Rätsel. Man glaubt den Protagonisten kein Wort, nicht einmal daß man ihnen nicht glauben soll. Sie sind nur geschwätzig.

Peter Kremer als strahlender oder verzweifelnder „Held" bleibt ohne jeden Glanz, die Liebende von Susanne Biolucha ohne eine Spur von Gefühl. Der Nero des neuen Norbert Schwientek ist zwar nicht uninteressant, aber man glaubt ihm den Liebhaber ebensowenig wie daß man ihn fürchten müßte. Er ist in den entscheidenden Momenten eher komisch. Selbst Maria Becker, sonst so stilsicher, rezitiert an der Rolle der Agrippina vorbei. Das alles ist die Schuld der Regie (Thomas Reichert).

Die einzigen, die überflüssiges Pathos vermeiden und in ihren Rollen überzeugen, sind die Domestiken. Peter Ehrlich, ein wahrer Römer in seiner schlichten Klarheit, und die beklommene Renate Steiger rührt zuweilen. Das hervorragende Charakteristikum dieser Vorstellung blieb aber lähmende Langeweile. CURT RIESS

Wirklichkeit und Abbild: Zu R. Joffés Film „Schreiendes Land" über den Völkermord in Kambodscha

Wo die Plastiktüte zur Guillotine wird

Trotz etlicher Längen ist dieser Film von Roland Joffé (mit Sam Waterston und dem Exil-Kambodschaner Haing S.Ngor in den Hauptrollen) exzellentes Hollywoodhandwerk: Straßenturbulenz asiatisch, Massen in Panik, Explosionen und Exekutionen, Action aus dem MG-Lauf. Ferner, fast möchte man sagen, natürlich: gehärtete amerikanische Reporter, kratzig außen, edel innen. Last not least: eine Männerfreundschaft, innig wie im klassischen Western.

Kriegsmelodram also? Ja, doch „The Killing Fields" (Schreiendes Land) des Produzenten Puttnam ist mehr. Es ist meisterlich verdichteter, richtiger vielleicht: dichterisch gemeisterter Tatsachenbericht.

Doch zuerst der politische Hintergrund des bemerkenswerten Streifens, der die Agonie der ehedem verspielt schönen kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh zum Inhalt hat. Im benachbarten Vietnam, wo der Süden seit 1965 sich verzweifelt gegen die Aggression aus dem Norden wehrt, sind die Amerikaner dabei, ihre militärische Präsenz abzubauen. Der 1972 mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Präsident Nixon und sein Berater Kissinger wollen die „Boys" nach Hause bringen – doch so, daß Ansehen und Glaubwürdigkeit der Supermacht weltweit möglichst wenig Schaden nehmen; in Paris wird über die Modalitäten verhandelt.



Im Mahlstrom des Völkermords: Sam Waterstone (Mitte) und Haing S. Nor (rechts) in dem Film „Schreiendes Land" FOTO: WARNER BROS.

Je fanatischer freilich in Amerika das „Stop Vietnam" der Studenten aufbrandet, in das die „New York Times" und die „Washington Post", die beiden Nachrichtenmagazine „Time" und „Newsweek" und die drei landesweiten Fernsehnetze einfallen, desto schwieriger wird die Position der amerikanischen Verhandlungsdelegation.

Hanois Truppen haben sich einen sicheren Nachschubweg durch die Dschungel Kambodschas geschaffen, von Norden nach Süden, mehr oder minder parallel zur kambodschanisch-vietnamesischen Grenze. Hier unterhalten sie ihre Versorgungslager, ihre Lazarette, von hier aus stoßen sie nach Südvietnam vor, nach hier ziehen sie sich zurück, sobald die Amerikaner ihr überlegenes Material einsetzen. Der „Ho-Tschi-Minh-Pfad" verläuft formal auf dem neutralen Boden Kambodschas, faktisch ist er längst nordvietnamesische Etappe.

Nixon unternimmt nun dreierlei, um endlich ein erträgliches Abkommen zu erzwingen: Der einzige große nordvietnamesische Nachschubhafen Haiphong wird vermint; schwere Fernbomber greifen massiv von pazifischen Stützpunkten aus die nordvietnamesischen Basen in Kambodscha an, die bis dahin nur Ziele von Jagdbombern gewesen sind; schließlich, im Mai 1973, läßt er einen auf 60 Tage beschränkten Stoß in kambodschanisches Territorium führen, um eine für den Sommer erwartete vietnamesische Offensive zu unterbinden.

Militärisch erreicht vor allem die letzte Operation bei nur geringen eigenen Verlusten ihr Ziel. Politisch aber wirkt sie sich für Nixon verheerend aus: Vietnam wird nun zur allabendlichen Horrorschau in Farbe auf den Millionen Bildschirmen des Westens. Die Reportagen der großen Blätter berichten ausschließlich über amerikanische Brutalität, allein schon deshalb, weil die rote Seite keine Berichterstatter zuläßt. Das alles mobilisiert einen Großteil der akademischen Jugend, die Medien orchestrieren die Proteste, die vietnamesischen Unterhändler in Paris sehen nicht den geringsten Grund für einen Verhandlungskompromiß.

Zudem haben Nixons Gegner im Watergate-Einbruch die eigentliche Schwachstelle des Präsidenten ausfindig gemacht. Der Belagerungsring um das Weiße Haus wird von Woche zu Woche enger.

Im August 1974 resigniert Nixon, am 12. April 1975 verläßt die amerikanische Botschaft fluchtartig Phnom Penh, am 17. April marschieren die Roten Khmer ein. Die Soldaten des alten Regimes, Offiziere, Beamte, Intellektuelle, ja, überhaupt alle nichtkommunistischen Bevölkerungsschichten gehen einem grauenhaften Schicksal entgegen. Die Kommunisten schlachten wahllos ab, millionenfacher Mord wird in Szene gesetzt.

Die Story des Films, in der, ähnlich wie in „Holocaust", die abstrakte Statistik dieses millionenfachen Mordes in individuelle Schicksale umgesetzt wird, läßt sich knapp fassen: Der amerikanische Journalist Sydney Schanberg arbeitet 1973 in Phnom Penh als Reporter für die „New York Times". Sein Dolmetscher und Mitarbeiter ist der Vietnamese Dith Pran. Schanberg leidet mit der kambodschanischen Bevölkerung – und so koinzidieren seine Berichte mit der Linie seines Blattes in New York. Als die Amerikaner überstürzt auf einen Flugzeugträger evakuiert werden, veranlaßt er Dith Pran, der natürlich viel stärker als er selbst gefährdet ist, zum Bleiben. Schanberg und Dith Pran flüchten in die französische Botschaft. In der Millionenstadt setzt das Gemetzel ein, methodisch im Ansatz, am entsetzlichsten in seiner Beiläufigkeit, Kälte, Zufälligkeit: Killen als bloßes Kinderspiel.

Die Khmer-Milizen („viele kaum größer als ihre Gewehre") zwingen alle Kambodschaner, die Botschaft zu verlassen, die Inhaber fremder Pässe dürfen ausreisen. Zurück in Amerika, setzt Schanberg, der sich Vorwürfe macht, Dith Pran geopfert zu haben, den Apparat des Weltblattes ein, um nach seinem Freund zu forschen.

Vier Jahre vergehen, Schanberg erhält Preise für seinen Dienst an der Wahrheit, Dith Pran schleppt sich durch die Dschungelhöllen des roten Diktators Pol Pot: Zwangsarbeit im Steinzeit-Stil, Deponien verwesender Menschen, Hinrichtungen durch Ersticken in der Plastiktüte. Dith Pran erreicht thailändischen Boden. Schanberg erhält Nachricht – Umarmung an der Grenze.

So erschütternd die Dokumentation ist, so wahr ist sie in ihrem Kern. Ein Fragezeichen wäre hinter die Conclusio des Films zu setzen, die – westlich selbstquälerisch und sich bei den Linksintellektuellen anbiedernd – eine amerikanische Alleinschuld am Untergang Kambodschas stipuliert. Nicht die Amerikaner haben zuerst die Neutralität Kambodschas verletzt, sondern die Nordvietnamesen haben die kambodschanischen Grenzgebiete usurpiert.

Wenn es überhaupt so etwas wie westliche Mitschuld daran gibt, daß das bis dahin sanfte Volk der Khmer, amoklaufend, sich selbst zu mehr als einem Viertel abschlachtete, so steht am Anfang die in Pariser Intellektuellenzirkeln von kambodschanischen Studenten erbrütete Vision einer „Neuen Gesellschaft", einer Gesellschaft ohne Städte und ohne Gott, vielleicht später auch ohne Gewehre, da man Menschen ja auch mit Hacken erschlagen kann.

Es wäre den „Killing Fields" nicht angemessen, über Bildführung oder die schauspielerischen Leistungen zu plaudern. Es ist ein Stück, in dem sich alle Bilder zur Flammenschrift bündeln: Utopien baden sich nur zu gerne im Blut – und das überall. Nicht nur in Kambodscha.

HERMANN RENNER

Augsburg: Glanz des schwäbischen Kunsthandwerks

Das Silber des Bischofs

Augsburger Silber hat einen besonderen Klang. Aber die Stadt besitzt heute kaum noch Beispiele der berühmten Goldschmiedearbeiten des 18. Jahrhunderts. Zur 2000-Jahr-Feier kann man sich nun allerdings „Im Glanz des schwäbischen Kunsthandwerks" sonnen. Für die Ausstellung im Zeughaus hat das Bayerische Nationalmuseum zum ersten Mal einen bedeutenden Silberschatz, das Tafelsilber des Hildesheimer Fürstbischofs Friedrich Wilhelm von Westphalen, ausgeliehen. Er hatte es nach seiner Wahl zum Fürstbischof 1763 in Augsburg bestellt und dafür 21 922 Taler bezahlt.

Da die Lieferung schnell erfolgen sollte, kam eine Neuanfertigung nicht in Frage. In Augsburg gab es jedoch weithin bekannte Händler mit erstaunlichen Beständen. Sie stellten das Tafelsilber aus rund 700 Teilen zusammen, die bis zu dreißig Jahre alt waren und von insgesamt zwanzig Augsburger Meistern stammten. Den Mittelpunkt des Service (und der Ausstellung) bilden drei Tafelaufsätze, die von Bernhard Heinrich Weyhe gefertigt wurden. Es sind filigrane Rokokolauben, die eine kleine Musikkapelle aus Silberfiguren beherbergen. Dazu kommen dann Terrinen, Gewürzdosen, Teller und Platten.

Mit einem solchen Prunkstück läßt sich natürlich sehr gut die Augsburger Kunsthandwerkstradition vorführen. Aber darauf beschränkt sich die Ausstellung, organisiert von der Handwerkskammer für Schwaben und der Benno und Therese Danner'sche Kunstgewerbestiftung in München, nicht. Sie will vielmehr dem historischen Erbe Tendenzen der Gegenwart an die Seite stellen. Deshalb werden neben altem Silber, Zinn, Glas, Fayencen, Hinterglasbildern, Bucheinbänden und Buntpapieren vom 16. bis zum 19. Jahrhundert auch Arbeiten von zeitgenössischen Kunsthandwerkern der Region gezeigt. Zu ihnen gehören immerhin so bekannte Keramiker wie Görge Hohlt und Heidi Kippenberg, Textilkünstler wie Hans Herpich oder Glaskünstler wie Erwin Eisch.

Die alten und die neuen Arbeiten treten dabei nicht in einen Wettbewerb. Sie veranschaulichen vielmehr die gemeinsame Tradition bei unterschiedlichen Zeitstilen. Die bemalten Fayencekrüge und -platten, die Mitte des 18. Jahrhunderts in Öttingen, Künersberg oder Göggingen entstanden, haben mit gegenwärtigen Keramiken nichts außer dem Ausgangsmaterial gemein – und bei den Puppen und Figuren von Ingrid Eska oder Jörg von Manz ist ein Hang zum zeitgenössischen Nippes nicht zu verkennen.

Dagegen bilden die Silberarbeiten unserer Tage mit ihrer betonten Reduktion auf ganz einfache Formen einen eigenartigen Kontrast zu den reichverzierten Goldschmiedearbeiten der Renaissance oder die „Zinn auf Silberart"-Arbeiten des 18. Jahrhunderts. Und die silbernen Trinkkelche von Rita Große-Ruykens, formal sozusagen das halbe Ei des Kolumbus, nehmen auf witzige Weise und doch ganz zeitgemäß die Tradition der Scherzgefäße und Sturzbecher auf. Diese Verschränkung über mehrere Jahrhunderte hinweg anschaulich zu machen ist der besondere Reiz dieser Ausstellung. (Bis 3. März; Katalog, 2 Bd., 20 Mark).

PETER DITTMAR



Aus Augsburgs großer Zeit: Kanne und Becken von Elias Drentwett, Silber, vergoldet (1619) FOTO: KATALOG

Die R.-Geiger-Retrospektive der Berliner Akademie

Ein-Tönigkeit der Farbe

Unsere Augen sind nicht mehr gewillt, ewig weiter zu bekennen, daß die Erde rund ist", verkündete Rupprecht Geiger 1949 in einem Rundschreiben an die Mitglieder der Künstlergruppe „ZEN 49".

Berlin hat sich bisher nur mit Zurückhaltung in das Werk von Rupprecht Geiger vertieft. Das mag auch etwas mit der Neigung zu tun zu haben, Ausschließlichkeiten zu kultivieren, erst den lokalen Realismus, dann die flotte Verdrängungskunst unserer Tage. Wer weiß, ob es hier jemals eine so umfängliche Ausstellung des Einzelgängers in der deutschen Moderne gegeben hätte, wäre der Münchener nicht schon lange Mitglied der Akademie der Künste – die nämlich bereitet Geiger jetzt, im letzten Drittel seines achten Lebensjahrzehnts, eine flammende Retrospektive bis dato nicht gehabten Ausmaßes.

Es ist sicher charakteristisch, daß Geiger als Maler Autodidakt ist (er wurde als Architekt ausgebildet, sein Vater war allerdings der recht bekannte Maler und Graphiker Willi Geiger) – denn in welcher Richtung auch, zu welchen Namen hin „Gemeinsamkeiten" gesucht werden, solche Ansätze führen doch immer wieder nur zu Abgrenzungen. So geht es mit Rothko und Newman, aber auch bei den Berührungen mit den „Zero-Freunden" mit den Monochromien von Yves Klein und mit Op-Art.

Diese Ausstellung geht an die Quellen. Bis zu den Architektur-Maßaufnahmen in Italien. Aber auch zu den Landschafts-Aquarellen und -Gouachen, die Geiger als „Kriegsmaler" in Rußland und Griechenland malte. Und wenn man nur genau hinsieht, findet man schon in den Himmeln etwas von einer sich verselbständigenden, äußerst differenzierten Farbigkeit, die auf das spätere Werk hindeuten könnte. Aber zunächst waren da jene typischen Bilder des deutschen Nachkriegs-Surrealismus, quasi-allegorische Ruinen- und Mondlandschaften.

Der eigentliche Geiger ließ die Form hinter sich zurück. Er machte die Farbe zum zentralen und einzigen Thema seiner Malerei. Sogar wo noch Formen vorhanden sein sollten, etwa der gedrückte Kreis, dienten sie vielmehr der Farbe zur intensiveren Vermittlung. Ausdrücklich haben sie keine Erinnerung mehr an Natur. Reine Farbe äußert sich. Sie brennt, strömt und atmet. Allenfalls erlaubte sie sich und ihrer Materie ein strukturelles Gewölke. Aber die Farbe bleibt pur. Sie geht bis an die äußerste Grenze der „Ein-Tönigkeit".

Das Erlebnis der Geigerschen Kunstwerke liegt im psychischen Spannungsfeld zwischen Bild und jeweiligem Betrachter. Es läßt sich nicht allein auf jene „meditative" Zone einengen, für die Geigers verunsichernde Farb-Energien eben auch taugen: etwa im Altarraum einer Kirche. Sie wirken allenfalls dort besonders schwach, wenn man ihnen die Irritations-Absicht allzu deutlich anmerkt – etwa bei hintermalten Plexi-Flächen.

Der Betrachter dieser Ausstellung sieht rot – im nachdenklichsten und freundlichsten Sinne freilich. Jedoch sieht er auch, wie schnell die extreme Balance zu verwirren ist. Geigers Farbsensibilität in einen Teppich umgesetzt – gehört ebenso zu den Fragwürdigkeiten dieser Schau wie der kostspielige und triviale Versuch, in einem eigens angefertigten roten Riesenzelt dem auf einer Filzmatte ausgestreckten Besucher Farb-Erlebnisse zu vermitteln, die über die starken Eindrücke der Bilder in ihrer Gesamtheit hinausgehen. Ein roter Flop.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 17. März; Ludwigshafen: 14. April bis 2. Juni; Düsseldorf: 21. Juni bis 21. Juli; Katalog 28 Mark

KULTURNOTIZEN

Das 13. Internationale Filmfestival zum Thema Menschenrechte findet vom 12. bis 19. März in Straßburg statt.

Die Gerd-Knäpper-Ausstellung im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum wurde bis zum 24. Februar verlängert.

„Variationen in Metall und Porzellan" heißt eine Ausstellung mit Arbeiten von Gretchen Klunder Raber und Jolande Haas Goldberg, die vom 23. Februar bis zum 14. April im Schmuckmuseum Pforzheim zu sehen sind.

Neuss und Recklinghausen sind als 23. und 24. Mitgliedstadt dem Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit Nordrhein-Westfalen beigetreten.

Hans Haas wurde in sein Amt als Direktor des Bergischen Freilichtmuseums in Lindlar im Oberbergischen eingeführt.

JOURNAL

Wanderausstellung mit griechischen Vasen

DW. Münster

Die bemalten griechischen Vasen sind besonders gut geeignet, die Wechselbeziehung zwischen Kunst und Alltagsleben in der Antike darzustellen. Da die öffentlichen und privaten Sammlungen in Westfalen über einen Bestand von etwa 3000 Beispielen verfügen, hat das Westfälische Museumsamt jetzt eine Wanderausstellung angeregt. Sie ist noch bis zum 3. März in Dortmund, dann im April in Gelsenkirchen und anschließend im Mai und Juni in Münster zu sehen. Dazu erschien als Katalog und zugleich als selbständige Einführung der Band „Griechische Vasen aus westfälischen Sammlungen", herausgegeben von Bernard Korzus, (Aschendorff-Verlag, 257 S., 167 Abb., in der Ausstellung 25 Mark, im Buchhandel 38 Mark).

Private Sponsoren für die Kirchen von Florenz

MvZ. Florenz

Die florentinischen Kirchen, die – ein Unikum in Italien – in den Besitz der Stadt übergingen, als Florenz 1868 zur Hauptstadt Italiens wurde, bedürfen dringend der Restaurierung. Da der Stadtverwaltung die Mittel dafür fehlen, erließ sie einen Aufruf an potentielle Sponsoren, sich sofort der am meisten gefährdeten Kirchen Santo Spirito, Santissima Annunziata und Santa Maria del Carmine anzunehmen.

Landestheater Halle wiedereröffnet

dpa, Berlin

Mit der Premiere von Georg Friedrich Händels Oper „Partenope" ist das Landestheater Halle nach einjähriger Umbauzeit wiedereröffnet worden. Das Theater erhielt eine moderne Bühnentechnik und einen größeren Orchesterraum. Bei der Inszenierung der „Partenope" wurden die Arien italienisch, die Rezitative deutsch gesungen.

Kunst um 1900 im Nissenhaus

K. D. Husum

Gemälde und Graphiken von Otto Modersohn, Paula Modersohn-Becker, Emil Nolde, Frans Masereel, Christian Rohlfs, Egon Schiele und anderen Künstlern, die um 1900 eine bedeutende Rolle spielten, zeigt das Nordfriesische Museum Nissenhaus in Husum bis Ende März. Die rund 150 Werke stammen aus der Privatsammlung des Arztes Paul Wassily (1868–1951), der in Husum geboren wurde.

Tibetanische Schrifttafeln zum Dachdecken benutzt

AFP, Peking

Beim Abriß eines Hauses in der tibetanischen Hauptstadt Lhasa hat ein Bauer dreihundert Jahre alte hölzerne Schrifttafeln gefunden, die Teile alttibetanischer Holzbücher waren. Die insgesamt 370 Tafeln, die als Dachschindeln dienten, enthalten Auszüge aus einer alttibetanischen Medizin-Enzyklopädie, Abrisse über die medizinische Forschung in Lhasa, eine historische Phonetik-Lehre und weitere Schriften aus der Zeit des fünften Dalai Lama. Die Dokumente waren während der chinesischen Kulturrevolution verschwunden.

Zur Förderung der Kreativität von Laien

DW. Remscheid

Ein Förderprogramm „Bildung und Kultur" hat das Institut für Bildung und Kultur e. V. in Remscheid (Küppelstein 34) entwickelt. Damit sollen jährlich bis zu 15 Projekte gefördert werden, die geeignet sind, die Verbindung zwischen Kunst, Bildung und Alltagswelt zu verbessern. Künstler sollen ihre Arbeiten in Betrieben, Schulen oder Krankenhäusern zusammen mit Laien realisieren, um deren künstlerische Kreativität zu wecken. Zugleich ist beabsichtigt, den Einsatz von Künstlern im pädagogischen Bereich zu erproben.

Helmut Krausnick 80

Aufbau und Ausbau des Instituts für Zeitgeschichte in München und der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" sind auf das Engste mit dem Namen Helmut Krausnicks verbunden, der heute 80 Jahre alt wird. Krausnick, Sohn eines Arztes aus Wenden bei Braunschweig, ging nach dem Studium der Geschichte in den Archivdienst des Auswärtigen Amtes in Berlin. Nach dem Krieg kam 1951 die Berufung an das neugegründete Münchener Institut, dessen Leitung er von 1959 bis 1972 innehatte. Seine eigene Forschungsarbeit galt vor allem der Geschichte des deutschen Widerstandes, insbesondere der Fronde im Offizierkorps des Heeres gegen Hitler, die dann den Kern der Verschwörung des 20. Juli bildete. Die große Altersarbeit war der Untersuchung der düsteren Aktivitäten der Einsatzgruppen des SD während des Rußlandfeldzuges gewidmet. W. G.







Politiker aus Pappe waren die großen Stars bei den Rosenmontagszügen am Rhein. In Köln bat Kanzler Kohl, den bayerischen Löwen Franz Josef Strauß nicht zu füttern (links). Der Bayer schlug in Düsseldorf zurück: „Eßt mehr Obst" ließ er verschmitzt verkünden (rechts). Ministerpräsident Holger Börner, dem die „grünen" Männer weggelaufen sind, präsentierte sich in Mainz als „grüne Witwe". FOTOS: AP/DPA

„Tierisch" bunt und heiß ging's her am Rhein

DW. Bonn

Mit farbenprächtigen Rosenmontagszügen in den rheinischen Narrenhochburgen Mainz, Düsseldorf und Köln erreichte der Karneval gestern mittag seinen Höhepunkt. Die klirrende Kälte tat der Stimmung keinen Abbruch: Die Jecken am Straßenrand rückten näher zusammen; ein kräftiger Schluck Schabau (Schnaps) aus dem Flachmann ließ so manchen stocknüchternen Narren auftauen, ihn singen und schunkeln – und die Sonne tat ein übriges: In ihrem Licht erstrahlten die bunten Farben in tollem Glanz. Und überhaupt: Wer den Karneval nicht ernst nimmt, der hat keinen Humor!

Nach Millionen konnten die Karnevalschefs ihre närrischen Untertanen zählen. Sie bejubelten buntgeschmückte Festwagen und die oft bissigen politischen Parodien aus Pappmaché. Unter dem Motto „Mainz macht Spaß – wetten daß" wand sich der sieben Kilometer lange Zug mit rund 5000 Narren durch die Straßen der Mainzer Innenstadt.

Zweieinhalb Stunden lang zogen 989 Fahrzeuge und 60 Musikzüge an den etwa 400 000 Zuschauern vorbei. 98 Prunk- und Motivwagen nahmen aufs Korn, was die politische Szene an Ulkigem hergibt: Hessens Ministerpräsident Holger Börner, von seinen „grünen" Männern verlassen, war die „grüne Witwe" aus Pappe.

Minister Blüm kämpfte als bemitleidenswerter Don Quichotte gegen die Windmühlenflügel „Arbeitslosigkeit", „Rentenfinanzierung", „Krankenhauskosten" und „Sozialleistungen". Ein Riesenklapperstorch hatte Speck angesetzt und stocherte ratlos in einem Teich, da nichts mehr zu tun ist. Die Bundespost im „Schneckentempo" nahm ein Wagen mit der Feststellung: „Immer langsamer, immer teurer" ins Visier. Die 450 Pferde, die den Zug begleiten sollten, mußten im Stall bleiben. Die Zufahrtswege waren nicht geräumt.

„Tierisch" war das Motto des Kölner Umzugs: „Ene Besoch im Zoo" hieß es dort, als die Jecken den närrischen Treck jubelnd mit „Dä Zoch kütt" begrüßten. Fünf Stunden lang rollte der Zug von 6500 Jecken auf 38 Festwagen, 42 Bagagewagen und 38 Fußtruppen vor mehr als einer Million Zuschauern durch die Straßen der Domstadt. Allzu menschlich ging's dort her: Ein lädierter Außenminister Genscher hält ratlos nach den an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten FDP-Pferdchen Ausschau: „Ja, wo laufen sie denn?" Zwischen zwei Dickschädeln, dem amerikanischen Elefanten und dem russischen Bären, wird der ganze Erdball zu einem unförmigen Gebilde verbeult. „Äver em Mai, do weed et widder jrön" sagte der Kölner Volksmund die Ergebnisse der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen voraus. Ein kratzegrüner Wetterfrosch lehrte auch das nicht kölsch sprechende Publikum, welche Partei den Sprung in den Düsseldorfer Landtag schaffen könnte.



Einer der Höhepunkte der schwäbisch-alemannischen Fasnacht: der Rottweiler Narrensprung FOTO: AP

Mit gewaltigem Alaaf und gehörigem Tusch kündigten sich die Prunkwagen von Prinz, Bauer und Jungfrau, dem närrischen Dreigestirn Kölns, an. Ein Gutteil der 50 Tonnen „Kamelle", der 40 000 Schokoladentäfelchen, der „Strüßjer" (Blumensträußchen) und Kölnisch-Wasser-Fläschchen prasselten von hier nieder aufs tobende Narrenvolk.

Den bitteren Anblick auf dem „Flick-en-Teppich" strauchelnder Politiker versüßten in Düsseldorf etwa 35 Tonnen Bonbons, die entlang des 7,5 Kilometer langen Zugwegs auf die wogende Menge der 900 000 alten und jungen Narren flogen. „Mer make jet met" (Wir machen schon was mit) stöhnte das närrische Volk und hatte seinen Spaß an der „Kapitalinischen Wölfin", an deren Zitzen sich nicht mehr Romulus und Remus, sondern Vertreter der Bonner Parteien nährten. Im gleichen Tenor ein anderer Motivwagen im 161. Düsseldorfer Umzug: „Hoppla, der Flikkenteppich", rief ein Richter dem CDU-Politiker Rainer Barzel aus Pappe zu. Der frühere Bundestagspräsident wurde bei seinem unfreiwilligen „Flick-Flack" von seinem Amtsstuhl gezeigt.

Polizisten ohne die übliche Kopfbedeckung versuchten, für etwas Ordnung in den ausgelassenen Reihen zu sorgen. Sie sollten zwar „Bützchen" kassieren dürfen, sich aber nach einem Erlaß der Polizeipräsidenten von den Narren nicht die „Mützchen" klauen lassen.

Knapp 50 Motto- und Gesellschaftswagen rollten durch die Bonner Innenstadt, und auch hier wurde die „hausgemachte" hohe Politik verulkt. Etwa 300 000 Jecken knubbelten sich in den Straßen, wo wie überall am Rhein ein bekannter „Flickschuster" am Werk war. Der besohlte die Schuhe der Politiker nicht mit Pfennigabsätzen, sondern mit „Millionenumsätzen".

Selbst aus Ostwestfalen, vom rheinischen Blickwinkel her die tiefste karnevalistische Provinz, wurde Närrisches gemeldet. Beobachter hatten in Bielefelder Schaufenstern Kostüme ausgemacht, die wohl überwiegend bei verschwiegener heimischer Narretei Anwendung finden dürften.

Keine Fälle von Erblindungen in Bhopal

AP, Bhopal

Die Giftgaskatastrophe vom 3. Dezember 1984 in Bhopal hat offenbar nicht zu dauerhaften Erblindungen von Betroffenen geführt. Die Regierung des indischen Bundeslandes Madhya Pradesh erklärte gestern, bisher sei den Ärzten in Bhopal kein Fall von Erblindung bekannt geworden. Letzte Woche hatte das Tata-Institut für Gesellschaftswissenschaften in Bombay eine Untersuchung veröffentlicht, nach der mehr als 1000 Menschen durch den Gasausbruch im Werk des US-Konzerns Union Carbide erblindeten. Der Bericht war am Samstag von ortsansässigen Ärzten bestritten worden. Gestern räumte ein Sprecher des Instituts ein, daß die Untersuchung fehlerhaft sein könne. Indische Ärtze haben in den letzten Wochen in Bhopal etwa 1500 Giftgasopfer, die an Augenleiden erkrankten, behandelt. Sie äußerten die Hoffnung, daß alle Patienten ihre volle Sehkraft wiedererlangen werden.

Militärflugzeug abgestürzt

dpa, Osnabrück

Ein britisches Militärflugzeug und eine Bundeswehrmaschine sind gestern nach einer Kollision nahe der Landesgrenze zum niedersächsischen Kreis Osnabrück abgestürzt. Dabei wurde nach Angaben der Polizei einer der beiden britischen Piloten getötet, der andere leicht verletzt. Ein Pilot der Bundeswehrmaschine konnte sich mit dem Schleudersitz retten, der andere wird noch vermißt. Das britische Flugzeug wurde in der Nähe von Remsede (Kreis Osnabrück), das deutsche bei Halle in Ostwestfalen gefunden.

Start von „Arabsat"

AFP, Paris

Der Fernmeldesatellit der arabischen *Länder „Arabsat" soll heute* voll funktionstüchtig sein, wie die französische Herstellerfirma „Aérospatiale" gestern mitteilte. Nach der zunächst nicht vollkommmen gelungenen Ausbreitung des zweiten Sonnensegels müßten noch eine Empfangsantenne ausgefahren und der Stabilisator des geostationären Satelliten in Betrieb gesetzt werden.

Kreisel statt Kreuzung

dpa, Bochum

Der traditionelle Kreisverkehr sollte *nach Ansicht von Verkehrstechnikern* der Ruhr-Universität Bochum wieder zu alten Ehren kommen. Die Einführung der Vorfahrtsregel „rechts vor links" sei eine Fehlentscheidung gewesen, weil sie dem Kreisel die Grundlage seiner Leistungsfähigkeit entzogen habe, hieß es in einer gestern veröffentlichten Mitteilung der Ruhr-Universität. Statistische Vergleiche mit den „kreiselfreundlichen" Staaten Frankreich und Großbritannien zeigten, daß der vorfahrtsberechtigte Kreisverkehr weit unfallgünstiger arbeitet als Kreuzungen oder der „beschnittene" deutsche Kreisel.

Unfall-Serie im Nebel

dpa, Parma

Auf der Sonnen-Autobahn bei Parma in Norditalien ist es gestern im dichten Nebel zu einer Serie von Auffahrunfällen gekommen, bei denen nach ersten Angaben der Polizei mindestens fünf Personen starben und 25 verletzt wurden.

LEUTE HEUTE

Gut gefallen

Kein Tag, an dem die Grimaldi-Töchter nicht von sich reden machen. Die eine, Prinzessin **Caroline**, mit Gerüchten über die Annullierung ihrer ersten Ehe mit **Philippe Junot**, die andere, Prinzessin **Stephanie**, mit einer Karriere als Fotomodell. Für 50 000 Dollar leiht Stephanie (20) ihr Gesicht den Werbefotografen. Die Anzeigen für eine Schönheitscreme



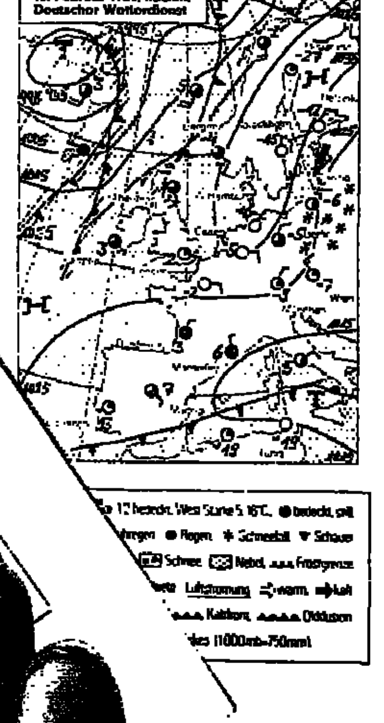
werden im März in der amerikanischen *Ausgabe der Mode-Zeitschrift* „Vogue" und anderen Frauenzeitschriften erscheinen. Und in ganz Amerika sollen Plakate geklebt werden. Der Werbung mit ihrem Gesicht und ihrem Namen stimmte die Prinzessin nicht etwa zu, um ihre Privatschatulle zu füllen. Das Angebot der amerikanischen Werbeagentur **Peter Rogers** nahm die Prinzessin nur unter der Bedingungen an, daß ihr Honorar an die „Stiftung Fürstin Gracia" überwiesen wird, die junge Künstler unterstützt. Nach Auskunft der Pressesprecherin des Fürstenhofes von Monaco bat Stephanie ihren Vater, Fürst **Rainier**, um sein Einverständnis. Zur Zeit macht die Prinzessin Urlaub auf der Insel Mauritius im Indischen Ozean. Doch ihr neuer Job gefiel ihr offensichtlich so gut, daß sie schon vorher mit der Pariser Modell-Agentur „First", die **Thierry Roussel**, dem Ehemann von **Christina Onassis**, gehört, einen Vertrag abschloß.

Nie gesagt

Der Ehemann einer Premierministerin zu sein ist offenbar kein Honiglecken. **Denis Thatcher** (68), seit 33 Jahren mit einer Lady verheiratet, die inzwischen als die „eiserne" bekannt ist, kann ein Lied davon singen. Das brachte ein Interview an den Tag, das **Margaret Thatcher** (59) dem CBS-Fernsehen gab. Amerikanische TV-Journalisten scheuen sich eben nicht, auch Prominenten ganz persönliche Fragen zu stellen. Miss **Diane Sawyer** tat das über den Umweg eines Zitats. Denis Thatcher habe einmal gesagt: „Meine Vorstellung vom siebten Himmel ist, an einem Sommerabend mit einer Flasche Champagner in meinem Garten zu sitzen mit meiner Frau in einer einigermaßen erträglichen Stimmung." Frau Thatcher war sichtlich aus dem Gleichgewicht gebracht. Sie antwortete: „Das hat er zu mir noch nie gesagt."

WETTER: Weiterhin sonnig

Wetterlage: Eine kräftige Hochdruckzone, die sich von Skandinavien zum westlichen Mitteleuropa erstreckt, bleibt mit trockener, kalter Luft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Dienstag:
Im Raum Berlin und im östlichen Bayern zeitweise geringer Schneefall, sonst sonnig, trocken und kalt. Nachmittags zwischen minus 4 Grad östlich der Elbe und plus 2 Grad am Oberrhein. Nachts klar und Frost zwischen minus 8 und minus 16 Grad, in ungünstigen Lagen bis minus 20 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten:
Fortdauer des trockenen, kalten Hochdruckwetters.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-5°	Kairo	20°
Bonn	-5°	Kopenh.	-10°
Dresden	-9°	Las Palmas	19°
Essen	-5°	London	2°
Frankfurt	-7°	Madrid	7°
Hamburg	-6°	Mailand	1°
List/Sylt	-6°	Mallorca	17°
München	-9°	Moskau	-12°
Stuttgart	-7°	Nizza	8°
Algier	19°	Oslo	-18°
Amsterdam	-5°	Paris	-2°
Athen	15°	Prag	-7°
Barcelona	11°	Rom	5°
Brüssel	-5°	Stockholm	-15°
Budapest	-8°	Tel Aviv	17°
Bukarest	-10°	Tunis	19°
Helsinki	-12°	Wien	-7°
Istanbul	-1°	Zürich	-7°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 7.27 Uhr, Untergang: 17.46 Uhr; **Mondaufgang:** 8.14 Uhr, Untergang: 18.26 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Computer senken Gewinnchancen der Toto-Spieler

KLAUS RÜHLE, Rom

Mit dem Fußballtoto ist in Italien kein Geschäft mehr zu machen. Hunderttausende von Wettern sind verärgert, weil die Gewinnsummen immer niedriger und die Totomillionäre immer seltener werden. Die Folge ist der Rückgang der Wettlust. Wenn man in der Fußballsaison 1982/83 bei richtiger Angabe aller 13 Punktspiele des Wettzettels im Durchschnitt über 140 Millionen Lire gewann, waren es in der laufenden Saison nur mehr etwas über 20 Millionen.

In Mark umgerechnet sind das äußerst spärliche Summen. Der negative Rekord wurde Ende Januar erreicht, als die Gewinner mit 13 richtigen Resultaten knapp 500 Mark ausbezahlt bekamen, während die Beinahe-Sieger mit 12 richtigen Ergebnissen sage und schreibe 20 Mark erhielten. In den ersten 22 Spieltagen der jetzigen Spielzeit kamen die 13er nur siebenmal zu Gewinnsummen über 16 000 Mark. Der Gewinnrekord des italienischen Fußballtotos mit umgerechnet fünf Millionen Mark liegt schon lange zurück. Das war im November 1982.

Überraschende Fußballergebnisse sind in der italienischen Meisterschaft selten geworden. Vor allem aber haben die Systemwetter sich dem technischen Fortschritt angepaßt. Immer mehr benutzen für ihre Wahrscheinlichkeitsrechnung den „Personalcomputer". Die Hersteller von Software haben sich ihrerseits den neuen Trend zunutze gemacht *und Systemprogramme für Totospieler* ausgearbeitet, die steigenden Absatz finden.

Bei der Leitung des staatlichen „Totocalcio" ist man ernstlich besorgt über diese Entwicklung und knobelt herum, wie man wohl das sonntägliche Fußballglücksspiel wieder attraktiver machen könnte. Erst wollte man die Zahl der zu erratenden Resultate von 13 auf 14 erhöhen, verwarf diesen Plan aber wieder, weil davon keine wesentliche Besserung der Situation zu erwarten war. Jetzt denkt man daran, den Minimalpreis für zwei Kolonnen, bisher 700 Lire (1,20 Mark) aufzustocken oder Handikaps einzubauen, die den Sieg erschweren und damit lukrativer machen.

Man will vor allem das englische Beispiel, das sogenannte Littlewoods-System zum Vorbild nehmen, das eine solche Fülle von Variationen enthält, daß es Systemspielern fast unmöglich gemacht wird, mit Hilfe von Personalcomputern zu richtigen Voraussagen zu kommen. Doch bevor die Regeln des italienischen Fußballtotos umgekrempelt werden, soll die Meinung des Millionenheers der Wetter in Form einer Volksabstimmung eingeholt werden.

Die „Jeomen" wachen, wenn andere schlafen

Eine private Schutztruppe im Kampf gegen Verbrechen

S. HELM, Winchester

Sie sehen je nach Standpunkt abschreckend oder beruhigend aus in ihren weißen Uniformen, dem Sprechfunkgerät am Koppel und ihren Helmen mit Visier. Am 1. März rücken sie in den englischen Provinzstädten *Winchester und Tunbridge* Wells zu ihrem ersten nächtlichen Dienst an – als städtische Schutztruppe zur Verbrecherbekämpfung, die jetzt aus privater Initiative gegründet wurde.

Die Truppe starker Männer, die von elf Uhr nachts bis morgens um sechs die Straßen patrouillieren wird, nennt sie „Jeomen" und knüpft damit an die längst historisch gewordene berittene Miliz an. Doch sie kommen weder im Streifenwagen noch hoch zu Roß, sondern zu Fuß, um stets ganz nahe „am Ball" zu sein.

Major Alan Coates (54), einst in der Rheinarmee der höchste Sicherheitsoffizier des ersten Korps im Bielefelder Hauptquartier und Gründer dieser Truppe zum Schutz der Bürger, versicherte im Gespräch mit der WELT: „Wir wollen der Polizei nicht ins Handwerk pfuschen. Wir arbeiten mit der örtlichen Polizei vielmehr eng zusammen. Unsere Leute patrouillieren unbewaffnet – im Unterschied zu ähnlichen Organisationen in den USA, die bis an die Zähne bewaffnet sind und wo es Gemeinden mit bis zu zehn Wachorganisationen gibt."

Major Coates weiter: „Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Tatsache, daß die Polizei angsichts der hohen Verbrecherrate überfordert und ihre Verstärkung aus Steuergründen schwer möglich ist, so daß Selbsthilfe-Konzepte entwickelt werden mußten."

Wenn sich das Pilot-Projekt mit seinen Jeomen in den beiden Provinzstädten bewährt, will Coates ähnliches in ganz England aufziehen. „Nein, mit einer Wach- und Schließgesellschaft haben wir nichts gemein. Die kosten das zehnfache. Wir sind ein kommerzielles Unternehmen zum Schutz der ganzen Gemeinschaft." Die Jeomen müssen als ausgebildete Leute („dabei leistet unsere Polizei wertvolle Hilfestellung") natürlich *bezahlt werden. Eine Woche nach* dem Start des Projekts hatten in Winchester bereits 80 Firmen und Geschäftsleute diese für England völlig neuartige Truppe zur Abschreckung von Verbrechern angeheuert. Pro Nacht kostet der Service umgerechnet 3,60 Mark. Dafür werfen die nächtlichen Patrouillen ein besonders wachsames Auge auf die Gebäude der Kunden.

Major Coates: „Wir passen in der ganzen Stadt auf. Kommen beispielsweise so ein paar Teenager spät aus der Disco, dann brauchen sie keine Angst mehr zu haben, allein nach Hause zu gehen."

Die Patrouillen stehen über Sprechfunk in Verbindung mit ihrer Einsatzzentrale. Werden die Joemen fündig, ergeht über ihre Zentrale sofort ein Alarm an die Polizei. „Es gibt natürlich Situationen, wo man das Eintreffen der Polizei nicht abwarten kann. Dann nehmen unsere Leute eine Bürger-Verhaftung vor."

Das ist eine Eigentümlichkeit englischer Rechtspraxis. Eine „Citizen's Arrest" kann jeder Staatsbürger vornehmen, wenn er einen Bürger bei einem Strafvergehen erwischt, das eine Verhaftung rechtfertig.

Die Jeomen unterscheiden sich auch von den nun schon seit einiger Zeit in London existierenden Bürger-Selbsthilfeinitiativen zur Verbrechensbekämpfung. Sie operieren ausnahmslos unter der Ägide der Polizei. „Sie haben den Nachteil, daß ihre Leute auf freiwilliger Basis arbeiten. Solche Leute gehen in den frühen Morgenstunden doch ins Bett", sagt Major Coates. (SAD)



Die „Jeomen" sorgen für Sicherheit in den Straßen von Winchester
FOTO: MAIL ON SUNDAY/PANDIS

Mißhandlung von Kindern: Hilfe soll vor Strafe stehen

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

„Der Kinderschutz in der Bundesrepublik ist weit hinter dem anderer Länder zurück", erklärte Professor Reinhard Wolff, Leiter des Kinderschutzzentrums Berlin, auf einer Tagung in der Katholischen Akademie Hamburg. Der Deutsche Kinderschutzbund und der Kinder- und Jugendnotdienst der Behörde für Jugend hatte dazu Juristen, Ärzte und Sozialpädagogen eingeladen, um am Beispiel der Hansestadt über eine Änderung der Situation zu sprechen.

30 000 Kindesmißhandlungen werden bundesweit pro Jahr bekannt. Dazu kommen 11 000 Fälle von sexuellem Mißbrauch, während die wirkliche Zahl von Experten mit 164 000 beziffert wird, wovon fast 2000 auf Hamburg entfallen. Im Kinderkrankenhaus in Altona sind von 1000 behandelten Kindern 20 Prozent mißhandelt oder körperlich schwer vernachlässigt worden.

Der Kinderschutzbund gab bekannt, daß die Zahlen in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Besonders gefährdet sind Kleinkinder im Alter bis zu drei Jahren. Sie sind die „greifbaren" Opfer in familiären Konfliktsituationen. Danach fällt die Kurve, um im ersten und zweiten Schuljahr wieder anzusteigen, weil das Kind durch geminderte Leistung jetzt zum Konfliktauslöser werden kann. Die dritte Phase der Mißhandlungen setzt dann mit Beginn der Pubertät ein.

In den Arbeitsgruppen der Tagung *wurde deutlich, daß bei einer Mißhandlung* viele Faktoren zusammentreffen. In vielen Familien ist der Leidensdruck durch Arbeitslosigkeit, finanzielle Not und beengte Wohnverhältnisse größer geworden. Psychischer Druck entsteht durch Isolation, häufig ist Alkohol im Spiel.

Alle Beteiligten der Tagung stimmen darin überein, daß den Kindern, die keine Lobby haben, mit den bisherigen Maßnahmen nicht geholfen ist. Der Weg über die Anzeige im Polizeirevier, die Einschaltung des Familienrichters, der Entzug des Sorgerechts der Eltern und letztlich die Heimeinweisung, sollen abgelöst werden durch „Hilfe statt Strafe".

60 Prozent der sogenannten Selbstmelder, überwiegend Frauen, signalisieren ihre Bitte um Hilfe, wenn sie über Erziehungsschwierigkeiten bis zu schweren körperlichen Züchtigungen der Kinder berichten. Ganz selten sind es die Kinder selber, die ihre Peiniger anzeigen. Vielleicht spüren sie im Unterbewußtsein die Hilflosigkeit der Erwachsenen. Zu den Forderungen zählt vorrangig die Hilfe für die Familie und die Qualifizierung *der Mitarbeiter, die mit der Familie* gemeinsam die Konflikte aufarbeiten sollen.

ZU GUTER LETZT

„Zuviel Narren: Venedig sperrte Zugang zum Festland", meldete dpa gestern.